

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

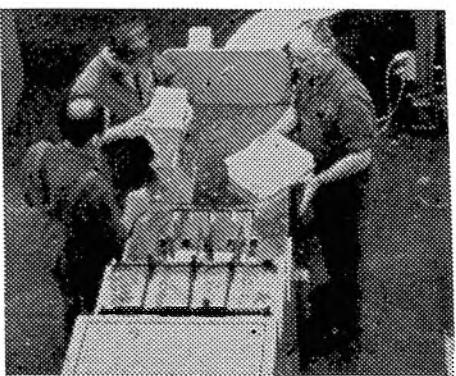


29. Juni 1985
Jg. 6 Nr. 13

G 7756 D Preis:
2,50



Schlesiertreffen: Kriegsmobilisierung gegen Osten Seite 7



Mediengewerkschaft: Welche Interessen werden die zu bildende IG Medien bestimmen? Seite 13



Stroessner-Besuch: BRD an Förderung reaktionärer Regimes in Südamerika interessiert Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Ausländerpolitik: Neue Regierungskampagne gegen die ausländischen Arbeiter.....	4
Schlesiertreffen: Kriegsmobilisierung gegen Osten	7
Krankenpflegeausbildung: Nach der Qualität soll die Vergütung sinken.....	7
Hinterbliebenenrenten: Reaktionäres Gesetz / SPD-Antrag gescheitert / Reformantrag der Grünen	8
Dokumentiert: Antrag der Grünen.	9

Auslandsberichterstattung

Irland: Britische Kampagne gegen Sinn-Fein-Ratsmitglieder	10
VR China: Preisreform — "aber nicht wie in Polen".....	10
Italien: Volksentscheid verloren, Kapitalisten setzen nach	10
USA: Noch mehr Steuersenkung für die Reichen?	11
PLO/: Welche Rolle spielen die USA und Israel im Lagerkrieg?....	11
Internationale Meldungen.....	12

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen	
DGB zu Informations- und Kommunikationstechniken	14
Marktsteuerung im Gesundheitswesen	14
IdW-Broschüre über "Neue Armut" 14	
Beiträge zum Ladenschluß.....	14
IG Metall-Untersuchung zur Unterhaltungselektronik	15
Mediengewerkschaft: Welche Interessen werden die zu bildende IG Medien bestimmen?.....	15

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	17
Kommunistenprozesse: Einzelne Erfolge — aber kein Sieg auf Dauer	18
Ausländerpolitik NRW: Sicherung des Aufenthaltsstatus!.....	18
Stadtwerke Neumünster: CDU will Beteiligung der NWK durchsetzen.....	19

Gesamtmetall: 35-Stunden? Mehr "Flexi", weniger Lohn!

Der Kapitalistenverband Gesamtmetall legte auf seiner Jahresversammlung am 14. Juni Grundsätze für die Tarifverhandlungen 1986 (Ende März laufen die Lohn- und Gehaltstarife, Ende September der Arbeitszeitvertrag aus) fest. Die Metallkapitalisten erwarten ziemlich gelassen, daß die IG Metall erneut die 35-Stunden-Woche fordern wird. Der 38,5-Stunden-Abschluß mit der "Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit" sei kein "Schlußstrich unter die Arbeitszeitflexibilisierung in der Metallindustrie" gewesen, sondern "vielmehr die erste Seite dieses neuen Kapitels in der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung", äußert sich Gesamtmetall im Geschäftsbericht befriedigt über den letzten Tarifabschluß und macht damit zugleich deutlich: Noch einmal kürzere Arbeitszeit gibt es nur, wenn den Kapitalisten noch mehr als bisher zugestanden wird, diese Arbeitszeit als Kampagne zu gestalten oder sie ins Wochenende und in die Nacht legen zu dürfen. "Unabhängig von allen Überlegungen zur Flexibilisierung bleibt aber festzuhalten, daß jede Ausdehnung der bezahlten Freizeit die Möglichkeiten zu Einkommensverbesserungen entsprechend einschränkt." Damit macht Gesamtmetall zur weiteren Bedingung für einen Tarifvertrag über Arbeitszeitverkürzung nochmalige Zugeständnisse der IG Metall auch beim Lohn. — (alk)

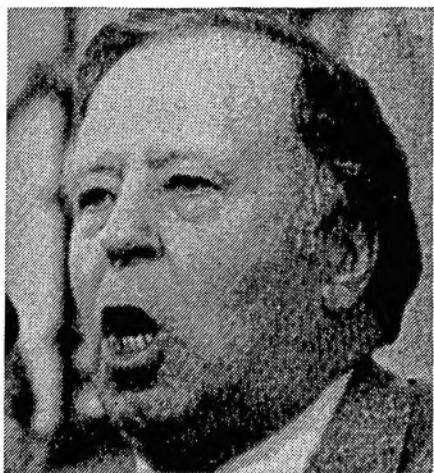
IMB-Kongress: Beunruhigende Ergebnisse

Vom 9. bis 14. Juni hat der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) in Tokio seinen 36. Weltkongreß durchgeführt. Dem IMB gehören Gewerkschaften aus 72 Ländern mit 14 Millionen Mitgliedern an. Größte Einzelgewerkschaft ist die IG Metall. Auch wenn die genauen Ergebnisse des IMB-Kongresses uns noch nicht vorliegen — das, was die bürgerliche Presse meldet, ist beunruhigend genug. So berichtet das "Handelsblatt" seinem an Kapitalanlagen in Südafrika interessierten Publikum am 18.6.: "Mit einer Stellungnahme zu Südafrika wichen der IMB von der Politik des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) ab: Die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung wurde zwar nachdrücklich verurteilt, auf einen Aufruf nach wirtschaftlichen Boykott-Maßnahmen wurde jedoch ausdrücklich verzichtet."

Der IMB ist der größte Gewerkschaftszwammenschluß im (westlichen) Internationalen Bund Freier Gewerkschaften. Der Beschuß des IMB fällt zahlreichen schwarzen Gewerkschaften in Südafrika, die einen solchen Wirtschaftsboykott seit langem verlangen, und der internationalen Unterstützung für den Befreiungs-

kampf in Azania/Südafrika in den Rücken und stärkt die Imperialisten, die frech behaupten, ihre Kapitalanlagen in Azania nützen den azanischen Arbeitern.

Auch die künftigen Schwerpunkte der IMB-Arbeit, die der IGM-Vorsitzende und IMB-Präsident Hans Mayr nach dem Kongreß ankündigte, sind unerfreulich. Laut Mayr gibt es "einen ganz eindeutigen gemeinsamen Trend" im IMB: "Die Verkürzung der Arbeitszeit ist überall ein Mittel, um Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern."



IMB-Präsident Hans Mayr

Die "Verteidigung von Arbeitsplätzen" ist eine bei den Kapitalisten beliebte Lösung, um die Arbeiter des eigenen Landes gegen die Arbeiter anderer Länder zu stellen. Wie will der IMB die gegenseitige Unterstützung unter den Metallarbeitern verbessern, wenn er die Kritik an imperialistischen Kapitalexporten schwächt und die nationalistische Parole vom "Kampf um Arbeitsplätze" propagiert? Sobald die Ergebnisse des IMB-Kongresses schriftlich vorliegen, werden wir genauer darüber berichten. — (rül)

Rappe will "offenes Verhältnis zur Teilzeitarbeit"

Der IG Chemie-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Rappe hat vor dem Gesprächskreis "Politik und Wissenschaft" der Friedrich-Ebert-Stiftung seine Vorstellungen über die Politik der Gewerkschaften in den nächsten Jahren dargelegt. Nach einem Bericht des "Handelsblatt" vom 20.6. 85 erklärte er dort, daß die Gewerkschaften "ihre Politik der Arbeitszeitverkürzung fortsetzen müssen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten". Die Tarifpolitik müsse sich auch für die weiteren Jahre zwischen den beiden Polen "Geld und Zeit" bewegen, d.h. "wenn eine Tarifforderung sich überwiegend in Arbeitszeitverkürzung ausdrückt, wird die Tariferhöhung für die Löhne und Gehälter ansonsten knapper ausfallen. Umgekehrt gilt das gleiche." Weiter erklärte er laut "Handelsblatt": "Die Arbeitszeitverkürzung werde also die große zentrale

Frage der Tarifpolitik für die nächsten Jahre bleiben. Weitere Stufen müßten realisiert werden. Dabei spielt ein offenes Verhältnis zur Teilzeitarbeit eine große Rolle. Eine prinzipielle Haltung gegen Teilzeitarbeit würde nach Rappe zu unvernünftigen Entwicklungen führen. Der Gesetzgeber wäre deshalb gut beraten, die untere Sozialversicherungspflichtgrenze endgültig fallen zu lassen, damit jede "Arbeit" sozialversicherungspflichtig werde ... Deshalb müsse jede Teilzeitarbeit sozialrechtlich, tarifrechtlich und arbeitsrechtlich abgesichert sein." Daß die Gewerkschaften tariflose und nicht versicherte Arbeitsverhältnisse in den untersten Einkommensstufen nicht dulden wollen, ist unterstützenswert. Zu befürchten ist aber, daß Rappe wegen "Arbeitsplätzen" auf notwendige Lohn erhöhungen verzichten und stattdessen Lohnkürzungen und Ausweitung von Teilzeitarbeit in Kauf nehmen will, statt für die Beseitigung von Arbeitsverhältnissen einzutreten, die keine selbständige Existenz ermöglichen. — (uld)

Informationswoche gegen Kriegsvorbereitung

Der "Große Ratschlag", eine Strategie-Konferenz der Friedensbewegung, hat am 16./17.6. in Köln eine Resolution unter dem Motto: "Für das Überleben neu mobilisieren; Frieden schaffen durch Abrüstung und Gerechtigkeit; Den Rüstungswahn beenden" beschlossen. Die Forderungen der Resolution richten sich deutlicher gegen Kriegsvorbereitungen der BRD. Drei Anträge von Grünen und Friedensinitiativen, in die Hauptresolution Forderungen gegen Revanchismus und für die Anerkennung der polnischen Westgrenzen, für die Anerkennung der DDR aufzunehmen, wurden mit dem Hinweis auf die geson-

dert vorliegende Resolution gegen den Revanchismus abgelehnt. Da die Erklärung gegen den Revanchismus mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen wurde, sind die Grundlagen verbessert, um in der Friedensbewegung Kräfte zu mobilisieren, die ihre Kritik und Aufklärungsarbeit gegen die Kriegsziele richten und gegen die Sammlung reaktionärer, revanchistischer und faschistischer Kräfte und Organisationen aktiv werden. Die Erklärung erhebt als Forderung auch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der DDR-Staatsbürgerschaft. Daß andererseits verhindert werden konnte, diese Positionen in die Hauptresolution aufzunehmen, schwächt die Bedeutung stark ab und zeigt, wie umstritten die Aufgabe ist, die Bundesregierung mit ihrer aggressiven Politik gegen die DDR und gegen Polen zu bekämpfen. Da außerdem beschlossen wurde, daß sich der Koordinationsausschuß mit der polnischen Botschaft in Verbindung setzen soll, um dort über die Urteile in Gdansk gegen die drei Solidaritäts-Mitglieder zu sprechen, ist der Spielraum für die Reaktion noch beträchtlich, Kräfte der Friedensbewegung für ihre "Menschenrechts"-Kampagne zu gewinnen und die Kräfte gegen den Revanchismus zu isolieren. Der "Große Ratschlag" ruft zu einer Informationswoche der Friedensbewegung vom 11. bis 16. November auf, in der örtlich Aktivitäten und Aktionen "zivilen Ungehorsams" geplant sind. Am 14./15. Dezember soll eine Konferenz "Friedensjahr 1986" stattfinden, um das "UNO-Friedensjahr" vorzubereiten. Auf einer bundesweiten Alternativkonferenz soll die Politik der BRD zum Atomwaffensperrvertrag analysiert werden (6. — 8.9.). Unterstützung fand eine Resolution zur Solidarität mit Nikaragua. — (düb)



Der Münchener Professor Peter verteidigte auf dem III. Kongreß der Gesellschaft für Katastrophenmedizin am 22./23.6. das Verfahren, nachdem im Krieg und bei Katastrophen entschieden werden soll, wer medizinischer Hilfe wert sei: Schon jetzt müßten Ärzte entscheiden, ob sie zuerst unheilbar Kranke oder akute Notfälle behandeln. Wo zieht er die Grenze zum faschistischen "lebensunwerten Leben"? — (uld)

Humangenetik: Beratung in faschistischer Tradition 19

Technisches Landesmuseum: "Versöhnung von Mensch und Technik" und einiges mehr fürs Kapital. 20

Hessen: SPD/Grüne: Börner verheißt Profite mit Umwelttechnologie 21

Richterwahl: Gerichtspräsidenten künftig vom Innenminister bestimmt 21

Augsburger Zentralklinikum: 400 Stellen und 5-Tagewoche: Das Streichungsprogramm ist brutal, die Gegenwehr lebhaft 22
Aus der Stellungnahme der ÖTV Augsburg 23

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 24

Gegen Revanchismus: Aktionen gegen das Schlesiertreffen in Hannover 25

Sozialstatistik

Wohneigentum: (I) Zusammenhang von Einkommenshöhe und Wohneigentum 26

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Ausstellung "Junges Rheinland": "Jeder war grundverschieden, aber sie hatten sich alle gern" 28

Waffen-SS: Keine "normale" Truppe 29

Antisemitismus: Wer vom Faschismus verfolgt wurde, kann nicht "deutsch" sein 30

Aus unserer Diskussion: Bericht über die Tagung des DK-Arbeitskreises Nationalismus 32

Spezialberichte

Stroessner-Besuch: BRD an Förderung reaktionärer Regimes in Südamerika interessiert 36
Aus der Geschichte Paraguays 36
"Deutsche" in Paraguay 37
Aigner-Institut 38
Brutaler Terror gegen den Kampf der Arbeiter und Landarbeiter 38
Mengele: Ein Mitglied der "Wissenschaft" 39

Titelbild: Karikatur, güv

Neue Vertriebsbedingungen S. 40!

Ausländerpolitik

Neue Regierungskampagne gegen die ausländischen Arbeiter – Die Sondergesetze gegen Ausländer gehören abgeschafft!

Am 13.6. vereinbarten die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP, Kohl, Strauß und Genscher, "unverzüglich" Gespräche zwischen den drei Regierungsparteien über "noch offene Fragen im Zusammenhang mit dem Ausländer- und Asylrecht" zu beginnen, um zu einer Einigung über Zimmermanns Ausländergesetzentwurf zu kommen.

Einen Tag später verabschiedete der Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Asylrechts. Dieser Gesetzentwurf, von der bayerischen und baden-württembergischen Landesregierung und vom Senat von Westberlin eingebbracht, dehnt die Befugnis westdeutscher Behörden, Asylanträge als "offensichtlich unbegründet" abzulehnen, weiter aus und schreibt erstmalig eine ständige Überprüfung auch solcher Asylbewerber vor, deren Asylanträge rechtskräftig angenommen wurden.

So sollen Asylanträge, die erst 14 Tage nach der Einreise des Asylbewerbers gestellt werden, als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden, es sei denn, der Asylbewerber bringt gewichtige Gründe für den verspäteten Antrag vor. Wer also z.B. nach der Einreise erst einmal seine persönlichen Verhältnisse zu regeln versucht und deshalb seinen Asylantrag erst nach drei Wochen einreicht, wird gleich wieder abgeschoben.

Haben sich Asylbewerber vor ihrer Einreise in die BRD drei Monate in einem anderen Staat aufgehalten, so soll künftig angenommen werden, daß sie dort auch Asyl gefunden haben,

gleichgültig, ob das zutrifft oder nicht. Schließlich sollen Asylbewerber, denen Asyl gewährt wurde, alle zwei Jahre, mindestens aber alle drei Jahre überprüft werden. Sollten die Ausländerbehörden dann zu der Erkenntnis kommen, dem früheren Asylbewerber drohe nunmehr keine Verfolgung mehr, so kann die Asylgewährung sofort aufgehoben und die Ausreise angeordnet werden. Der Gesetzentwurf liegt jetzt dem Bundestag zur Beratung und Verabschiedung vor.

Der neue Asylgesetzentwurf und die Entscheidung der Parteivorsitzenden zu neuerlichen Beratungen über Zimmermanns Ausländergesetz sind nur die letzten Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung und insbesondere die



Elendester Wohnstandard für Zehntausende ausländischer Arbeiter: "firmeneigene Gemeinschaftswohnung"

Unzureichende Wohngeld-Erhöhung beschlossen

Der Bundestag hat am 20.6.85 gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN eine unzureichende Wohngeld erhöhung beschlossen, die am 1.1.86 in Kraft treten soll. Zwar soll sich das durchschnittliche Wohngeld von 110 auf 152 DM erhöhen, indem die Miethöchstbeträge und Einkommensgrenzen um 20% angehoben werden. Aber diese Erhöhungen werden weder dazu führen, daß die gegenüber 1975 immer weiter abgesunkene Zahl der Wohngeldempfänger den Stand von 1975 erreicht, noch werden die Wohngeldzahlungen von Bund und Land den Wert von 1975 erreichen. Die Bundesregierung zielt mit der Wohngelderhöhung vor allem auf die Familien mit Kindern und die Förderung mehrerer Generationen unter einem Dach, für die besondere Erhöhungen geplant sind. Damit wird die Politik seit Mitte

der 70er Jahre fortgesetzt, die eine relative Verschlechterung der kleinen Haushalte zugunsten derjenigen mit Kindern verwirklichte. Fazit: Die sogenannte Subjektförderung (Wohngeld) wird real weiter abgebaut. Dafür wird der soziale Wohnungsbau auch offiziell immer mehr beseitigt. – (jeb)

Geißler mit "erfreulichen Nachrichten aus Bonn"

Der CDU-Generalsekretär als Trick-Rechner in der Bild-Zeitung: "Zum 1. Juli wird die Sozialhilfe um 8% erhöht; alleinstehende Frauen mit Kind bekommen sogar 20% zusätzlich." Christliche Barmherzigkeit gegenüber den Allerärmsten? Nicht einmal Alleinstehende mit Kind oder Rentner erhalten durch einen 20%-Zuschlag die von den Wohlfahrtsverbänden geforderten 30% mehr Sozialhilfe. Im übrigen wird der Bezug zu den Lebenshaltungskosten beseitigt und stattdes-

Unionsparteien bemüht sind, ihre nationalistische und rassistische Kampagne gegen die ausländischen Lohnabhängigen zu intensivieren. Bereits im Mai hatte das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf über eine "Wieder eingliederungshilfe" für ausländische Lohnabhängige verabschiedet (s. Politische Berichte 12/85, S. 6). Der Gesetzentwurf sichert ausländischen Lohnabhängigen die ungetkürzte Auszahlung ihrer Bausparverträge bei einer Ausreise aus der BRD zu, wenn sie vier Jahre nach Beginn der Auszahlung die BRD verlassen. Der Zweck dieser Regelung ist der gleiche wie schon beim Rückkehrhilfegesetz: Ausländische Lohnabhängige sollen zur Ausreise aus der BRD veranlaßt werden, sobald ihre Arbeitskraft von den Kapitalisten verschlissen ist und die Gefahr besteht, daß sie bei weiterem Aufenthalt in der BRD mehr Ansprüche auf irgendwelche Zahlungen stellen, als die Kapitalisten noch Profit aus ihnen herauspressen können.

Ebenfalls im Mai hatte das CDU-Präsidium beraten, ob ein neues Rückkehrhilfegesetz vorgelegt werden sollte. "In der Debatte", so CDU-Sprecher Thiesenhausen, sei gewesen, ausländischen Lohnabhängigen eine "Kapitalisierung" ihres Arbeitslosengeldanspruchs anzubieten. Nach der Formel "durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit = 7 Monate, durchschnittlicher monatlicher Arbeitslosengeldanspruch = 1500 DM, macht ca. 10000 DM" sollte ausländischen Lohnabhängigen die Zahlung von 10000 DM angeboten werden, wenn sie sofort nach ih-

sen "Abstand zu den niedrigsten Löhnen" hergestellt: Die Einkommensgrenze, unterhalb der Sozialhilfe gezahlt werden muß, wird jetzt um 3% erhöht und ab 1987 jährlich an das Durchschnittseinkommen (das seit Jahren unter der Inflationsrate wächst) angepaßt. Zudem haben sich die Länderminister auf einen neuen "Warenkorb" geeinigt – welche Lebensmittel künftig für Sozialhilfeempfänger entfallen, muß noch genau geprüft werden. – (alk)

Daimler expandiert nach Mexiko

Am 19.6. teilte die Daimler-Benz AG mit, sie habe 49% des Kapitals eines Unternehmens in Mexiko erworben. Dort sollen die Lohnabhängigen künftig Dieselmotoren, Lkw, Sattelschlepper und Omnibusteile nach Daimler-Lizenzen für den mexikanischen und den US-Markt fertigen. Die mexikanischen Arbeiter haben so einen auslän-



Eine energische Gegenpropaganda gegen den von der Regierung geschürten Nationalismus und Rassismus gegen die ausländischen Arbeiter und eine Propaganda für die Abschaffung aller Sondergesetze gegen ausländische Arbeiter sind nötig, um der Kampagne der Reaktion entgegenzutreten.

rer Entlassung durch einen Kapitalisten "die Fliege machen", so wörtlich der CDU-Sprecher. Am 1. Juni meldete die "FAZ", das CDU-Präsidium wolle diese Absicht vorläufig nicht weiter-verfolgen: "Dafür dürfte ausschlaggebend sein, daß die letzte Aktion zwar den Arbeitsmarkt entlastet, aber die Rentenversicherung stark belastet hat. Auch fürchtet man im Arbeitsministerium, daß eine Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes ... die Arbeitslosenversicherung ... abermals in finanzielle Schwierigkeiten bringen (wird)".

Bemerkenswert daran ist, daß schon das erste Rückkehrhilfegesetz auf eine Idee der Regierung Schmidt zurückging. Auch wenn jetzt ein zweites Gesetz vorerst zurückgestellt wurde: Offensichtlich sucht die CDU nach Möglichkeiten der Verschärfung der Ausländerunterdrückung, die insbe-

sondere von den SPD-regierten Bundesländern mitgetragen wird.

Inoffiziell ist von der CDU noch ein weiterer Grund zu erfahren, warum die Beratungen über ein neues Rückkehrhilfegesetz zurückgestellt wurden: Die neuesten Ein- und Auswanderungszahlen vom 1. Quartal 1985 werden erst Mitte Juli vorliegen. Diese Zahlen aber will die CDU abwarten. 1984 haben über 545000 Ausländer die BRD verlassen, darunter allein 213480 Türken. Da gleichzeitig 331140 Ausländer in die BRD einreisten, sank die Zahl der Ausländer in der BRD um 213000, die der Türken um 180000. Sollte diese durch die unerträglichen Lebensverhältnisse und den ständig zunehmenden Druck auf die Ausländer erzwungene "Ausreisewelle" anhalten, so bestehe auch kein Bedarf nach einem neuen Rückkehrhilfegesetz. Falls nicht, treffen noch

dischen Ausbeuter mehr, die Lohnabhängigen bei der Lkw-Fertigung von Daimler in der BRD werden künftig durch den Verweis auf mexikanische Löhne unter Druck gesetzt werden – mexikanische Automobilarbeiter verdienten 1983 gerade 5,19 DM. – (rül)

CDU, CSU, FDP für Verschärfung der Unterdrückung

Die Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP, Kohl, Strauß und Bangemann, einigten sich bei ihrem Treffen am 13.6. darauf, das Demonstrationsrecht, die Polizei- und Geheimdienstgesetze und der Überwachungs- und Registrierungsmaßnahmen zu verschärfen. Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht soll folgende Änderungen enthalten: Künftig soll mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bedroht werden, wer in "einer gewalttätigen Menschenmenge" "Schutzwaffen" wie z.B. Helme trägt oder sich dort vermuert aufhält. Personalaus-

weis- und Paßgesetz sollen im Herbst 1985 verabschiedet werden, die Änderungen am Bundesverfassungsschutzgesetz, MAD-Gesetz und der Gesetze über die Zusammenarbeit der Länderverfassungsschutzbehörden sowie das Gesetz über ein zentrales Verkehrsinformationssystem sollen im Herbst eingebracht und bis zu den Wahlen 1987 verabschiedet werden. Die Neufassung des Musterentwurfs für Landespolizeigesetze und die Neufassungen des BKA-Gesetzes wie des BGS-Gesetzes sollen vorangetrieben, aber nicht mehr bis 1987 verabschiedet werden. – (uld)

Kiechle als Bauernfreund gerettet und EG gestärkt

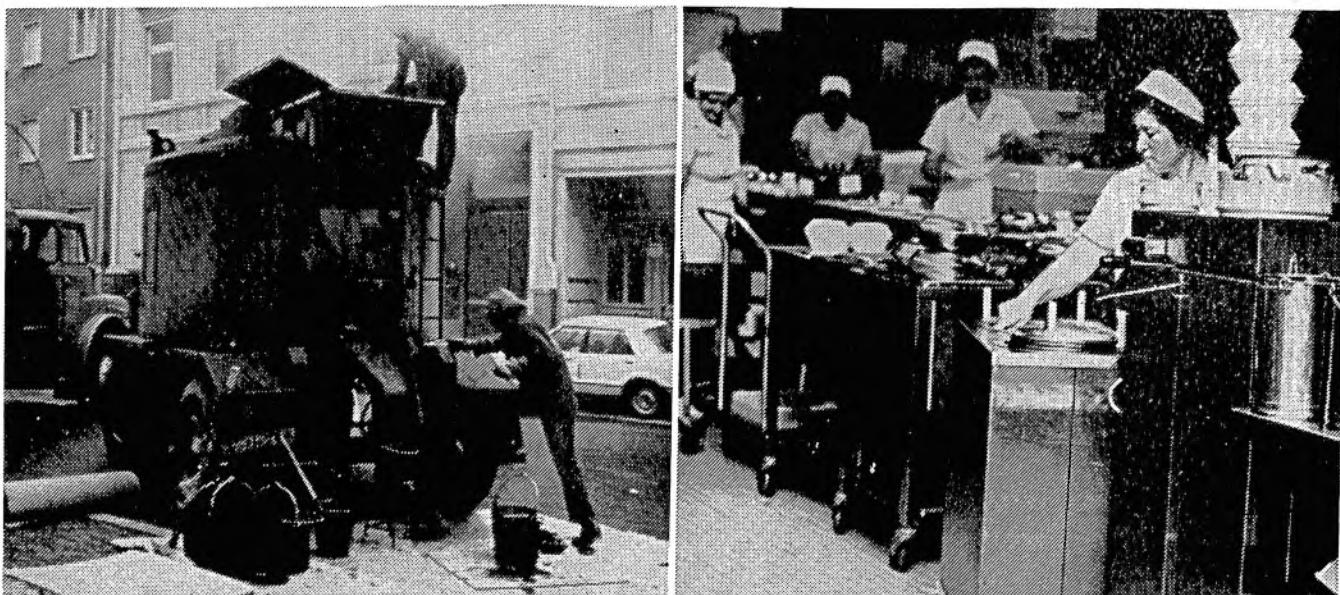
Die Bilder waren beeindruckend: Landwirtschaftsminister Kiechle stand mit kämpferischer Miene vor der Kamera. "Nationale Interessen" der BRD seien gefährdet, wenn die Europäische Gemeinschaft die Ge-

Mitte Juli Politiker von CDU und CSU erneut zu einer Beratung über die Ausländerpolitik zusammen. Gut möglich ist also, daß die Unionsparteien dann schlagartig eine neue Pressekampagne gegen die "Belastung der Arbeitslosenversicherung durch Ausländer" und für ein neues Rückkehrhilfegesetz beginnen.

Begleitet wird diese Aktivität der Bundesregierung von einem neuerlichen Aufblühen rassistischer Propaganda. So finden die reaktionären Thesen des Regensburger Professors Schröder, der 1983 unter der Losung "Strafen zum Heimattarif" eine drastische Verschärfung des Strafmaßes gegen ausländische Lohnabhängige propagiert hatte, inzwischen auch in der sogenannten Fachpresse Beifall. In der gerade erschienenen Nr. 22 der "Neuen Juristischen Wochenschrift" werden Schröders Vorschläge von einem Dr. Stefan Grundmann aus Heidelberg ausdrücklich unterstützt. "Wenn schon Türken andere Sitten, andere Mentalität und Auffassungen haben als Deutsche, so ist auch das auf sie zugeschnittene Recht im Zweifel das für sie angemessenste", meint Dr. Grundmann. Schröders und Grundmanns Thesen laufen auf eine Wiederbelebung völkischer und damit faschistischer Strafrechtsgrundsätze hinaus, wie dem berüchtigten Rechtsgrundsatz von "Jedem das Seine", der schon KZ-Lagertore schmückte. Grundmann kommt in seinem neuen Aufsatz am Ende zu dem Schluß, daß die Einführung türkischer Strafmaße für türkische Lohnabhängige in der BRD sei eine "ideale Ergänzung ... im deutschen Strafrecht".

Gegenüber dieser reaktionären Kampagne ist es von Bedeutung, daß das DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher kürzlich erstmals ausdrücklich dazu aufgerufen hat, das von Zim-

treidepreise senken würde. Er habe gegenüber seinen europäischen Ministerkollegen ein Veto einlegen müssen. Jeder sollte glauben, die Union habe sich die vielen Protestversammlungen und Aktionen der Bauern zu Herzen genommen, wenn auch vielleicht nur, weil sie wieder Wähler mobilisieren muß. Allerdings nur wenige Tage danach setzte sich die EG-Kommission über das Veto Kiechles hinweg und verfügte, daß die staatlichen Einkaufsstellen demnächst 1,8 Prozent weniger für das Getreide zahlen. Die Bundesregierung ist gleich doppelt aus dem Schneider: Ihr Landwirtschaftsminister ist als Kämpfer für Bauerninteressen wählbar erhalten, und die EG-Kommission hat einen Musterfall geschaffen: Die BRD hat als scheinbares Opfer den von ihr schon lang gewünschten Mehrheitsentscheid in der EG auch gegen den Widerspruch betroffener Länder durchgesetzt. Ein Trick, typisch für Kohl. – (alk)



Ausländische Arbeiter(innen) im Straßenbau und in Großküchen. Mit seinem Gesetz strebt Zimmermann u.a. eine Handhabe an, um sie per Rechtsverordnung stets dahin zu verschieben, wo die Kapitalisten "Bedarf" anmelden.

mermann geplante Ausländergesetz zu verhindern. Bleicher ist im DGB-Vorstand für ausländische Lohnabhängige zuständig und eher berüchtigt für seine staatstragende Geduld, mit der er der reaktionären Ausländerpolitik gewöhnlich begegnet. Am 30. Mai meldete der DGB-Presseidienst, Bleicher habe auf einer Veranstaltung in Alfeld erklärt, "die Landtagswahlergebnisse dürften ... nicht zur Mordämmmerung einer reaktionären Ausländerpolitik werden." Weiter heißt es: "Nur über die Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit werde ein neues Ausländergesetz zu verhindern sein, das mehr zur Rückkehrnötigung beitrage, als es die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in Staat und Gesellschaft fördere."

Für die politische Opposition schafft diese Erklärung Bleichers An-

satzpunkte, um in den Gewerkschaften auf eine energischere Gegenpropaganda und auf Aktionen gegen die Ausländerpolitik der Regierung zu drängen. Insbesondere, wo die Unionsparteien offensichtlich nach Wegen suchen, die Unterdrückung der ausländischen Lohnabhängigen mit Maßnahmen und Gesetzen zu vertiefen, denen auch die SPD in der Vergangenheit zugestimmt hat bzw. die die SPD in den von ihr regierten Bundesländern selbst betreibt.

Um diese Absicht zu durchkreuzen, ist deshalb auf Seiten der politischen Opposition vor allem zweierlei nötig: eine energische Gegenpropaganda gegen Nationalismus und Rassismus, und eine Einigung insbesondere in den Gewerkschaften auf die gegenüber der Ausländerpolitik der Reaktion zu verfolgenden Grundsätze. Der wichtigste dieser Grundsätze muß sein: Sämtli-

che Sondergesetze gegen die ausländischen Lohnabhängigen sind Gesetze gegen die Lohnabhängigen insgesamt, verstärken die Unterdrückung und Spaltung der Lohnabhängigen in der BRD. Sämtliche Sondergesetze gegen die ausländischen Lohnabhängigen gehören abgeschafft, und jede Bestrebung, die sich gegen einzelne dieser Sondergesetze richten, wie etwa der Widerstand christlicher Kreise gegen eine Einschränkung der Familiensammenführung, muß unterstützt werden.

Quellenhinweis: FAZ, 1.6. und 15.6.; FDP-Presseidienst über das Ergebnis des "Dreiergipfels", 13.6.; Neue Juristische Wochenschrift 22/85, S. 1251f.; Bundesratsdrucksachen 99/85 und 100/85; DGB-Presseidienst vom 30.5.; Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Nr. 4/84 und 1/85-(rül)

Höhere Militärhilfe an die Türkei?

Ende Mai haben Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der türkischen Regierung über die Militärhilfe der BRD für die Türkei begonnen. Das meldete am 30.6. die türkische Zeitung "Cumhuriyet". Auf westdeutscher Seite werden die Verhandlungen von Staatssekretär Lothar Rühl vom Verteidigungsministerium geführt. "Cumhuriyet" vom 30.6. ist auch zu entnehmen, daß die Türkei eine Erhöhung der westdeutschen Militärhilfe beantragt hat. Seit Anfang der 60er Jahre zahlt die BRD Militärhilfe an die Türkei, zuletzt jährlich 130 Mio. DM. Die BRD hat dadurch ihren Einfluß auf die Türkei und insbesondere auf das türkische Militär beständig ausgeweitet. Heute stammen große Teile der schweren Waffen der türkischen Armee aus westdeutscher Produktion. Erst vor wenigen Tagen

bewilligte die Bundesregierung die erstmalige Lieferung von Leopard-II-Panzern in die Türkei. Die Bundesregierung wird also den türkischen Wunsch "wohlwollend" prüfen – um die Stellung der türkischen Militärs weiter zu sichern, vor allem aber, um ihren eigenen Einfluß in der Türkei und im Nahen Osten weiter auszubauen. –(rül)

Wörner bekräftigt Wehrdienstverlängerung

Die Bundeswehr habe "ausreichend Geld, um den Übungsbetrieb zu verstärken ... Die Zahl der Längerdienden ist um 11500 gestiegen. Die Bundeswehr hat heute die beste Unteroffizierslage in ihrer Geschichte. Das beginnt sich langsam im Tages- und Übungsbetrieb auszuwirken. Das verbesserte Reservistenkonzept trägt erste Früchte." Feststellungen von Verteidigungsminister Wörner bei der Vorlage seines neuen Weißbuchs am

19. Juni. Zugleich kündigte Wörner eine baldige Entscheidung der Bundesregierung über den Gesetzentwurf zur Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf künftig 18 Monate an. Diese Wehrdienstverlängerung sei "die entscheidende Aufgabe für die kommenden Jahre", betonte er. Das stimmt. Gelingt der Bundesregierung die Verlängerung der Wehrdienstpflicht, so wäre das auch eine schwere Niederlage für die politische Opposition gegen den westdeutschen Expansionismus. –(rül)

BRD-EG-Initiative gegen Terror erfolgreich

Bei einem Bombenanschlag am Mittwoch, den 19.6., kamen in der Abflughalle des Frankfurter Flughafens drei Menschen ums Leben, es gab zahlreiche Verletzte. Täter und Hintergründe sind noch unklar. Trotzdem steht für Innenminister Zimmermann schon fest, es müssen Ausländer gewesen sein! Weitere Bombendrohun-

Schlesiertreffen**Kriegsmobilisierung
gegen Osten**

Bundeskanzler Kohl hatte Ende letzten Jahres auf die Änderung des Schlesiermottos gedrängt. "Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker" wurde daraufhin als Motto des diesjährigen Schlesiertreffens festgelegt. Viele meinten damals, daß durch den Europagedanken, der in der neuen Lösung enthalten war, eine Abkehr vom offenen Nationalismus und Revanchismus erreicht wurde. An diesem Irrtum knüpfte Kohl in seiner Rede auf dem Schlesiertreffen an, verzichtete keineswegs auf nationale Ansprüche gegen die DDR, Polen und die Sowjetunion, wollte aber in der Öffentlichkeit moderat erscheinen:

"Und ich sage noch einmal: Die Deutsche Frage soll und kann nur im Einverständnis mit allen Nachbarn, auch mit dem polnischen Volk, gelöst werden. Denn sie war und bleibt die europäische Zentralfrage." (1)

Gerade diese Aussage wurde in zahlreichen Fernsehsendungen gebracht und das Geschrei reaktionärer und faschistischer Kräfte gezeigt. Daraufhin kommentierte die Presse Kohls Auftritt wohlwollend: Kohl habe den inneren Frieden wieder hergestellt und klargelegt, daß Gewalt kein Mittel zur Lösung der deutschen Frage sein kann. Dieser verbreitete Schein trügt. Kohl hat Bedingungen gestellt: "Im Einverständnis" soll die offene Deutsche Frage gelöst werden. Das setzt aber voraus, daß die osteuropäischen Staaten schon einmal "einverstanden" sind, daß sie wirklich offen ist. Kohl will die "Freiheit für die Europäer, die jenseits der Trennungslinie zwischen Ost und West leben",

gen sollen gegen den Flughafen und Banken eingegangen sein, die Kontrollen wurden verschärft. Die Innenminister der EG-Staaten haben die Versicherung und entsprechende ideologische Lage genutzt, um Verschärfungen der politischen Strafverfolgung auf EG-Ebene anzukündigen und beschlossen, die Schikanen gegen unerwünschte Ausländer zu vermehren. Eine gegenseitige Information über die Verweigerung von Sichtvermerken, Zurückweisung, Ausweisung oder Einreiseverweigerung wurde vereinbart. Eine Kommission aus Leitern der kriminalpolizeilichen Zentralstellen der Länder soll zusätzlich eingerichtet werden, um Vorschläge für die Ausweitung der Zuständigkeiten der Vereinigung der Sicherheitsexperten auszuarbeiten (Störung der öffentlichen Ordnung, schwere Gewaltverbrechen, international organisierte Verbrechen). Beide Vorschläge machte die BRD. – (düb)

erpressen. Die nötigen Gewaltmittel sind vorhanden: Die stationierten Mittelstreckenkarten und die militärische Überlegenheit der NATO. Schon ihre Stationierung ist aggressiv. Theo Waigel von der CSU beschrieb auf dem Schlesiertreffen, wie "Einverständnis" abgepreßt werden kann:

"Entscheidende Änderungen in unserem Sinne werden erst dann möglich sein, wenn sich die kommunistischen Systeme in ihren Strukturen ändern. Dafür gibt es begründete Erwartungen: Osteuropa ist gezwungen, bei der Entwicklung von Wissenschaft, Wirtschaft und Technik den Anschluß an den Westen nicht zu verlieren. Die totalitären Staaten werde mit uns nur Schritt halten können, wenn sie ihre Wirtschaftsordnung und damit ihre Gesellschaftsordnung ändern. Solche Entwicklungen sind nicht mehr aufzuhalten." (2)

Kohls Politik der Erpressung weckt das Interesse der Faschisten und bewirkt, daß der Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaften und Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU/CSU, Herbert Hupka, nach dem Schlesiertreffen diese Politik weiterspann und eine "Destabilisierung Osteuropas" forderte. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" berichtet: "Hupka hat sich für eine Destabilisierung der DDR und der anderen kommunistisch beherrschten Staaten in Osteuropa ausgesprochen. Auf einer Bundestagung seiner Organisation erklärte Hupka am Freitag, diese Destabilisierung sei allerdings 'nur verbal, moralisch, rechtlich und politisch gemeint'." (3)

Die Politik der "Destabilisierung" war vor zweiten Weltkrieg fester Bestandteil der Kriegsvorbereitungen und ist dem direkten militärischen Überfall vorgelagert, um den Gegner zu schwächen und womöglich hand-

lungsunfähig zu machen. Mit Europa, mit der EG können die osteuropäischen Staaten am wirksamsten erpreßt, gefügig gemacht und einverlebt werden, deshalb die Änderung des Mottos. Gleichzeitig hat Kohl deutlich zu verstehen gegeben, daß die BRD einen besonderen Anspruch in Europa auf die DDR, aber auch auf Polen hat: "In dieser alten Heimat leben auch heute noch deutsche Landsleute ... Es gibt Volksgruppen. Wir sind ihre Sachwalter."

Das Schlesiertreffen war geplante Kriegsmobilisierung der Regierung, dem über 100000 Leute folgten. Die reaktionäre Hetze und die besonders intensive Mobilisierung der Faschisten, die in dem Ausmaß neu war, hat viele Leute keineswegs abgeschreckt. Die Beteiligung war genauso groß wie beim letzten Schlesiertreffen.

Quellenhinweis: (1) Bulletin der Bundesregierung vom 20.6.85; (2) Grußwort des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Theo Waigel am 14. Juni in Hannover; (3) Kölner Stadt-Anzeiger vom 22./23.6.85 – (jöd, gec)

Krankenpflegeausbildung**Nach der Qualität soll
die Vergütung sinken**

Am 1.9.85 tritt das neue Krankenpflegegesetz in Kraft. Damit ist das Berufsbildungsgesetz (BBiG) für diesen Bereich völlig ausgeschaltet. Das heißt u.a.: sechs Monate und mehr Probezeit; Ausschluß von der Ausbildung bei Überschreitung einer Höchstfehlzeitenquote (eingerechnet wird auch z.B. Jugendvertreterarbeit); volle drei Jahre Ausbildung (nicht die bestandene Prüfung be-



40000 Studenten beteiligten sich am 15. Juni in Bonn an der VDS-Demonstration gegen die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Die Kundgebung war von SPD-Rednern bestimmt. Der bildungspolitische Sprecher der SPD Kuhlwein: "Die SPD werde alles tun, um im Bund und den Ländern eine solche Novellierungs-Entscheidung rückgängig zu machen." Ein Vertreter der GRÜNEN warnte vor der "Gefahr, daß die SPD die Studenten vor ihren Karren spannt". Allerdings ist die Kritik der GRÜNEN an der Novelle schwach. – (chf)

stimmt das Ende).

In den laufenden Manteltarifverhandlungen für Auszubildende in der Krankenpflege (MTV-A) hat die Jugendtarifkommission der ÖTV ihren Schwerpunkt darauf gelegt, wenigstens einige Grundsätze des BBiG durchzusetzen:

- qualifizierte Ausbilder für die praktische Unterweisung,
- keine Überstunden, Bereitschaftsdienst oder Rufbereitschaften sowie Arbeit über den ganzen Tag (geteilte Dienste),
- einen Studentag pro Monat zur Unterrichtsvor- und -nachbereitung,
- fünf Tage Freistellung vor der Abschlußprüfung.

Statt über diese Forderungen zu verhandeln, erklärten die Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen auf der letzten Sitzung am 29./30. Mai, daß ab sofort "nur noch die Leistung der Schüler als Arbeitskraft" vergütet werden könne. Das neue Krankenpflegegesetz gehe zwar von einer 20%igen Leistung aus (für je fünf Schüler wird eine Planstelle gestrichen), doch sollte die Absenkung "nur" auf die Höhe der sonst im öffentlichen Dienst gezahlten Ausbildungsvergütungen erfolgen. Das hieße z.B. für einen Krankenpflegeschüler im dritten Ausbildungsjahr statt 1157,64 DM nur noch 684,22 – ein Verlust von 470 DM.

Mit der Kündigung der Anlage 1a/1b zum BAT war es Zimmermann im letzten Jahr gelungen, Kürzungen im (insbesondere gehobenen und höheren) Beamtenbereich auf die Angestellten im öffentlichen Dienst zu übertragen. Eine Absenkung der Ausbildungsvergütungen soll eine weitere Flanke im Angriff auf das allgemeine Lohnniveau eröffnen.

Schon vor den Ende Dezember anstehenden Tarifauseinandersetzungen trete nach Ansicht des Dienstherren ein tarifloser Zustand ein, da sich der bestehende Manteltarifvertrag auf das auslaufende Krankenpflegegesetz direkt beziehe. Werde also keine Eingang über einen neuen MTV-A erzielt, würden die Kürzungen über Einzelarbeitsverträge für die neu beginnenden Krankenpflegeschüler durchgesetzt.

Sollte dies gelingen, wäre Zimmermann Tür und Tor geöffnet, noch entschiedener seine Pläne zur Absenkung der Eingangsvergütungen in den ersten drei bis vier Berufsjahren zu betreiben. Der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV ist von der Jugendtarifkommission aufgefordert worden, die Verhandlungen abzubrechen, falls die Vergütungen nicht Bestandteil der Tarifverhandlungen blieben. Auch sei durch die 1984 auf dem 10. Gewerkschaftstag verabschiedeten tarifpolitischen Grundsätze (Antrag 515) als konkretes Ziel eine existenzsichernde Ausbildungsvergütung gefordert und ein Hinnehmen von Vergütungsabsenkungen grundsätzlich ausgeschlossen worden. – (frw)

Hinterbliebenenrenten

Reaktionäres Gesetz / SPD-Antrag gescheitert / Reform-Antrag der GRÜNEN

Der von Blüm im letzten Herbst vorgeschlagene Weg der Reform der Hinterbliebenenversicherung und zur Einführung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung ist am 21.6.85 von der Bundestagsmehrheit der Koalition in dritter Lesung abgesegnet worden. Das Gesetz

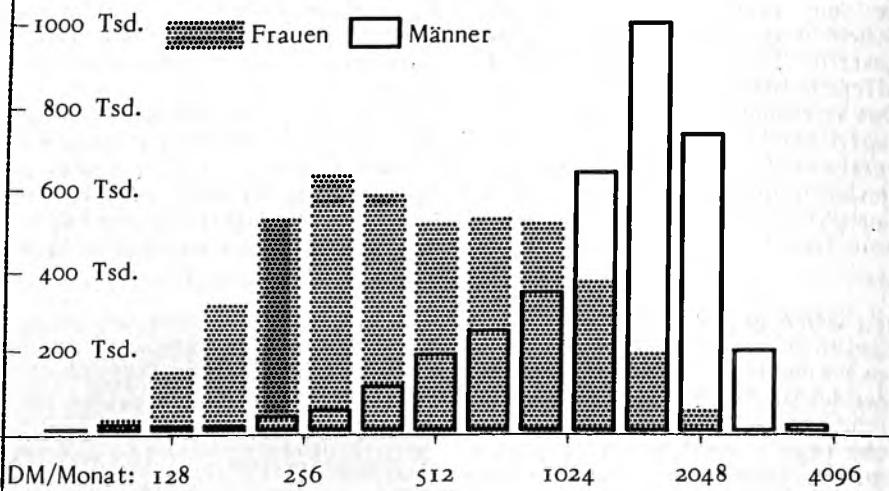
– führt den aus der Sozialhilfe bekannten Grundsatz der Nachrangigkeit von Rentenversicherungsleistungen gegenüber anderen "Erwerbs- oder Erwerbsersatzzeinkommen" ein. Auf die Hinterbliebenenrentenansprüche von verwitweten Männern oder Frauen wird deren eigenes Einkommen zu 40% angerechnet, soweit es gegenwärtig 900 DM übersteigt. W. Kannegießer, Arbeitgebervertreter in der Sozialversicherung, nannte es nur eine Frage der Zeit, "daß auch Versichertenrenten gekürzt werden, wenn anderweitig Einkommen vorhanden ist."

– schont Einkünfte aus Vermögen und Kapital: sie fallen nicht unter die

der Kapitalisten.

Zusammengefaßt: Wer abhängig beschäftigt so viel verdient, daß die Frau nicht arbeiten braucht und auch Vermögen gesammelt werden kann, braucht so oder so im Hinterbliebenenfalle wegen dieser Neuregelung nichts befürchten. Wer als Rentner so wenig hat oder zu erwarten hat, daß es zum Leben nicht reicht, aber zum Sterben zuviel ist, hat nicht nur keine Besserung zu erwarten, sondern muß unter Umständen zahlen: dann z.B., wenn er oder sie als Hinterbliebene noch gezwungen sind, aufgrund der eigenen niedrigen oder fehlenden Rentenansprüche die Arbeitskraft zu verkaufen. Blüms (vom DGB geteilte) Behauptung, daß dieses Gesetz die kleinen Rentner schont und "bloß Doppelverdiener" mit durchschnittlichen bis überdurchschnittlichen Löhnen oder Gehältern im Hinterbliebenenfalle begrenzt heranzieht, kann so aufgrund der tatsächlichen elenden Lebensverhältnisse als christlich-soziales Pro-

Verteilung der Versichertenrenten nach Zahlbeträgen am 1. Juli 1984 Angestellten- und Arbeiterrentenvers.- Quelle: Rentenanpassungsbericht '84 und eigene Berechnungen



anrechnungsfähigen Einkommen. Weiter: Ausgrenzung der "betrieblichen Altersversorgung" als steuergünstige Kapitalsammelstelle. Und die Lebensversicherungskapitalisten können darauf verweisen, daß der begünstigte Hinterbliebene keine Minderung seiner Sozialversicherungsansprüche durch seine Lebensversicherungsansprüche erfährt.

Daß dieses Gesetz im Gegensatz zu Blüms und anderer Beteuerungen keineswegs aus finanzieller Not geboren ist, beweist die Ausdehnung seiner Anrechnungsvorschriften auf die Unfallversicherung und damit die weitere Einschränkung der Haftungspflicht

pagandamärchen schmerlich offenbar werden.

Die als rentensteigernd eingeführte "Kindererziehungszeit" gelangt zur Anwendung bloß für nach dem 31.12. 1920 geborene Mütter oder Väter, sieht zwölf Monate als Versicherungszeit bewertet mit 75% der Durchschnittsentgelte der Rentenversicherten vor, auf die Mutterschaftszeiten und eigene Erwerbstätigkeit angerechnet werden, kann so rentensteigernd bis zu ca. 25 DM je Kind wirken und berührt die gegenwärtigen Renten fast gar nicht. Eine besondere Gemeinheit: Die Erziehungszeit wird bloß berücksichtigt bei "deutscher"

Rentenreform: Antrag der GRÜNEN

"Der Bundestag möge beschließen:

1. Die Verhinderung der Altersarmut, die Gleichstellung der Frauen im Rentenrecht und die Vereinheitlichung der Alterssicherungssysteme erfordert eine langfristig angelegte, grundlegende Rentenreform. Einen Einstieg stellen die folgenden, kurzfristig möglichen Lösungsschritte dar:

a) Durch eine sukzessive Anhebung der Gesamteinkommen von Rentnerhaushalten auf mindestens 1 000 DM pro Person durch die gesetzliche Rentenversicherung und durch die Einbeziehung von Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung, die bislang ohne Anspruch sind, ist das Problem der grassierenden Altersarmut anzugehen.

b) Parallel dazu ist das Beitragsvolumen der gesetzlichen Rentenversicherung durch die schrittweise Einbeziehung der Beamten, Selbständigen und Freiberufler deutlich auszuweiten, wodurch die sukzessive Anhebung der niedrigen Alterseinkommen auf das Niveau der künftigen Grundrente finanzierbar ist. Pensionen und Renten oberhalb der künftig geltenden, höchstmöglichen Gesamtversorgung aus Grund- und Zusatzrente werden in der Übergangszeit eingefroren.

c) Kindererziehungszeiten in Höhe von mindestens 3 Jahren pro Kind für alle Rentnerinnen und Rentner, d.h. also auch für die jetzigen Rentnerinnen, sind einzuführen und mit dem Durchschnitt der rentenversicherungspflichtigen Einkommen zu bewerten.

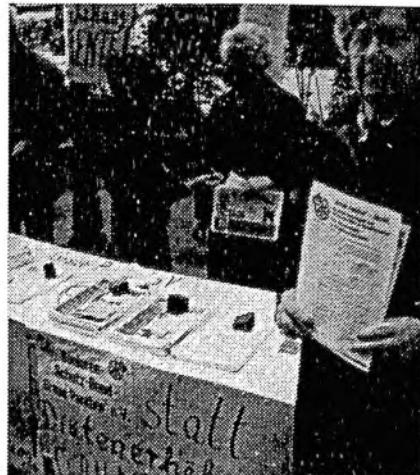
d) Der Bundeszuschuß an die gesetzliche Rentenversicherung ist sofort

oder spätestens in Teilschritten innerhalb von drei Jahren auf mindestens 30% der Rentenausgaben anzuheben, um die nicht beitragsgedeckten, sogenannten 'Fremdleistungen' zu finanzieren.

e) Für Erwerbslose ist die volle Beitragszahlung der Bundesanstalt für Arbeit an die gesetzliche Rentenversicherung wiederherzustellen.

f) Um dem Anspruch des Bundesverfassungsgerichts auf eine Gleichstellung von männlichen und weiblichen Hinterbliebenenrentenempfänger/innen kurzfristig zu genügen, ist eine formale Gleichstellung von Witwern und Witwen ausreichend. Männern und Frauen würde bei Tod des Ehegatten eine bedingte Witwen- und Witwerrente als zeitlich befristete Übergangslösung zuerkannt. Eine solche Übergangslösung hat den Vorteil, daß sie von Anfang an auf Revision angelegt ist.

2. Eine grundlegende Rentenreform muß allen alten Menschen unabhängig von ihrer früheren Position im Erwerbsleben ein auskömmliches Leben frei von Armut und materieller Unsicherheit garantieren. Sie muß daher zum einen auf die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente in Höhe von mindestens 1 000 DM im Monat, jährlich dynamisiert, hinführen, die jede/r/m deutschen Staatsbürger/in und allen Ausländer/inne/n mit Niederlassungsrecht zusteht. Die Grundrentenberechtigung hat mit dem 60. Lebensjahr zu beginnen. Oberhalb der Grundrente wird eine obligatorische Zusatzrente konzipiert, die sich allein aus Beiträgen der Erwerbstätigen finanziert und deren Rentenleistungen beitragsbezogen sind. Die Zusatzrente stellt in dieser Rentenreformperspektive eine Pflichtversicherung für alle Erwerbs-



Seit mehreren Jahren treten die "Grauen Panther" mit Aktionen für die Grundrente ein

tätigen dar, einschließlich der Selbstständigen, Beamten und Landwirte."

Aus der Begründung: "Der Unterschied der grünen Rentenreformpläne zu den Vorschlägen von Wirtschaftsminister Bangemann oder dem CDU-Politiker Biedenkopf, die beide ebenfalls eine steuerfinanzierte Grundrente in die Diskussion gebracht haben, zeigt sich deutlich bei einem Vergleich der vorgeschlagenen Beträge. Während die Wirtschaftsliberalen über das Niveau der Sozialhilfe nicht hinausgehen wollen, fordern die Grünen eine Grundrente, die Altersarmut abschafft. Der zweite Unterschied, der vor allem Gewerkschafter gegen die Ideen dieser Politiker aufbrachte, liegt in der Absicht, die gesetzliche Altersvorsorge einzuschränken, also den Rückzug des Staates aus der Altersversicherung einzuleiten. Dem setzen die Grünen die gesetzliche Zusatzversicherung entgegen."

Umgebung in den ersten 12 Monaten. Zwar sind Ausnahmen für Missionare und anderes Imperialistenpersonal berücksichtigt, aber eine türkische Arbeiterin z.B., die sich für Siemenskramm geschuftet und ihre in der Türkei geborenen Kinder nachgeholt hat, hat keine Erziehungszeit zu beanspruchen, wenn sie Rente beantragt.

Der Versuch der SPD, diesem Gesetz mit der Vorlage des im letzten Jahrzehnt entwickelten "Teilhabemodells" in Verbindung mit einer schon hier vorgestellten Strukturreform (u.a. "demographischer Faktor" in der Rentenformel) zu begegnen, hat sich – wie absehbar – nicht als Alternative zu den Regierungszielen erwiesen. Die Hinterbliebenenrente selbst in Höhe von 70% der Versicherungsansprüche beider Ehegatten hätte zwar den Witwern keine Nachteile gebracht, weil die eigene Rentenrente garantiert werden sollte, jedoch schon bei kleineren eigenen Renten-

ansprüchen der Frauen hätte sich ihre Gesamtversorgung als Witwe auch bei diesem Modell verschlechtert.

Die GRÜNEN haben mit nebenstehendem Antrag erstmals ihre bisher diskutierten Vorstellungen als Gesetzentwurf vorgelegt. Unterstützungsrechte Zielsetzungen sind: Beanspruchung einer Grundversorgung; Gewährleistung darauf aufbauender Sozialversicherungsleistungen mit begrenzter Höhe; Anspruchsberechtigung ab dem 60. Lebensjahr; Einbeziehung aller Teile der Bevölkerung; Vereinheitlichung aller gesetzlichen Sozialversicherungs- und Versorgungssysteme. Die Aufnahme dieser Grundsätze in einen Gesetzentwurf ist wichtig auch im Hinblick auf die zu den Bundestagswahlen 1987 angekündigte Auseinandersetzung um die weitere "Sanierung" der sozialen Rentenversicherung.

Als Probleme für die Unterstützung dieser Zielsetzungen werden sich die

Positionen erweisen, mit denen die GRÜNEN Bestrebungen konservativer und reaktionärer "Ordnungspolitik" und ihren Zumutungen gegen die lohnabhängig Beschäftigten auf gefährliche Weise nahe kommen:

- durch das teilweise Abrücken von der Sozialversicherung (Steuerfinanzierung der Grundversorgung);
 - durch die These, eine bloße Umverteilung von Renten, Versorgungsleistungen und öffentlicher Sozialunterstützung unter ihren Empfängern sei ausreichend, das ganze also "belastungsneutral" zu erledigen;
 - durch die vorbehaltlose Übernahme des sog. "Umlageverfahrens" einschließlich der Nell-Breuningschen Theorie vom "Drei-Generationen-Vertrag" als Finanzierung bzw. Grundlage der Rentenversicherung.
- Quellenhinweis: Redemanuskripte und Anträge der Bundestagsdiskussion, s. Plenarprotokoll v. 21.6.85; FAZ v. 12.6.85 – (haj)

Irland

Britische Kampagne gegen Sinn-Fein-Ratsmitglieder

In Nordirland führen die Großbritannien-treuen protestantischen Unionisten gerade vor, was sie unter Demokratie und "Beteiligung der katholischen Minderheit am politischen Geschehen" verstehen. Bei der Kommunalwahl vor drei Monaten hatte Sinn Fein knapp 10% erreicht und eine Reihe von Sitzen in Stadt- und Gemeinderäten gewonnen, auch in Gegenden, die von den beiden unionistischen (d.h. für die Union mit Großbritannien eintretenden) Parteien beherrscht werden.

Unterstützt von der britischen Regierung und deren Polizei, der Royal Ulster Constabulary, versuchen die Unionisten jetzt, die Sinn-Fein-Mitglieder in ihrer Ratsarbeit zu behindern wo es geht, ganz abgesehen von zahllosen Morddrohungen. In Craivagon zum Beispiel ließ die unionistische Ratsmehrheit in den ersten beiden Sitzungen jeweils die beiden Sinn-Fein-Ratsherren per Polizei entfernen, weil sie sich weigerten, an einem abgesonderten, extra für sie hergerichteten Tisch zu sitzen. In der ersten Sitzung beschloß die unionistische Mehrheit, einen "allgemeinen Ausschuß" zu bilden, der in Zukunft fast alle Ratsgeschäfte erledigen soll. In diesen Ausschuß wählte die Mehrheit dann den gesamten Rat – mit Ausnahme der beiden Sinn-Fein-Mitglieder.

In Cookstown, ebenfalls von Unionisten beherrscht, ließ die Mehrheit zusammen mit den Sinn-Fein-Ratsmitgliedern auch gleich die sozialdemokratischen SDLP-Leute abtransportieren, weil sie sich gegen diese Art von Komitee-Bildung wehrten und auf einer ordentlichen Ratssitzung bestanden. In Lisburn, Belfast, Moyle, Craivagon und Banbridge wurden Sinn Fein und SDLP in keinen der Ratsausschüsse für Schule, Gesundheit etc. entsandt.

Diese Erfahrungen zwingen Sinn Fein und SDLP zur Zusammenarbeit. Die ebenfalls irisch-katholische, aber sozialdemokratische SDLP hatte bisher eine solche Zusammenarbeit abgelehnt, weil Sinn Fein politisch die IRA unterstützt. Das ändert sich langsam, aber immer noch kommt es zu Zwischenfällen wie in Newry und Mourne, wo Sinn Fein und SDLP zusammen die Mehrheit haben. Ein Antrag der Unionisten, den Polizeichef zu seinem Jahresbericht zu "beglückwünschen" wurde angenommen, weil die SDLP sich enthielt.

In der Republik Irland beteiligte sich Sinn Fein am 20. Juni zum zweitenmal an einer Kommunalwahl. Genaue Ergebnisse liegen noch nicht vor, aber es ist wahrscheinlich, daß die

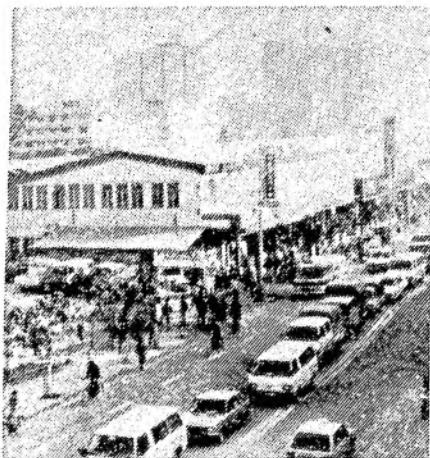
Partei in Dublin im Stadtrat vertreten sein wird und in zwei Wahlkreisen die irische Labour-Partei schlagen konnte. Das Ergebnis wird aber weit unter den 10% in Nordirland bleiben. Die Wahlbeteiligung betrug weniger als 50%. Insgesamt verloren die beiden Regierungsparteien Fine Gael und Labour an Stimmen – sie treten für eine "Verständigung" mit Großbritannien wegen Nordirland ein –, während die größte Oppositionspartei Fianna Fail unter dem früheren Premier Haughey Stimmen gewann.

Quellenhinweis: An Phoblacht, Financial Times, versch. Ausgaben – (hef)

VR China

Preisreform – "aber nicht wie in Polen"

Im Rahmen der Verbindung von Planwirtschaft mit Elementen der Marktwirtschaft, wie die gegenwärtige Wirtschaftsdoktrin der VR China lautet, hat die Regierung seit letztem Herbst die Preise für 1800 Lebensmittel und sonstige Konsumgüter wie auch für Investitionsgüter freigege-



Geschäftsstraße in Shenzhen

ben. Staatlich fixiert bleiben dagegen die Preise für Getreide (Weizenmehl, Reis) als Grundnahrungsmittel; die Preise für Hausbrandkohle, Strom, Gas und Wasser sowie die Mieten für Wohnungen im Besitz staatseigener Verwaltungen und Unternehmen sowie der Kommunen bleiben weiterhin staatlich festgelegt, werden jedoch kräftig angehoben.

Die Preisreform hat in den letzten Monaten in Städten wie Peking oder Kanton, wo sie erstmal versuchsweise durchgeführt wird zwecks Vermeidung ähnlicher Fehler wie in Polen, zu einem zweistelligen Preisschub geführt. Die Stadtverwaltung von Kanton sah sich deshalb gezwungen, einen Telefondienst für Beschwerden einzurichten. In Peking führten im April

städtische Busfahrer einen Bummelstreik für Teuerungszulagen durch; ein allgemeiner Teuerungsausgleich für Arbeiter und Angestellte bei staatlichen Betrieben und Verwaltungen wurde zuletzt 1980 gezahlt.

Hintergrund der Preisreform: Gegenwärtig subventioniert der chinesische Staat mit einem Drittel der Staatsausgaben die private Lebenshaltung; besonders die Erhöhung der Garantiepreise für Agrarprodukte bei weitgehender Fixierung der Verkaufspreise in den Städten 1979 führte zu einem enormen Anstieg der Subventionen. Damit ist aber der Spielraum der chinesischen Führung für das jetzt neu aufgelegte große Investitionsprogramm (z.B. der geplante Kauf von Kernkraftwerken vom Siemens-Konzern) und die beabsichtigte Auslandsverschuldung zu eng. Gleichzeitig ist nach Aussagen chinesischer Ökonomen die Preisstruktur irrational, weil die Warenpreise bislang nicht die in den Waren enthaltene Arbeit wiederspiegeln: LKWs, Maschinen, Stahl etc. waren überpreist zwecks Finanzierung der Schwerindustrie, während z.B. Konsumgüter wie Töpfe zu billig waren und deshalb zu wenig produziert wurden.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 18.4. und 16.5.85; Süddt. Ztg, 20.6.85 – (wom)

Italien

Volksentscheid verloren, Kapitalisten setzen nach

"Scala mobile" und kein Ende. 54,7% der Wähler haben beim Volksentscheid am 9./10. Juni die Kürzung der Inflationszuschläge zum Lohn gebilligt, die die Regierung Craxi im Februar 1984 dekretiert hatte. Die Wahllokale waren gerade geschlossen, die Stimmen noch nicht ausgezählt, da hat der Industriellenverband Confindustria den Tarifvertrag gekündigt, durch den die "Scala mobile" ("Rolltreppe") genannten Zuschläge geregelt sind.

Die Kapitalisten haben damit die Sozialisten und jene Gewerkschafter Lügen gestraft, die den Arbeitern die Zustimmung zu Craxis Dekret als einzigen Weg zur Rettung der "Scala mobile" angepriesen hatten. Vom christdemokratischen Finanzminister Goria ernteten die Industriellen öffentliche Ermunterung: Die Reallöhne müßten deutlich gesenkt werden, und dazu sei die vollständige Abschaffung der Inflationszuschläge der beste Weg.

Bereits 1982/83 hatten die Kapitalisten mit einer ersten Kündigung des Tarifs erhebliche Abstriche an der "Scala mobile" erpreßt. Zusammen mit Craxis Dekret sank dadurch der Grad, zu dem die Zuschläge Kaufkraftverluste des Durchschnittlohns ausgleichen, von 65% 1982 auf 44,5%

1984.

Die Kommunisten und die Mehrheit des größten Gewerkschaftsbundes CGIL können sich durch die jüngste Entwicklung in ihrem Kurs gegen das Craxi-Dekret bestätigt fühlen. Aber diese Genugtuung ist bitter. Die Lohnabhängigen müssen sich jetzt erneut an einem Punkt schlagen, in dem sich bei dem von den Kommunisten angestrengten Volksentscheid eine deutliche Mehrheit der Nation gegen sie gestellt hat. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung muß ausgerechnet an der Frage wiederhergestellt werden, an der sie vor anderthalb Jahren zerbrochen ist. Die tiefe Spaltung unter den Lohnabhängigen ist auch durch das Referendum offenbar geworden: Ausgerechnet im industrialisierten Norden stimmten – bei der höchsten Beteiligung – die meisten (59,1%) für die Regierung.

Die katholischen und sozialistischen Gewerkschafter hatten 1984 der Kürzung der Zuschläge zugestimmt, um einen "Beitrag" zur Senkung der Inflation zu leisten und sich Zugeständnisse der Regierung in der Beschäftigungspolitik zu erkaufen. In Verhandlungen unter Beteiligung der Regierung wollen sie diesen "einkommenspolitischen" Kurs fortsetzen. Die CGIL hat vorgeschlagen, als erstes eine gemeinsame Verhandlungslinie der drei Gewerkschaftsbünde festzulegen. Sie will vor allem den Schutz der niedrigsten Löhne durch die "Scala mobile" erhalten, ist aber auch zu einer Rückkehr zu nach Lohnhöhe gestaffelten Zuschlägen bereit.

In Mailand und Genua haben die Arbeiter auf die Kündigung des Tarifs mit Streiks und Demonstrationen reagiert. Zum ersten Mal seit langem hatten dazu die drei Gewerkschaftsbünde gemeinsam aufgerufen.

Quellenhinweis: *l'Unità*, 11. bis 21.6. 85; Politische Berichte 1/84 – (ulg)

USA

Noch mehr Steuernsenkung für die Reichen?

Ende Mai hat US-Präsident Reagan eine neue Steuerreform angekündigt. Er wolle die "Steuergerechtigkeit" erhöhen und die Steuerlast senken, erklärte er. Tatsächlich ist die Reform, sollte sie wie vorgeschlagen in Kraft treten, ein kaltschnäuziger Plan zur weiteren Steuernsenkung für die gut bis sehr gut verdienenden oberen Gehaltsklassen und die US-Bourgeoisie, bei Steuererhöhungen für große Teile der ärmsten Lohnabhängigen.

Die wichtigsten Elemente der Reform sind:

– Die Körperschaftssteuer für Unternehmen sinkt von 46 auf 33%. Das soll besonders "arbeitsintensiven Un-

ternehmen" zugute kommen, schreibt das "Handelsblatt", die in der Vergangenheit angeblich zahlreiche steuermindernde Subventionen nicht in Anspruch nehmen konnten. Unternehmen des Typs "McDonald", Heimarbeitsketten usw. sollen so weiter blühen und "Arbeitsplätze schaffen".

– Der Spitzesteuersatz bei der Einkommenssteuer soll von 50% auf 35% sinken. Künftig gelten nur noch drei Steuersätze: für zu versteuernde Jahreseinkommen von 4000 bis 29000 Dollar (in Kaufkraft entspricht 1 Dollar ca. 2 DM) 15%, bei Einkommen von 29000 bis 70000 Dollar 25% und ab 70000 Dollar 35%.

– Schließlich sieht Reagans Vorschlag eine deutliche Anhebung der Steuerfreibeträge vor.

Um dennoch das Steueraufkommen hoch zu halten, wird die Besteuerung der Armen, Alten, Kranken und junge Familien mit geringen Einkommen rigoros gesteigert. So sollen künftig Krankengeld, Arbeitslosengeld sowie die Invalidenrenten siecher Bergarbeiter besteuert werden. Die in vielen Tarifverträgen erkämpften Beiträge

der Kapitalisten zur – zumeist privaten – Krankenversicherung der Lohnabhängigen sollen künftig der Einkommenssteuer unterliegen – eine "Reform", die die Versuche der Kapitalisten, diese Beiträge nicht mehr zu zahlen, unterstützen wird. Da außerdem der Freibetrag für Familien, in denen beide Eltern arbeiten, beseitigt werden soll, steigt die Steuerlast für junge Familien mit geringem Einkommen bedeutend. Schließlich will Reagan zahlreiche Möglichkeiten, örtliche Steuern von der Bundessteuer abzuziehen, beseitigen, wodurch die Zentralisierung des Steueraufkommens vorangetrieben wird.

Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat Reagans Plan als "unfair" angegriffen und verlangt, die Steuererhöhungen für die ärmsten Lohnabhängigen zu streichen, ansonsten aber zahlreiche "Verbesserungsvorschläge" gemacht. Ob das helfen wird, eine erneute Steuernsenkung für Unternehmen und Bourgeois zurückzuschlagen, ist zweifelhaft.

Quellenhinweis: *Handelsblatt*, 31.5.; AFL-CIO News, 1.6. bis 15.6.85 – (rül)

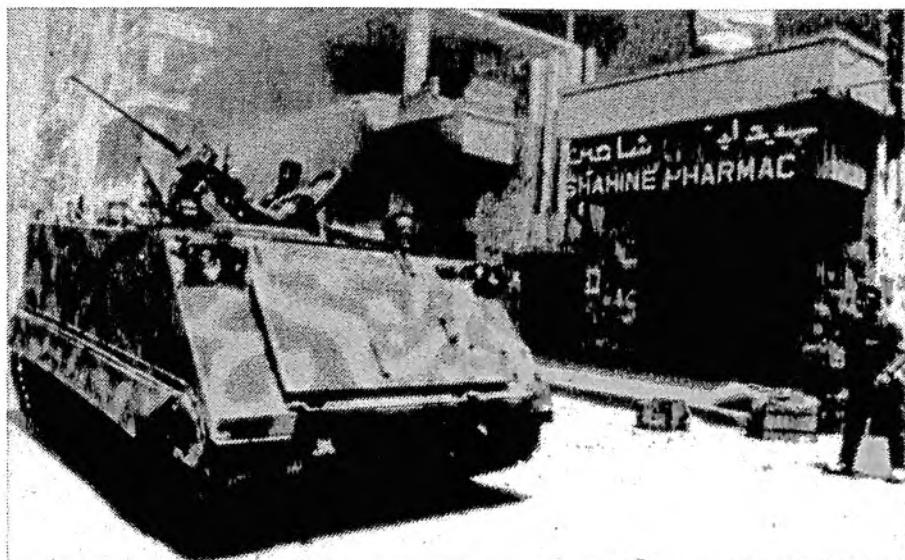
PLO/Libanon/Syrien

Welche Rolle spielen die USA und Israel im Lagerkrieg?

Trotz einer angeblichen Waffenstillstands-Vereinbarung dauern die schweren Angriffe auf palästinensische Flüchtlingslager in Beirut an. Während das Lager Sabra von den Amal-Milizen, der 6. und der 8. Brigade der libanesischen Armee und von syrischen Sondereinheiten erobert und dem Erdboden gleichgemacht wurde, harren die Verteidiger in Shatila und Bourj-al-Barajneh gegen die zahlenmäßig und waffentechnisch überlege-

nen Belagerer weiter aus. Die Zahl der Toten in den Lagern soll bereits bei über 1000 liegen. Es fehlen Medikamente, Nahrungsmittel und Wasser für die Bevölkerung (schätzungsweise 35000 in B.-al-B., 25000 in Sh.). Außerhalb der Lager veranstalten die Amal-Milizionäre regelrechte Jagd auf Palästinenser. Aus den Lagern wird von Massakern berichtet.

Noch im April hatten die Palästi-



Amal-Einheiten in Beirut



Demonstration in Windhoek gegen die von Südafrika eingesetzte sogenannte Übergangsregierung in Namibia am 17. Juni. Die südafrikanische Regierung hatte befohlen, daß der Regierungsantritt der "Vielparteienkonferenz" (MPC) im ganzen Land gefeiert werden sollte. In Windhoek hatte die Schulbehörde alle Schüler zur "feierlichen Parade" befohlen, von den schwarzen Schülern erschienen jedoch nur ein Drittel. Die SWAPO hatte im ganzen Land zu Demonstrationen gegen den Amtsantritt der Marionettenregierung und für die Unabhängigkeit Namibias aufgerufen, an denen sich trotz Verbot und Einsatz von Militärpolizei mehrere Tausend Namibier beteiligten. Sie forderten u.a. "Zur Hölle mit der MPC" und "Freiheit für Namibia". — (uld)

USA: Allparteien-Koalition gegen Nikaragua, für Contras

Am 12. Juni hat das US-Repräsentantenhaus mit 248 zu 184 Stimmen die Zahlung von 27 Mio. Dollar an die reaktionären "Contras" bewilligt, die die nikaraguanische Regierung mit Unterstützung der USA zu stürzen versuchen. Reagan begrüßte die Abstimmung als "historischen Erfolg", da auch zahlreiche Mitglieder der (oppositionellen) Demokratischen Partei, die im Repräsentantenhaus über die Mehrheit verfügt, für die Zahlung der Gelder stimmten. Da der US-Senat bereits zuvor weitere Mittel für die Contras bewilligt hatte, ist diesen damit die Fortsetzung der US-Geld- und Waffenzufuhr gesichert. Offiziell sind

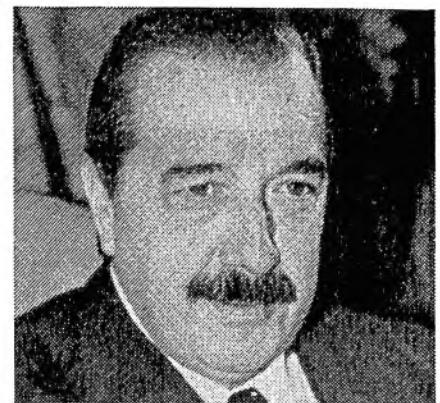
die jetzt freigegebenen 27 Mio. Dollar als "humanitäre Hilfe" deklariert. — (rül)

Renault-Plan: 21000 Beschäftigte weniger

Fünf Monate nach seiner Ernennung hat der neue Renault-Chef Bessé den Plan vorgelegt, für den er eingestellt wurde. 21000 Lohnabhängige sollen 1985 und 1986 aus der Produktion verschwinden, ein größerer Teil über Frühverrentungen, der Rest, vor allem Ausländer, durch "freiwilliges Ausscheiden". Alle Gewerkschaften haben diese sogenannte "weiche Methode" als kaum verhüllte Entlassungen qualifiziert, in der Abwehr des Rationalisierungsplans gibt es jedoch bisher keine Einheit. — (pel)

Argentinien: Währungsreform für Imperialisten und Reiche

Mitte Juni hat der argentinische Staatspräsident Alfonsin (Bild) eine Währungsreform verkündet. Es gelte, so Alfonsin, die Inflation (zuletzt bis 100% im Monat) zu stoppen. Tatsächlich vernichtet die Währungsreform alle kleinen Geldguthaben, während die großen Vermögen sich sowieso mit Dollar eingedeckt haben bzw. ins Ausland verschoben sind. Vor allem aber ist die Währungsreform eine Konzession an die ausländischen Gläubiger, denen Argentinien ca. 50 Mrd. Dollar schuldet. Diese verlangen pünktliche Zinszahlung. Um dies zu ermöglichen, ist die Währungsreform mit einem viermonatigen Lohn- und Preisstopp verbunden, von dem schon jetzt nur der Lohnstopp eingehalten wird, und



mit rigorosen Kürzungen der Sozialausgaben. Alfonsin: "Wir versuchen, eine Lösung zu finden, ... die den Arbeitern die größten Opfer auferlegt." Der Gewerkschaftsbund CGT hat die "Mobilisierung aller Arbeiterorganisationen zum Widerstand gegen die neuen Ausbeutungen des Volkes" angekündigt. — (rül)

nenser "Seite an Seite mit den nationalen libanesischen Kräften" die Angriffe der israelischen und falangistischen Truppen auf Saida und die Flüchtlingslager im Süden zurückgeschlagen. Um so überraschender erschienen Mitte Mai die Angriffe der Amal auf die Beiruter Lager. Diese Entwicklung hatte sich aber bereits zuvor im Südlibanon angedeutet: Sofort nach dem israelischen Abzug übernahm Amal in drei südlibanesischen Flüchtlingslagern die vollständige Kontrolle, riegelte die Lager ab, zog die Waffen ein und gab Passierscheine aus. Der Versuch, die Lager Ein-al-Helweh und Myeh-Myeh zu entwaffnen, scheiterte.

Welche Ziele verfolgt Amal? Amal ("Hoffnung") entstand 1974/75 als bewaffneter Arm der sozial-revolutionären "Bewegung der Benachteiligten" vor allem im Südlibanon. Sie wurde geführt vom schiitischen Imam Sadr, stand aber im Prinzip allen Kon-

fessionen offen. Vor allem die PLO versorgte die Amal-Kämpfer mit Waffen und bildete sie aus. Im Bürgerkrieg schlug sich Amal sofort auf die Seite Syriens. Das spurlose Verschwinden des Imam Sadr 1978 in Libyen und der Sturz des Schahregimes im Iran führte zu einer starken eher religiösen Solidarisierung. Die seit 1978 anhaltenden israelischen Übergriffe auf den Südlibanon lastete Amal zunehmend den Palästinensern an. Nach 1982 spielte Amal militärisch wie politisch eine bedeutende Rolle bei der Vertreibung der israelischen Besatzungstruppen. Sie forderte die Kündigung des israelisch-libanesischen Abkommens und die Dekonfessionalisierung des politischen Systems. Die Entwaffnung der Palästinenser begründet sie damit, daß die falangistische und israelische Gefahr vorbei sei. Berri bei Beginn der Angriffe: "Aber wir werden nicht mehr zulassen, daß bis auf den letzten Be-

wohner des Südens gekämpft wird. Es gibt keine Rückkehr zu der Situation von vor 82, die schließlich die Israelis ins Herz Libanons gerufen hat. Wenn der Kampf der Palästinenser weitergehen soll, dann überall, angefangen bei Cisjordanien." (NZZ, 23.5.)

Erklärungsversuche, die über "Libanesisches Roulette" hinausgehen, zielen auf konfessionelle Machtkämpfe zur Neuordnung des Libanon, die nach dem Abzug Israels voll zum Ausbruch kämen und auf das syrische Hegemoniestreben. Aus dem Blickwinkel gerät dabei allerdings vollständig die Rolle Israels und der US-Imperialisten. Was oft als das bekannte PLO-Begründungsschema von der "amerikanisch-zionistischen Verschwörung" abgetan wird, diskutiert die arabische Presse seit längerem: offenbar bestehende, offiziell aber nie bekanntgemachte Vereinbarungen zwischen Syrien, Israel und den USA (vertreten durch den Nahost-Sonderbeauftragten Murphy).

Dänemark: Streik von Brauereiarbeitern

Seit dem 9. Mai streiken 3500 Brauereiarbeiter in Kopenhagen. Bei den Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen erheben sie u.a. folgende Forderungen: Erstens Produktionsgarantie, keine Verlagerung der Produktion. Zweitens Beschäftigungsgarantie, nur "natürlicher Abgang". Drittens höhere Löhne. "Die Technologie soll uns entlasten, nicht uns abschaffen", ist die Parole. Westdeutsche Brauereien nutzen den Streik, um ihre Exporte nach Dänemark bedeutend zu steigern. — (wiw)

Portugal: Koalitionsbruch, Rücktritt, IWF-Drohungen

In Portugal hat die sozialdemokratische Partei die Regierungskoalition mit der Sozialistischen Partei aufgekündigt. Daraufhin mußte die Regierung Soares zurücktreten. Soares hat damit auch die nötige Unterstützung für seine Ende des Jahres geplante Kandidatur zum Ministerpräsidenten verloren. Entweder das Parlament beschließt Neuwahlen (vor den regulären Wahlen 1987), oder Soares bildet eine Minderheitsregierung, oder der jetzige Ministerpräsident Eanes bestimmt eine Übergangsregierung. Cavaco Silva, der Führer der Sozialdemokraten, gilt als Vertreter des rechten Flügels seiner Partei und als Befürworter einer Koalition der "Großen Rechten" mit dem "Demokratischen und Sozialen Zentrum" (CDS) unter Diego Freitas de Amaral. Nach Ausbruch der Regierungskrise hat eine Kommission des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Kritik Silvas an der Wirtschaftslage fast wörtlich wiederholt und die weitere Kreditwürdigkeit Portugals für den IWF in Frage gestellt.

Sie haben die Anerkennung Syriens als Ordungsmacht im Libanon zum Inhalt. Als Gegenleistung für den israelischen Abzug soll Syrien jede politische und militärische Präsenz des palästinensischen Widerstands unterbinden und die Sicherheit der Nordgrenze Israels garantieren, genauso wie Syrien dies bisher für die seit 1967 besetzten Golanhöhen tut. Offiziell kann Syrien seinen antizionistischen Kurs weiterverfolgen und sich als Vermittler im libanesischen Bürgerkrieg darstellen. Die Vertreibung der Palästinenser besorgten bisher die Falangisten, jetzt auch die Amal. Die USA und Israel setzen auf einen konfessionalisierten Libanon mit ausgeglichenen schiitischen und christlichen Militärkräften, die sich gegenseitig in Schach halten und jeweils die Palästinenser unterdrücken, mit Syrien als Protektor.

In ihren Erklärungen geht die PLO davon aus, daß nach der Entwaffnung der Palästinenser die Flüchtlingslager

(Portugal ist mir 15,6 Mrd. Dollar, 78% seines Bruttoinlandproduktes, verschuldet). Die IWF-Kommission verlangt eine drastische und sofortige "Wirtschaftssanierung". — (chc)

Streikwelle in Israel

Seit dem 16.6. werden in Israel immer mehr Streiks gegen die von der Regierung verordnete Festschreibung der Löhne angesichts der nach wie vor hohen Inflationsrate (374% in 12 Monaten) ausgerufen. Die Lastwagenfahrer

fordern eine 47%ige Lohnerhöhung. Von ihrem Streik ist die Nahrungsmittel- und Benzinversorgung und der Warentransport zu den Häfen betroffen. Streiks gibt es auch in der Nahrungsmittelindustrie, Gesundheitsverwaltung, in Kindergärten, Schulen und Finanzämtern. Trotz einem entsprechenden Arbeitsgerichtsurteil gegen die städtischen Arbeiter gingen die Müllwerker und die Straßenreiniger in Tel Aviv und Jerusalem nach drei Tagen Streik nicht wieder an die Arbeit. — (bar)



Hunderttausende hatten am 6. Juni gegen die geplante Rentenreform der spanischen Regierung protestiert. Die Demonstrationen waren gemeinsam von den Gewerkschaften der Comisiones Obreras und der – der regierenden PSOE nahestehenden – UGT durchgeführt worden. (Bild, in der ersten Reihe Nicolas Redondo, der Vorsitzende der UGT). Zum 20. Juni hatten die Comisiones Obreras zu einem Generalstreik gegen die Rentenreform aufgerufen. Nach Berichten der Comisiones Obreras wurde er von einem Großteil der Belegschaften begolgt. Im öffentlichen Dienst habe die Regierung versucht, durch Notdienste dem Streik entgegenzutreten. Manuel Fraga, ehemals Minister Francos und jetzt Führer der Alianza Popular (AP), nutzte die Empörung über die Regierung zu der demagogischen Erklärung, er werde die "Steuerlast" senken, wenn er erst einmal die nächsten Wahlen gewonnen habe. Nachdem innerhalb der regierenden PSOE die Differenzen über die Rentenreform zunehmen, hat die Regierung Gonzales inzwischen der UGT ein öffentliches Angebot über erneute Verhandlungen zur Rentenreform gemacht. — (chc)

gewaltsam aufgelöst werden sollen und die Palästinenser aus dem Süden und Beirut vertrieben werden, "wobei deren anschließender Transfer nach Syrien oder Jordanien vorbereitet wird" (Khaled al Hassan, PLO). "Allem, was geschehen ist, stimmten das syrische Regime und Amal in der Übereinkunft zu, die zwischen Murphy und Assad erzielt wurde, um einen neuen Umsiedlungsplan für die Palästinenser durchzuführen und so ihr Recht auf Rückkehr und Selbstbestimmung für null und nichtig zu erklären." (Zentralrat der PLO 27.5.)

Für die Existenz einer israelisch-syrisch-amerikanischen Übereinkunft spricht auch die Zusammenarbeit zwischen Israel und Amal, die sogar in der bürgerlichen Presse als "Interessengemeinschaft" (NZ, 2.6.) vermerkt wird. Amal sei bei der Unterbindung feindlicher Infiltration aktiv und nützlich, versichern israelische Militärs. Nach Beginn der Kämpfe in Bei-

rut gab Israel mehrere Hundert gefangene Amalkämpfer frei. Auch das gegenwärtige Tauziehen zwischen Amal, USA und Israel um die Freilassung der Geiseln und der Gefangenen zeigt, daß keine prinzipielle Gegenschaft besteht.

Die Perspektiven für die Palästinenser sind nicht ermutigend. Auch nach fünfwöchigen Kämpfen ist eine militärische Entscheidung nicht absehbar. Waffenstillstände wurden bisher ohne die PLO ausgehandelt. Politischer Druck zur Beendigung der Kämpfe wächst nur langsam. Positiv für die PLO ist die wohlwollende Neutralität der Drusen und das Verhalten der "Palästinensischen Errettungsfront" (Anti-Arafat-Faktionen), die sich den Plänen Syriens und der Amal widersetzen und sich z.T. aktiv an der Verteidigung der Lager beteiligen. Quellenhinweis: Palästina Bulletin 15-25/85, div. Ausg. NZZ, TAZ, Le Monde, AK 247, 250 — (bar)

* Veröffentlichungen *

DGB zu Informations- und Kommunikationstechniken

Im Mai dieses Jahres veröffentlichte die DGB-Abteilung "Technologie/Humanisierung der Arbeit" die Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" vom 8.5.84 als Broschüre. Die Broschüre enthält außer der Stellungnahme des DGB zusätzlich Material zu ihren Gliederungspunkten. Übersichtlich und mit Quellen belegt wird dargestellt, daß durch die Verbilligung der Computerherstellung eine weitreichende Veränderung der Produktionsmittel und der Produktionsverfahren vor allem für die Arbeit der Angestellten zu rechnen ist und daß die Bundesregierung über Forschungsmittel die Kapitalisten bei der Entwicklung und der Einführung neuer Technologien fördert. Die Broschüre wendet sich gegen die Absichten der Kapitalisten, die Arbeit in "Denken" und monotonste Schreiarbeiten zu zerlegen, gegen die noch wenig erforschten gesundheitlichen Gefahren von Bildschirmarbeit, gegen die Bestrebungen, Heimarbeit, kapazitätsorientierte Arbeitszeiten und andere "flexible" Arbeitszeiten und Arbeitsumstände durchzusetzen und gegen die Speicherung und Nutzung von Personaldaten durch die Kapitalisten. Schwach ist die Kritik an der Einführung privater Rundfunk- und Fernsehprogramme. Hier will der DGB das Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten bewahren und führt zur Begründung deren Bindung an das Grundgesetz und die Verpflichtung zur Ausgewogenheit an. (DGB, Neue Informations- und Kommunikationstechniken, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30 - uld)

Marktsteuerung im Gesundheitswesen

So heißt der Titel des Buches, das die Thesen und Diskussionsbeiträge eines gleichnamigen Symposiums beinhaltet. Veranstalter war die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung und die Akademie der Wissenschaften und der Literatur. Teilnehmer und Referenten waren Staatssekretäre des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialministeriums, Verwaltungsdirektoren von Kliniken, Vertreter der Krankenkassen, der Pharmaindustrie und Wirtschaftswissenschaftler.

"Gesundheitsökonomik" nennt sich der Zweig der Wirtschaftswissenschaft, der das vorherrschende Gesundheitssystem in der BRD charakterisiert als ein System von "Bedürfnis und Versorgung", und es durch "Leistung und Gegenleistung" mit marktsteuernden Eingriffen ersetzt haben will. - Nur so sei einer anhaltenden

Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu entgehen. Beweis: Alle gesetzgeberischen Maßnahmen wie das Kostendämpfungsgesetz, das Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Krankenhausbedarfspläne waren uneffektive Instrumente. Solange ein "Bedürfnis" auf Gesundheit zugestanden wird, sind "Ansprüche" auf "Versorgung" die Folge. Kostenneutrale Versorgung erzeugt "Anspruchsinflation" und "Leistungsdeflation". In Thesen gefaßt untermauern die Referenten des Symposiums christlich-reaktionäre Forderungen nach mehr Selbstbeteiligung bei Krankheitskosten.



"Es ist auch nicht nötig, allen Mitgliedern der Gesellschaft die hinreichende Behandlung unter gleichen Bedingungen anzubieten." (Prof. Dr. Uwe Reinhardt, Referent des Symposiums)

Die Ursache von Krankheiten und Behinderung und deren Zunahme durch immer brutrale Ausbeutungsverhältnisse für die Lohnabhängigen wird bestritten und ist gesundheitsökonomisch falsch, weil Krankheit erst durch ein "Angebot" (viele Ärzte, viele Kranke) "erzeugt" wird und deswegen sind marktsteuernde Mechanismen wie Zulassungsbeschränkungen für niedergelassene Ärzte oder diktatierte Durchfallquoten beim Medizinstudium begrüßenswert. Eine These zum Schluß: "Wenn... der Einfluß des Gesundheitswesens auf den Gesundheitszustand minimal ist,... dann hat dies entscheidende Konsequenzen für die Gesundheitspolitik. Dann lauten nämlich die Fragen: Wie können wir die Verschwendungen in allen Systemen der traditionellen Gesundheitsversorgung überhaupt beseitigen?" - Indem man alle Ansprüche auf Versorgung bestätigt. Wer gesund sein will, soll zahlen und wer nicht kann, stirbt. - Das ist "Gesundheitsökonomie". (Band 15 der Veröffentlichungen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Gustav-Heinemann-Ufer 72, 5000 Köln 51 - irs)

Noch mehr, noch größere Armut gefordert

Unter dem Titel "Herausforderung" hat das Institut der deutschen Wirtschaft einen Beitrag zur Armutsdiskussion veröffentlicht. Er enthält relativ viel statistisches Material über Durchschnittseinkommen im internationalen Vergleich, über die Durchschnittshöhe von Lohnersatzzahlungen etc., um dann völlig unbewiesen Behauptungen über den Reichtum der Arbeiterbevölkerung und darüber, wie grandios Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger leben können, in die Welt zu setzen. Nachdem als Ursache der Armut die hohen Sozialausgaben und die dadurch angeblich zu geringen Investitionen ausgemacht worden sind, wird indirekt die Senkung der Lohnersatzzahlungen gefordert. Als moralische Rechtfertigung muß ausgerechnet die Tatsache herhalten, daß es den Kapitalisten gelungen ist, manche Löhne auf Sozialhilfenebene zu drücken, denn fürs Nichts-Tun dürfe man nicht genauso viel oder gar mehr Geld erhalten wie fürs Arbeiten. Dabei dürfte dieser Gedanke den Betreibern des Instituts gar nicht so fremd sein. (Herausforderung - Ein Beitrag zur Armutsdiskussion, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 1985, 3,50 DM - roh)

Beiträge zur Diskussion um den Ladenschluß

Das Buch "Ladenschluß - kontrovers" ist von Hartwig Piepenbrock, Mitglied des Präsidiums und Vorsitzender der Kommission Verbraucherpolitik des Wirtschaftsrates der CDU e.V., herausgegeben. In dem Buch sind 16 unterschiedliche Beiträge zusammengefaßt: wissenschaftliche Untersuchungen für und gegen längere Öffnungszeiten, Erfahrungsberichte von Kapitalisten, ein Beitrag vom Bundeswirtschaftsministerium, von Vertretern von Handels- und Verbraucherverbänden und Stellungnahmen von DAG und HBV. Die Positionen der wichtigsten Interessenverbände im Handel werden dokumentiert. Kaufhauskapitalisten fordern flexible Arbeitszeiten und mehr Teilzeitarbeit. Stellungnahmen der politischen Opposition im Bundestag fehlen. Die Vertreter des Einzelhandels und die Gewerkschaften sprechen sich gegen eine Änderung des Ladenschlußgesetzes aus und beziehen sich auf Kanzler Kohl, der dem Einzelhandel im Mai 1984 zusicherte, daß die Ladenschlußzeiten nicht verändert würden. Eine schwache Hoffnung, denn zur gleichen Zeit hat der vorletzte CDU-Bundeskongreß die Bundesregierung aufgefordert, das Ladenschlußgesetz zu überprüfen. Das Hauptargument der Einzelhändler und der Gewerkschaften ist nicht die zu erwartenden weiteren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, sondern, daß die

Verbraucher andere Ladenschlußzeiten nicht wünschten. Mit den "Verbrauchern" argumentieren aber auch die Kaufhauskonzerne und andere in ihren Stellungnahmen. Die Aufhebung der Ladenschlußzeiten würde die Konzentration beschleunigen, darin sind sich alle Autoren einig. FDP-Staatssekretär Schlecht vom Wirtschaftsministerium behauptet sogar, daß der "Strukturwandel" im Einzelhandel sich nicht aufhalten ließe. Die Vertreter der Kaufhauskonzerne fordern deshalb: Das "Korsett" von Ladenschluß und Arbeitszeiten müsse abgeschafft werden, dann würden die Preise auch wieder verbraucherfreundlich werden. Dagegen haben die Gewerkschaften und Einzelhändler keine Argumente. (Ladenschluß – kontrovers, Hrsg. H. Piepenbrock, Seewald-Verlag, 15,00 DM – jöd)

IG Metall macht Vorschläge zur "Beschäftigungssicherung"

Die jüngst erschienene Untersuchung der IG Metall zur Unterhaltungselektronikbranche: "Arbeitsplätze wie Schnee in der Sonne – Vorschläge zur Beschäftigungssicherung und zur Strukturpolitik in diesem Industriebereich" (Frankfurt, 1985) gliedert sich in zwei Hauptabschnitte. Der erste Teil analysiert Beschäftigung und Beschäftigungsaussichten, im zweiten Abschnitt werden Maßnahmen gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau vorgeschlagen.

Interessant dürften die Daten über die Beschäftigungsstruktur in der Branche "Unterhaltungselektronik" nicht nur für Betriebräte und Frauenausschüsse sein. Von 1979 auf 1983 sank der hohe Anteil der Frauen von 53 auf 49%; in der Produktion liegt er immer noch weit über 50%. Die Studie wirft den Kapitalisten eine Deklassierung der Frauen vor, die immer häufiger in befristete Arbeitsverhältnisse gezwungen werden. Ansonsten kritisiert sie die von enormen Produktivitätssteigerungen begleiteten Rationalisierungsschübe, die zu "inhumanen" Arbeitsbedingungen führten und bekräftigt die Forderung des 14. Gewerkschaftstages der IG Metall nach Ausbau der Mitbestimmung über Arbeits- und Leistungsbedingungen im Betrieb.

Die Autoren empfehlen außerdem Arbeitszeitverkürzung im größeren Maßstab, Ersatzarbeitsplätze für wegrationalisierte Arbeiten, "offensive Qualifikationspolitik", weg vom "freien Spiel der Marktkräfte", "Branchenausschüsse" bestehend aus: Industrie, Gewerkschaft, Bund und Ländern, "Waffengleichheit" zwischen Kapital und Arbeit usw.

Letztendlich wird sich in "Nationale Programme" gegen internationale Konkurrenz verstiegen, wobei eine "gewerkschaftliche Gegenmachtposition zu den multinationalen Unternehmen" Erwähnung findet. – (mal)

Mediengewerkschaft

Welche Interessen werden die zu bildende IG Medien bestimmen?

Anfang Juni beschloß der a.o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier einstimmig, "die notwendigen Schritte zur Bildung einer Mediengewerkschaft" einzuleiten. Zwei Wochen davor stimmte die Rundfunk-Fernseh-Film-Union diesem zu und am 18. Juni die gesamte Gewerkschaft Kunst. Damit wollen sich nach einer dreijährigen Übergangsstufe 1988 folgende Gewerkschaften in einer Gewerkschaft mit dem Namen "IG Medien" und dem Untertitel "Druck und Papier, Publizistik und Kunst" zusammenschließen:

die IG Druck und Papier mit rund 140000 Mitgliedern (davon 7000 Mitglieder der Deutschen Journalistunion (dju) und 2500 Mitglieder des Verbandes deutscher Schriftsteller) und die Gewerkschaft Kunst mit insgesamt 30600 Mitgliedern, davon 5000 Mitglieder in der Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände Bildender Künstler (BGBK), 1500 Mitglieder des Deutschen Musikerverbandes (DMV), 3800 Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und konzertierter Künstler (GDMK), 1050 Mitglieder von dem IAL Berufsverband Show und Unterhaltung, 19000 Mitglieder der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) und 250 Mitglieder des Schutzverbandes Bildender Künstler (SBK).

Damit wird die neue Gewerkschaft etwa 170000 Mitglieder haben. Der berufliche Geltungsbereich wird insbesondere die Bereiche Druck, Papier, Hörfunk, Fernsehen, Film, sonstige elektronische Medien, Publizis-

tik, bildende und darstellende Kunst, Musik und Unterhaltung umfassen, wobei man in der IG Druck schätzt, daß dort insgesamt circa 500000 beschäftigt sind. Damit läge der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei rund 30 Prozent (Diagramm zur endgültigen Struktur der IG Medien siehe unten).

Der erste Beschuß zur Bildung einer Mediengewerkschaft wurde vor 14 Jahren auf dem 9. o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Jahr 1971 gefaßt mit der Begründung: "Der ständig fortschreitenden Konzentration in den Unternehmen der Massenkommunikation muß mit einer auch organisatorischen Konzentration gewerkschaftlicher Aktivität begegnet werden." In der dreijährigen Übergangsstufe werden ab Herbst 1985 gemeinsame Landesbezirksvorstände, ein gemeinsamer Haupt- und Gesamtvorstand gebildet, jeweils mit paritätischer Besetzung von der IG Druck und Papier und der IG Kunst. Gleichzeitig bleiben die beiden Gewerkschaften noch selbständig.

Welche Probleme bestehen jetzt bei der Bildung der neuen Gewerkschaft?

1. Der 13. o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat 1983 einen Antrag zur Mediengewerkschaft verabschiedet (siehe Auszüge auf S. 20), in dem unter anderem als Auftrag von der neuen Gewerkschaft gefordert wird, "daß sie sich einsetzt für eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bei privatwirtschaftlichen, kommerziellen Medien" und "daß weiterhin die Interessen der Mitglieder der IG



Druck und Papier auf der bisherigen politischen Linie vertreten werden".

Auf dem a.o. Gewerkschaftstag wurde im Gegensatz dazu ein Antrag des hessischen Landesbezirks auf "Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum" mit 137 zu 113 Stimmen auf Anraten des Hauptvorstands abgelehnt und an den Gründungsgewerkschaftstag 1988 überwiesen. Zwei Anträge, die für das Organisationsgebiet der IG Medien forderten, daß dort nicht "einschließlich des Landes Berlin-West" steht, sondern "und Berlin-West", weil Berlin nach dem Viermächte-Abkommen nicht zum Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gehört, wurden auf 1988 verschoben. Das geschah alles auf dem Hintergrund, daß der deutsche Journalistenverband (DJV, mit 14500 Mitgliedern), die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (GDBA, mit 9000 Mitgliedern) und die deutsche Orchestervereinigung (DOV, mit 7500 Mitgliedern) aus dem Projekt Mediengewerkschaft ausgestiegen sind und sich der Bundesberufsguppe Kunst und Medien in der DAG anschlossen und weitere Verluste so verhindert werden sollten, insbesondere weil die RFFU Privatfunk nicht ablehnt.

So hetzt die "Tagespost" (Stuttgart): "Nach den Rückschlägen am Ende der insgesamt 15jährigen Vorbereitungszeit bleibt die Mediengewerkschaft ein Torso." Und die "Hannoversche Neue Presse" dazu: "Auch die mangelnde Fähigkeit der IG Druck, ihr Image als Links-Außen im DGB abzustreifen, hat dazu beigetragen, daß es nicht zu der angestrebten 'großen' Lösung kam."

Von Seiten der Reaktion wird diese Abspaltung des DJV und der anderen kleineren Organisationen der Theaterbeschäftigen genutzt, um zu erreichen, daß die IG Druck und Papier von ihrem Mediengewerkschaftsbeschuß von 1983 abgeht. Diesem Druck nachzugeben – wie jetzt schon auf dem a.o. Gewerkschaftstag durch Verweis der genannten Anträge auf 1988 geschehen – ist falsch. Denn erreicht wird damit ja nur scheinbar eine größere Einheit, in Wirklichkeit führt dies zur Aufgabe von Positionen, die für die Interessen der arbeitenden Klasse von entscheidender Bedeutung sind.

In diesem Zusammenhang steht hinter dem großen Interesse der Presseberichterstattung an der politischen Bestimmung der neuen Gewerkschaft die Frage: Woran werden sich die neu hinzukommenden Mitglieder der Industriegewerkschaft, und hier gerade die Journalisten, orientieren? Natürlich wird gewünscht, daß sich die Journalisten im Zweifel an der Tendenz ihres Verlagsherrn festhalten.

Jedenfalls sollen sie keine andere Orientierung und schon gar nicht die Interessenlage von Lohnabhängigen in der Gesellschaft finden. Auf der anderen Seite gibt es z.B. unter den Journalisten ein Bedürfnis nach einem Orientierungspunkt oder Schutz gegen die "Tendenz". So gewinnt die Frage, in welchem politischen Rahmen sich die neue Gewerkschaft bildet, ein ziemliches Gewicht.

2. Es gibt kein ausreichendes Konzept, wie man den unterschiedlichen Interessen der Hilfsarbeiter, Facharbeiter und Angestellten (Druck und Papier) einerseits und der Intellektuellen, freien Mitarbeitern (RFFU) und teilweise auch Selbstständigen (IAL) andererseits gerecht werden kann. Hier wird es Auseinandersetzungen geben. So wurde z.B. ein Antrag verworfen, der auch die Förderung der gewerkschaftlichen Frauenarbeit festlegt. In den Reihen der RFFU ist

dieser Antrag von Frauengruppen als "reaktionär" bezeichnet worden, weil eine emanzipierte Frau eines besonderen Schutzes durch die (männerbeherrschte) Gewerkschaft nicht bedürfe. Dem wurde von einer Delegierten der IG Druck und Papier entgegengestellt, daß "die Journalisten in der RFFU wohl vergessen hätten, daß sie in allen Belangen besser gestellt seien als eine einfache Arbeiterin etwa im Druckgewerbe. Diese habe sehr wohl den Schutz der Gewerkschaft nötig, um gegen Benachteiligungen im Berufsleben und für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen." Dieses Beispiel zeigt: Unumgänglich ist die Bildung eines auf die Situation im Organisationsbereich bezogenen Minimums an gemeinsamen sozialen Ansichten zu den Fragen des tarifvertraglichen, sozialversicherungsrechtlichen und gesetzlichen Arbeitsschutzes. – (nir)

Beschluß des 13. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier zur Mediengewerkschaft (Auszüge)

Der dreizehnte ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier... bekräftigt die Entschlossenheit..., sich mit anderen Gewerkschaften im DGB und dem DJV zu einer einheitlichen, starken und geschlossenen Gewerkschaft zusammenzuschließen, der alle Beschäftigten in den Betrieben der Papierverarbeitung und Druckindustrie, der Medien sowie die Kulturschaffenden angehören.

Für den Aufbau der Mediengewerkschaft müssen folgende Grundsätze gelten:

- Kern der Mediengewerkschaft im DGB sind die Industriegewerkschaft Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst.
- Die Mediengewerkschaft muß als Mitgliedergewerkschaft nach dem Industrieverbandsprinzip gegründet werden. Alle im gleichen Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer gehören in dieselbe Gewerkschaft, und zwar unabhängig von ihrem politischen Bekenntnis und unabhängig vom ausgeübten Beruf.
- Die Beschlüsse der Mediengewerkschaft haben unmittelbare Wirkung. Dies schließt eine lockere Form des Zusammenschlusses, etwa in Gestalt eines Kartellverbandes in einer ersten, zeitlich befristeten Stufe nicht aus.
- Die Organe der Mediengewerkschaft haben in allen wesentlichen Fragen die entscheidende Kompetenz, von der Tarifhoheit bis zur Finanzhoheit.
- Fachbereiche und Fachgruppen sollen dazu beitragen, daß die berufs- und tarifpolitischen Besonderheiten möglichst mitgliedernah wahrgenommen werden können.
- Soweit erforderlich, sollen Fachbereiche und Fachgruppen für die unterschiedlichen Gruppen Minderheitenrechte ermöglichen.
- Die publizistische Freiheit von Journalisten und Schriftstellern wird durch die Beschlüsse der Mediengewerkschaft nicht eingeschränkt.

Der Gewerkschaftstag beauftragt den Hauptvorstand, die Verhandlungen mit den beteiligten und kooperationswilligen Verbänden zügig fortzusetzen und so abzuschließen, daß die Mediengewerkschaft in ihrer ersten Stufe bis spätestens Anfang 1985 verwirklicht werden kann...

Von der Mediengewerkschaft erwarten wir,

- daß weiterhin die Interessen der Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier auf der bisherigen politischen Linie vertreten werden;
- daß die vielfältigen Angriffe auf unsere Arbeit, unseren Kopf und unser Konto abgewehrt werden, die sich insbesondere beim Einsatz neuer Kommunikationstechniken abzeichnen;
- daß sich eine Mediengewerkschaft bewußt und offensiv einschaltet in die Auseinandersetzungen über die neuen Medien und deren Organisation, wie Kabelfunk und Satellitenrundfunk, Bildschirm- und Videotext, gegen Verlegerfernsehen und kommerziellen Rundfunk, für Presse- und Rundfunkfreiheit und gegen die Kürzung des Kulturkredits;
- daß sie ganz und gar nicht "ausgewogen" reagiert, wenn Parteien dies verlangen, sondern Partei ergreift; für die Meinungs- und Informationsfreiheit, für die Mitbestimmung der Medien- und Kulturschaffenden in allen inhaltlichen und tarifpolitischen Fragen;
- daß sie sich einsetzt für eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bei privatwirtschaftlichen, kommerziellen Medien.

Demonstration gegen Rekrutengelöbnis

Lage (Lippe). Etwa 1000 Menschen demonstrierten am 12.6. in Lage gegen das im Stadion stattfindende öffentliche Gelöbnis von 335 Rekruten der Panzerbrigade 21 und des Aufklärerbataillons 7 aus Augustdorf. Der Stadtrat von Lage hatte sich gegen die Stimmen der Grünen und von zwei SPDlern mehrheitlich für das Gelöbnis ausgesprochen. 3000 Zuschauer waren anwesend, darunter viele Soldaten, die in Uniform und Zivil dorthin befohlen worden waren, um die Kulisse aufzufüllen. An die Zuschauer war per Handzettel die Aufforderung ergangen, den abgedruckten Text der Nationalhymne mitzusingen sowie die Gelöbnisformel mitzusprechen. Dies stieß allerdings kaum auf Resonanz. Zudem wurde dieses Ritual durch lautstarken Protest von außerhalb des Stadions stark gestört. Dies konnte auch die Polizei trotz Beschlagnahme von z.B. Preßluftfanfaren nicht verhindern. Im Stadion wurden zwei Demonstranten von Feldjägern brutal per Schlagstock festgenommen, so daß eine ins Krankenhaus mußte. Über dem Stadion schwebte die ganze Zeit ein Transparent "Verweigert den Kriegsdienst".— (E.T.)

Umweltzentrum vom Staatsschutz durchsucht

Bielefeld. Am 5.6. wurde das Umweltzentrum in Bielefeld von Zivilpolizisten durchkämmt. Die in Augustdorf erscheinende Soldatenzeitung "Röhrt Euch" hat dort ihre Kontaktadresse. Gegen den presserechtlich Verantwortlichen U. Meier und drei Verteiler wird ermittelt wegen "verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr". Mittels Hausdurchsuchung wollte die Staatsanwaltschaft Dortmund Beweismittel wie Druckvorlagen etc. sammeln. Sie sucht die Redakteure. Bislang ohne Erfolg. Inzwischen hat sie einen erneuten Durchsuchungsbefehl beantragt. Der Augustdorfer Kasernenführung sind die Veröffentlichungen in der seit über einem halben Jahr von Soldaten herausgegebenen Zeitung (die Pressestelle der Staatsanwaltschaft spricht von "Störpropaganda gegen die Bundeswehr") an den Nerv gegangen. Erst versuchten Offiziere, den Soldaten das Lesen der Zeitung zu verbieten, danach hetzte man den Verteilern die Polizei auf den Hals und jetzt den Staatsschutz. Aber weder konnte bisher verhindert werden, daß die Soldaten die Zeitung kriegen, noch konnte der organisierte Widerstand in der Kaserne unterdrückt werden. Dort ist z.B. an mehreren Stellen mittlerweile die Parole: "Wachausgleich abdalli dalli" zu lesen, um der Forderung nach Dienstausgleich für Wach- und Bereitschaftsdienst mehr Nachdruck zu verleihen.— (E.T.)



Westberlin. 2500 Menschen beteiligten sich am 21.6., dem Vorabend der Besatzerparade, an einer "Jubelparade für Aufrüstung und Krieg". Auf dieser Demonstration wurde der westdeutsche Revanchismus, dessen Kriegsziele angegriffen mit Parolen wie: "Schlesien, wir kommen!", "Der Ural muß deutsch werden!", "Für ein Reich in den Grenzen von 1912!".— (kla)

Änderung des Asylrechts für Ostflüchtlinge

Stuttgart. Seit 1. Juni ist ein Erlass des baden-württembergischen Innenministeriums in Kraft, wonach auch Flüchtlinge aus dem Ostblock Asyl beantragen müssen. Flüchtlinge aus Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei konnten bislang auch ohne Anerkennung als politisch Verfolgte in der BRD bleiben. Sie können aber auch künftig bleiben, wenn ihr Antrag abgelehnt wird. Ebenso sind illegale Einreise, illegaler Aufenthalt und widerrechtliche Inanspruchnahme von Sozialhilfe keine Abschiebungsgründe — im Gegensatz zu den Vorschriften für Asylbewerber aus anderen Ländern. Die "Wohlfahrtsverbände" kritisieren die Regelung als "überflüssig". Bleibt alles beim alten? Die Reaktion hat die Asylverfahren nicht eingeführt, um die Zahl der Flüchtlinge zu verringern. Sie wird die Verfahren zur Hetze über politische Unterdrückung in den genannten Staaten und für revanchistische Propaganda nutzen. — (evc)

"Macht Schluß mit dem Terror der Grauen Wölfe!"

Mannheim. Unter dieser Parole forderten am 22.6. ca. 130 Antifaschisten in einer Demonstration: "Verbot der 'Türk Föderation'! Verbot des 'Türk Ocagi' in Mannheim sowie Schließung seines Büros in T 6, 2! Verbot aller faschistischen Organisationen!" In ihrem Aufruf schrieb die Antifaschistische Aktionseinheit Mannheim dazu: "Die 1978 in Schwarzenborn (Bayern) gegründete Türk Föderation ist die Auslands-Tarnorganisation der MHP... Der 1976 gegründete Türk Ocagi (Türkischer Kulturverein) in Mannheim, T 6, 2 ist Mitglied in der faschistischen Türk Föderation und stellt einen regionalen Schwerpunkt

für deren Aktivitäten dar." Die Aktionseinheit hat über diese Aktivitäten eine Dokumentation zusammengestellt. Sie strebt eine bisher noch nicht gelungene Einigung mit DKP und GRÜNEN an zu dem Zweck, im Gemeinderat einen Antrag zur Unterstützung der obigen Forderungen einzubringen. — (tht)

Wird ein Verbot der ATIF vorbereitet?

Stuttgart. Am 12.5. wurde die revolutionäre türkische Organisation ATIF von Mitgliedern des "Türkischen Kulturzentrums", das von der "Türk-Föderation" (Graue Wölfe) unterhalten wird, angegriffen, während sie für eine Veranstaltung Plakate klebte. Die Stuttgarter Kriminalpolizei startete umgehend in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt eine großangelegte Razzia, bei der u.a. ein Wohnheim und die Räume der ATIF durchsucht und willkürlich 21 Türken verhaftet wurden. Die "Stuttgarter Zeitung" stellte die Auseinandersetzung so dar, als ob die ATIF das türkische Kulturzentrum angegriffen und einen Schuß abgegeben hätte. Auf einer Pressekonferenz protestierte die ATIF gegen diese Darstellung und forderte das Verbot der Türk-Föderation. Die Falschdarstellung wurde von der Presse zwar zugegeben, aber bei derartigen "türkischen Rivalitäten" wisse sowieso kein Mensch, worum es eigentlich gehe. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die ATIF im baden-württembergischen Verfassungsschutzbericht von 1983 als stärkste Gruppe der "türkischen neuen Linken" genannt wird. Es wird versucht, eine Argumentation aufzubauen, die direkt anknüpft an das Verbot von DEV-SOL und Halk Der sowie der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA wegen "Austragung gewalttätiger Auseinandersetzungen in der BRD". — (rac)

Kommunistenprozesse

Einzelne Erfolge – aber
kein Sieg auf Dauer

Hannover. Gegen 21 Pädagogen hatte die Albrecht-Regierung im November 1981 Ermittlungen eingeleitet, weil sie zu den Kommunalwahlen für die DKP kandidiert hatten. Gegen 15 beamtete Lehrer wurden von den Bezirksregierungen Weser-Ems und Hannover Gerichtsverfahren auf den Weg gebracht. Die bisherige Bilanz ist: Karl-Otto Eckartsberg (Hannover), Udo Paulus (Hildesheim), Alies Klüver (Leer) und Dagmar Lembeck (Hannover-Garbsen) sollen laut Gerichtsbeschuß aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden. Gegen Anke Pfitzner (Hannover) ist wegen Verfahrensfehlern im Vorermittlungsverfahren der Prozeß auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Thomas Schultze-Kranert aus Oldenburg, wo die DKP das landesweit beste Kommunalwahlergebnis

dessen Vorliebe für akkurate Anzüge, kalte Büffets und Empfänge bekannt ist, setzte sich dementsprechend mit dem Programm der DKP auseinander. Er vermisste im DKP-Programm "jede Erörterung des in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegenen Lebensstandards", beschwerte er sich im Prozeß gegen Karl-Otto Eckartsberg. Im Urteil gegen Udo Paulus formuliert Groschupf:

"Die wesentliche Aussage des Programms ist:

"Die Partei erstrebt die grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland", also nicht nur die Weiterentwicklung auf der Basis des Vorhandenen, eben eine andere Republik. Während das Grundgesetz von der Würde der Ein-



Gerhard Schröder, Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahlen 1986, verteidigt Dagmar Lembeck (DKP). Eine "Aktionseinheitspolitik" zu den Bedingungen der SPD.

erzielte, wurde von dem Vorwurf der Treuepflichtverletzung freigesprochen. Seine Kandidaturen für die DKP seien zwar objektiv ein Dienstvergehen, er habe aber nicht schulhaft gehandelt, weil er damals das sogenannte "Peter-Urteil" nicht kannte. Fast zeitgleich hebt das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die 1974 verhängte fristlose Kündigung des Grundschullehrers Hans-Joachim Müller (Oldenburg) auf, der wegen Mitgliedschaft in der DKP entlassen worden war. Die Bezirksregierung Weser-Ems muß Müller die 50-prozentige Kürzung seiner Bezüge nachzahlen – das sind rund 150000 DM.

In Hannover sitzt Otto Groschupf der Disziplinarkammer vor, der seine erste Bewährungsprobe im Prozeß gegen den Psychologie-Professor Peter Brückner bestand. Otto Groschupf,

zelperson ausgeht, ist das Programm der DKP auf Einordnung des Menschen in ein Kollektiv ausgerichtet. Angeichts der Gegenüberstellung von Arbeiterklasse und Monopolkapital oder ähnlich diffamierenden Bezeichnungen ist Rechtsgleichheit der Menschen nicht gesichert". Kurzum, wer die Würde der Einzelperson, des Monopolkapitalisten antastet, das Recht zu haben, das Kollektiv, die Arbeiterklasse auszubeuten, der muß mit Verfolgung rechnen.

Gegen die Verfolgung der DKP-Kandidaten hat sich eine breite Solidaritätsbewegung entwickelt. Besonders bedeutsam ist, daß diese Unterstützung nicht nur von den DGB-Gewerkschaften, die für den öffentlichen Dienst zuständig sind (GEW und ÖTV) gewährt wird, sondern die DGB-

Kreise Hannover und Hildesheim insgesamt sich solidarisch erklärt haben.

Andererseits ist bedauerlich, daß die DKP ihre Verteidigung in erster Linie auf der Beteuerung ihrer Verfassungstreue aufbaut, und darauf, daß die betroffenen Lehrer "gute" Lehrer gewesen seien und nicht indoktriniert hätten, also sich einläßt auf die "Einzelfallprüfung", wie sie das "Peter-Urteil" vorschreibt. Damit hat die DKP dem SPD-Spitzenkandidaten für die kommenden Landtagswahlen, Gerhard Schröder, das Bett für seinen Wahlkampf bereitet. In seiner Eigenschaft als Anwalt verteidigte er Dagmar Lembeck. Otto Groschupf wußte ihm zu danken: "Das Verfahren hat in einer positiveren Atmosphäre stattgefunden als frühere", und Groschupf bedankte sich bei Schröder, daß er als einziger zur Urteilsbegründung im Saal geblieben war. Aus Angst, sein linkes Image zu verlieren, antwortete Schröder schnell: "Ich bin nur geblieben, um die Berufung zu Protokoll zu geben."

Anstatt eine "Aktionseinheitspolitik" zu betreiben, die nur dazu führt, daß die SPD ihre Politik entfalten kann, wäre es doch naheliegend, eine Kampagne zu entfalten, die sich zum Ziel setzt, dem Verfahren gegen die BRD bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Erfolg zu verhelfen. Das Verfahren zielt darauf, die BRD aufzufordern, das ILO-Abkommen Nr. 111 einzuhalten und Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf zu unterlassen. – (kar)

Ausländerpolitik NRW Sicherung des Aufenthaltsstatus!

Essen. Auf Initiative des Essener Ausländerbeirates wurde am 5.6.1985 ein Brief an NRW-Innenminister Schnoor (SPD) auf einem Treffen verschiedener Ausländerbeiräte des Ruhrgebiets (Oberhausen, Moers, Herten, Dortmund, Gladbeck, Essen) verabschiedet. Darin wird Schnoor aufgefordert, in Anlehnung an die Praxis in Hessen, "1. bei befristeten Aufenthaltserlaubnissen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nur dann zuzulassen, wenn der Aufenthalt bei Einreise des Ausländer vor Vollendung des 55. Lebensjahres weniger als fünf Jahre betrug. 2. bei unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen ... eine nachträgliche Befristung nicht zuzulassen." Die Beiräte wenden sich gegen die Ausländerpolitik der SPD-Landesregierung, die sich in keiner wesentlichen Frage von der reaktionären Politik der Bundesregierung abgrenzt.

So sehen die Vorschläge der "Kommission Ausländerpolitik" von 1983, die die wesentliche Grundlage des von

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) geplanten neuen Ausländergesetzes sind, eine Verschärfung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wegen Sozialhilfebezuges vor. Sozialhilfebezug "kann" im geltenden Ausländergesetz zur Ausweisung führen, in Zukunft "soll" er.

Die "Grundsätze für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis" des NRW-Innenministeriums vom August 1984 nehmen in diesem Punkt die Verschlechterung des Ausländergesetzes vorweg: "Ist der ausländische Arbeitnehmer zur Besteitung seines Lebensunterhalts im wesentlichen auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe angewiesen, ist eine befristet erteilte Aufenthaltserlaubnis im Regelfall nachträglich zeitlich zu verkürzen, ihre Verlängerung zu versagen oder die Ausweisung zu verfügen."

Im Herbst 1984 stellte das Essener Aktionsbündnis "Frankfurter Appell" an die Stadt Essen die Forderung, daß aus Essen überhaupt niemand wegen Sozialhilfebezug ausgewiesen wird. Die Forderung der Ausländerbeiräte, aufenthaltsbeendende Maßnahmen nach fünf Jahren unmöglich zu machen, würde für viele ausländische Arbeiter eine Verbesserung ihrer Stellung bedeuten. Allerdings ist die lange Frist nicht einzusehen. Oder sollten die Ausländerbeiräte davon ausgehen, daß die ausländischen Arbeiter bzw. ihre Familienangehörigen sich das Recht auf Sozialhilfe erst "verdienen" müssen? — (syb)

Stadtwerke Neumünster

CDU will Beteiligung der NWK durchsetzen

Neumünster. Die Norddeutschen Faserwerke, der größte Stromabnehmer in Neumünster, fordern seit geheimer Zeit von den Stadtwerken günstigere Stromtarife und v.a. eine direkte Stromleitung an das Werk. Vor nicht allzulanger Zeit müssen sie den Stadtwerken bzw. der Stadt Neumünster ordentlich zugesetzt haben, denn einige Herren der Stadt sahen sich dazu auserkoren, sich ernste Gedanken über die Zukunft der Neumünsteraner Stromversorgung zu machen. Kein Wunder, denn Nordfaser drohte v.a. mit einer eventuellen Betriebsverlegung an günstigere Stromgefilde (Nordfaser hat 1400 Beschäftigte).

Aus diesem Grund verhandelten Oberbürgermeister Harder und Stadtrat Haller (CDU, zuständig für die Stadtwerke, gleichzeitig Unternehmensverbandsvorsitzender) mit der NWK über deren möglichen Einstieg in die Stadtwerke NMS und mit Staatssekretär Keussen vom schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium über Fragen des Durchleitungsrechts von Strom durch Fremdunternehmen

für Nordfaser. Das Ziel dieser Operation besteht in folgendem: Erstens will die CDU auch in Zukunft über 6 Mio. DM jährlich in Form einer Konzessionsabgabe von den Stadtwerken in den städtischen Haushalt überführen, der aufgrund von Industrieansiedlungsprojekten einen enormen Finanzbedarf hat. Zweitens soll bis 1993 in allen Kohlekraftwerken in der BRD eine Rauchgasentschwefelungsanlage eingebaut sein. Die würde für das Wärmekraftkopplungswerk der Stadtwerke mindestens 20 Mio. DM kosten. Das wiederum könnte unter Umständen die Stadtwerke dazu zwingen, von großen Stromkunden den Anteil für Umweltschutz einzufordern, den diese aufgrund ihres hohen Bedarfs eigentlich zahlen müßten. Damit dies nicht passiert, müssen die gestiegenen Stromerzeugungskosten auf die kleinen Stromverbraucher, also die privaten Haushalte abgewälzt werden. Für diese beträgt der Strompreis in Neumünster jetzt schon 18,5 Pf/kwh, während Großbetriebe, die mit den Stadtwerken Sondertarife aushandeln, im Durchschnitt nur 12,5 Pf/kwh bezahlen.

Welche Rolle spielt nun die NWK? Zuerst muß man wissen, daß die NWK über den VEBA-Konzern mit Nordfaser verschwistert ist. Man kann ahnen, daß der Strompreis, den Nordfaser bei Belieferung durch die NWK zahlen wird, nicht besonders hoch sein wird. — In den letzten Jahren hat sich die NWK in die städtischen Energieversorgungsunternehmen eingekauft, so in Kiel, Bad Segeberg und Bremen. In Kiel produzierten die ansässigen Stadtwerke den größten Teil des Strombedarfs selbst. Nach dem Einstieg der NWK wurden jedoch eigenständige Stromerzeugungspläne gestrichen. Mit Preissteigerungen zwischen 8,3 und 13,1% konnte sie Riesengewinne erwirtschaften. Bei einem Einstieg der NWK in die Stadtwerke Neumünster würden die Strompreise für Kleinverbraucher steigen, für Großverbraucher sinken und sinnvolle kommunale Energiekonzepte von vornherein unmöglich gemacht. — (stk, brb)

Humangenetik

Beratung in faschistischer Tradition

Hamburg. Nach einem Einbruch in die humangenetische Beratungsstelle des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek in Hamburg im Frühjahr 1984 wurde bekannt gemacht, daß die leitende Ärztin dort in rassistischer Tradition und mit denselben Methoden berät und Sterilisationsempfehlungen für jugendliche Patientinnen aus der Psychiatrie abgibt.

Zur Tradition: "Aufgabe humange-

netischer Beratung ist die Verhütung von Nachkommen mit besonders schweren Erbkrankheiten oder mit beeinträchtigenden Behinderungen", definiert die Ärztin ihr Ziel. Senatsoffiziell lautet der Arbeitsauftrag: "Beratung und Aufklärung über die möglichen Schäden eines zu erwartenden Kindes ... und Hilfestellung zur eigenverantwortlichen Entscheidung" (Hervorhebungen v. Verf.).

Zur Methode: Die Ärztin betreibt Handfurchenstudien und legt Stammbäume an. Sie unterstellt dabei die Vererbarkeit von psychischen Krankheitsbildern ebenso wie von sozial abweichendem Verhalten. Nach dem Motto: der Vater ein "lebensuntauglicher Trinker", "erheblicher Kleinwuchs der Mutter" aufgrund eines Schocks, "Halbschwester Sonderschülerin", "Bruder mit ähnlichen Symptomen behaftet" befürwortet sie "ausdrücklich" die Sterilisation einer jungen Frau, die ihr ganzes Leben eingesperrt in Heimen und Anstalten verbringen mußte.

In einer von der Grün-Alternativen-Liste (GAL) beantragten aktuellen Stunde haben die Bürgerschaftsabgeordneten von CDU und SPD die Barmbeker Ärztin ausdrücklich gegen den Rassismusvorwurf verteidigt und die Schwierigkeiten der Familien mit behinderten Kindern hervorgehoben — zu denen gerade diese bürgerlichen Politiker durch Gesetzgebung und Finanzpolitik entscheidend beitragen.

Humangenetiker und Volkswirte legen Kosten-Nutzen-Rechnungen vor, die die Notwendigkeit der "Ausmerzung" aller nicht gesunden, ausbeutbaren Menschen nahelegen und an einem gesellschaftlichen Konsens arbeiten, daß lebenswert nur ein Leben ist, das im Dienste der "Volksgemeinschaft" bewußt verausgabt wird. In neuerer Zeit sind solche Kosten-Nutzen-Analysen auch für die Bundesrepublik erstellt worden ... Würden z.B. alle Schwangerschaften von Frauen über 40 Jahren untersucht, so wären 11000 pränatale Diagnosen erforderlich. Hierbei würden Kosten von 28000 DM pro Schwangerschaft mit chromosomengeschädigter Frucht entstehen. Demgegenüber würden die durchschnittlichen Kosten einer lebenslangen Betreuung des ausgetragenen Kindes etwa 200000 DM betragen ..." (Prof. Tünne, Münster). Wirtschaftliche Gründe sprächen nicht gegen eine Ausweitung der Beratung, "da mit zusätzlich investierten Geldbeträgen spürbare Einsparungen in den Bereichen Therapie, Rehabilitation und Pflege Behindeter sowie Volkseinkommenszuwächse (durch mehr arbeitsfähige Geburten, d. Verf.) erzielt werden". Quellenhinweis: Udo Sierk, Nati Ratke, Die Wohltätermafia; Plenarprotokoll der Bürgerschaft 11/32 — (mek)

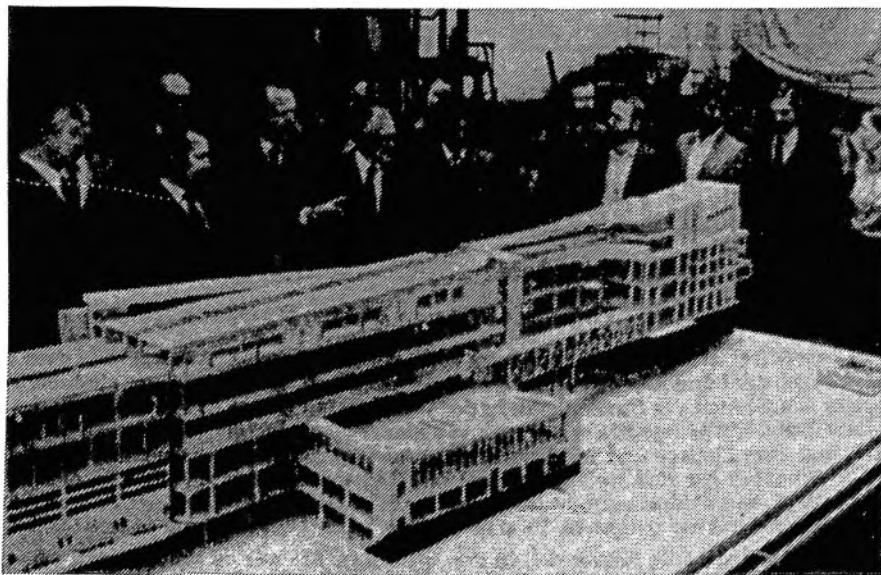
Technisches Landesmuseum

"Versöhnung von Mensch und Technik" und einiges mehr für das Kapital

Mannheim. Am 18. April legten der baden-württembergische Ministerpräsident Späth und OB Widder gemeinsam den Grundstein zum "Landesmuseum für Technik und Arbeit", das 1989 seine Pforten öffnen soll. 130 Mio. DM sind als Bausumme veranschlagt; sie werden vom Land Baden-Württemberg aufgebracht, während die Stadt Mannheim das zentral gelegene Grundstück kostenlos beisteuerte. Von den laufenden Unterhaltskosten (man rechnet mit jährlich 10 Mio. DM) soll die Stadt ein Drittel übernehmen.

Wissenschaftsminister Engler schwärzte auf der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes, die sich mit dem Thema: "Technik und Technikkritik in Museen" befaßte: Das

verschiedenen Museen und Universitäten des Landes die beiden größten IHK-Bezirke, die Daimler-Benz-AG, DGB und DAG vertreten sind. Nachdem die Standortentscheidung auf Mannheim gefallen war, nahm dort ein "Museumsverein" und in diesem der ehemalige BBC-Vorstandsvorsitzende und jetzige IHK-Präsident Göhringer die Förderung des Museums auf. "Verachtung der Umwelt und der Arbeitsplätze", klagt Göhringer im IHK-Magazin Rhein-Neckar, "sind Schlagworte einer undifferenzierten Beobachtung, die nicht erkennt oder erkennt will, daß die Technik dem Menschen immer Chancen und Risiken geboten hat, die er entsprechend einschätzen und gestalten muß ... Unserer Zukunft wird weitgehend davon ab-



Wissenschaftsminister Engler und OB Widder erläutern der Landespressekonferenz das Museums-Projekt.

Landesmuseum werde die "spektakulärste Errungenschaft unter den Museen" (des Landes) werden, es sei ein "Experiment mit großen Chancen".

Das Projekt geht zurück auf eine Anregung, die der Ministerpräsident im Jahre 1978 vor der Frauenhofer-Gesellschaft gemacht und dafür viel Lob erhalten hatte. Es war die Zeit, da die Bourgeoisie die "Technikfeindlichkeit" der Jugend zu schmerzen begann. Im Landtag fand der Vorschlag die Unterstützung von CDU, SPD und FDP. Sie forderten konzeptionelle Schwerpunkte wie: "die vielfältigen Versuche, den Übergang zum Industriezeitalter menschenwürdig und sozial zu gestalten; die persönlichen Leistungen einzelner Bürger unseres Landes auf sozialem, sozialpolitischem, technischem und industriellem Gebiet". Eine Projektgruppe wurde installiert samt Beirat, in dem neben

hängen, daß ein breiter Konsens der Bevölkerung hinsichtlich der weiteren technischen Entwicklung erreicht werden kann ... Es (das Landesmuseum, Red.) soll zeigen, was die Technik den Menschen an großen Vorteilen gebracht hat und welche Nachteile dafür in Kauf genommen werden mußten." An gleicher Stelle nennt Späth das zu lösende Problem kurz "die Versöhnung von Mensch und Technik". Und OB Widder (SPD) beim Hammer-schlag auf den Grundstein: Der Blick in die Geschichte der Sozialkonflikte werde zeigen, "daß es stets das größte Risiko war, dem Nicht-Fortschritt zu huldigen".

Das Lernziel – die Unaufhaltbarkeit der kapitalistischen Entwicklung und der damit verbundene Segen – ist definiert, und man darf gespannt sein auf die Zubereitung des Materials, die modernste museumspädagogische

Prinzipien ("Bitte anfassen!") verwirklichen soll.

Göhringer und Späth begnügen sich freilich keineswegs mit dieser Zielsetzung. Das "Museum" ist so angelegt, daß es unabhängig von den Öffnungszeiten der Ausstellung in zahlreichen Seminarräumen und einem großen Vortragssaal der wissenschaftlich-technischen Ausbildung dienen kann; man denkt hier v.a. an VDI und VDE als Veranstalter. Daß das Gebäude, welches zugleich eine Zentrale des Süddeutschen Rundfunks beherbergen wird, zu einem Knotenpunkt der Kabelfunkkommunikation auserkoren ist, liegt nahe. Das Museum soll später auch Eckpunkt eines zu errichtenden innovativen Gewerbegebietes sein. OB Widder kündigte letztes Jahr an, es seien ergänzende Forschungs- und Wirtschaftseinrichtungen geplant; man suche Unternehmen, die sich in der Nähe des Museums niederlassen wollten. Inzwischen ist das unmittelbar vor dem künftigen Museum liegende Grundstück an Nixdorf abgegeben, der seine Mannheimer Zweigniederlassung wesentlich erweitern möchte. Wenn OB Widder das "Museum" auch als Projekt der Wirtschaftsförderung preist, hat er sicherlich nicht nur die Bau-Millionen vor Augen.

Daß sich Göhringers Museumsverein vor allem auch vorgenommen hat, in der Stadt eine breite Akzeptanz für das Museum zu bekommen, hat Gründe: Am Anfang des Museums stand der Krach um die Verlegung des Maimarktes. Späth, der mehrere Baugelände in Mannheim angeboten bekam, bestand auf genau dem Grundstück, auf dem bisher diese größte westdeutsche Regionalschau stattfand. So wurde das Maimarktgelände für 31 Mio. DM ostwärts verschoben, gegen den Widerstand von 33000 Unterschreibern eines Antrags auf Bürgerbegehren. Die Grünen kritisierten aus diesem Zusammenhang heraus von Anfang an den Plan der Errichtung des Landesmuseums mit ökologischen und finanzpolitischen Argumenten. Daß ihnen die u.a. direkt gegen ihre Ansichten gerichtete ideologische Konzeption des Museums bisher nicht der Rede wert war, erstaunt.

Der DGB-Kreis Mannheim hat sich in einem Gesprächskreis im November 1984 Gedanken zum Museum gemacht. Er fordert maßgebliche und mitbestimmende Beteiligung an der Museumskonzeption, besonders, wo es um die Darstellung der Arbeiterbewegung geht. Man dürfe nicht nur das Bildungsbürgertum ansprechen. Ein Redner mahnte: "Wir müssen aufhören mit der inneren Opposition gegen das Landesmuseum." Vielleicht kommt die Kritik an dem reaktionären Museumsprojekt jetzt besser in Gang, wenn die ausführliche, dem Landtag vorliegende Konzeption veröffentlicht wird. – (tht)

Hessen: SPD/Grüne

Börner verheißt Profite mit Umwelttechnologie

Frankfurt. Die von SPD und Grünen gemeinsam vorgelegten Änderungsanträge zum hessischen Haushalt für 1985 sind im wesentlichen folgende:

— Die für den Erweiterungsbau der Justizbehörden in Frankfurt vorgesehenen Mittel werden um 1 Mio. DM gekürzt.

— Die Mittel für Bau und Ausstattung von Altenheimen werden um 300000 DM gekürzt, stattdessen werden die Mittel für Zuwendungen zugunsten ambulanter Hilfsdienste für Alte und Behinderte um eine halbe Million DM erhöht.

— Für den Bau von Landesstraßen soll das Land 5 Mio. DM weniger als bislang geplant ausgeben.

— 200000 DM sollen für "Friedensforschung in Forschung und Lehre" an hessischen Hochschulen ausgegeben werden.

— 1,5 Mio. DM sind für den Bau von Frauenhäusern vorgesehen.

— 250000 DM sollen für Asylbewerber und der gleiche Betrag für die Betreuung von ausländischen Arbeitnehmern und ihre Familien ausgegeben werden. Zur Unterstützung von Roma und Sinti sollen hessische Gemeinden 100000 DM zugewiesen bekommen.

Für eine "Feldstudie bürgerlicher Rundfunk" sind 100000 DM angesetzt.

— Ferner soll eine neue Forschungseinrichtung geschaffen werden, die untersuchen soll, welche sozialen Folgen der technische Fortschritt hat. (500000 DM)

— Für die Förderung alternativer Wirtschaftsformen sind 7 Mio. DM veranschlagt.

Diese Änderungsgesetze waren u.a. Bedingung für die Haushaltzustimmung der Grünen. Die Fraktion der Grünen schätzt die Gesetze als Erfolg ein, allerdings "besteht jetzt die Gefahr, daß unter dem Mantel des Umweltschutzes unsere politischen Vorstellungen in ihr Gegenteil verkehrt werden". (Landesmitgliederversammlungsergebnisse der Grünen v. 8.6.85). Kommentar von Fundamentalist H. Kleinert zur bevorstehenden Koalition mit der SPD: "Die SPD wird den Grünen ständig das Fell über die Ohren ziehen". Eine Kostprobe davon, zu wessen Gunsten Börner "rot-grüne" Politik machen wird, gibt er in seiner Haushaltsrede. Zunächst tritt er ziemlich "antikapitalistisch" auf: Er wolle seine Politik des "Gegengewichts" zu Bonn auch gegen die Interessen wirtschaftlicher Macht durchsetzen. (Die IHK Frankfurt und andere Unternehmerverbände Hessens hatten gegen die "rot-grüne Koalition" protestiert). Er tritt aber nur gegen die "altmodischen" Kapitalisten auf, denn er bedauert, daß "das Management



Ministerpräsident Börner

vieler deutscher Firmen häufig zu konservativ an überkommenen Produkten und Produktionen festgehalten und die großen Zukunftsmärkte den Initiativen ihrer ausländischen Konkurrenten überlassen habe." Seinen Appell richtet er folgerichtig an die hessischen Unternehmen, den Mut für Investitionen, v.a. im Bereich der Umwelttechnologien, zu finden. Als Beispiel führt er die Erfolge der Japaner auf dem Gebiet der Abgasreinigung großer Kohlekraftwerke an. Für die Bezugsschaltung dieser "Weltmarktoffensive" verbürgt er sich im Namen der "rot-grünen" Koalition. — (rst)

Richterwahl

Gerichtspräsidenten künftig vom Innenminister bestimmt

Kiel. In Schleswig-Holstein werden die Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte künftig nicht mehr gewählt, sondern allein vom Justizminister bestimmt. Ende Mai verabschiedete die CDU-Landtagsmehrheit diese Änderung des Richtergesetzes.

Zur Begründung gab Justizminister Schwarz an, es hätten "verfassungsrechtliche Bedenken" gegen die Wahl dieser Richter bestanden. Da von den elf Mitgliedern des sog. Richterwahl-ausschuß fünf Richter seien, hätten bei der erforderlichen 2/3-Entscheidung letztlich die Richter eine Sperrminorität bilden und die Wahl eines Gerichtspräsidenten gegen ihren Willen blockieren können. Das Argument ist vordergründig: Auch nach der bisherigen Rechtslage brauchte die Landesregierung den vom Wahlausschuß gewählten Kandidaten nicht zu benennen; nach einem weiteren Wahlgang gegen den Kandidaten des Ministers war die Mitwirkung des Ausschusses zuende, der gewünschte Bewerber konnte dann von der Landesregierung allein ernannt werden.

Ist die Gesetzesänderung also praktisch bedeutungslos? Keineswegs, denn bisher waren Rücksichten bei der Besetzung der Chefposten auf die parlamentarische Opposition und auf die Richterschaft zu nehmen. Ohne einen Eklat ließ sich ein Kandidat gegen deren Willen nicht durchsetzen. Solches Aufsehen fürchtet die Landesregierung für die Zukunft. Denn die Justiz ist nicht mehr der monolithische Block wie noch vor 15, 20 Jahren. Die Auseinandersetzungen in der Gesellschaft machen vor den Türen der Gerichte nicht mehr halt: Eine wachsende Minderheit von Richtern ist gewerkschaftlich organisiert, viele Hunderte treffen sich mehrmals jährlich auf einem sog. "Richterratschlag", wo sie aktuelle politische Fragen wie die Asylgesetzgebung, Datenschutz, Raketenstationierung usw. diskutieren, hierzu Beschlüsse fassen und sich gegen die herrschende Rechtsprechung wenden. In solcher Lage ist der Bedarf an Gerichtspräsidenten, die die gesellschaftlichen Kämpfe aus ihren Gerichten heraushalten und die Fahne der "unpolitischen Justiz" hochhalten, groß.

Die Landesregierung kann jedoch nicht verbuchen, bestehende Widersprüche mit der Gesetzesänderung mundtot gemacht zu haben. Die Lübecker Richter, die im vergangenen Jahr vom Justizminister mit Disziplinarmaßnahmen wegen ihrer Zeitungsanzeige gegen die Raketenstationierung überzogen worden waren, haben in einer ersten Pressemitteilung festgestellt, daß Schwarz jetzt die "Vertrauensbasis zur Richterschaft endgültig zerstört" habe. Und auch aus der eigenen politischen Ecke kommt herbe Kritik: Der Vorsitzende des Landesrichterverbandes Petersen, selbst CDU-Mitglied, wirft Schwarz in der Presse vor, "das letzte Bollwerk gegen Ämterpatronage eingerissen" zu haben. — (hoo)



Dr. Schwarz, Justizminister von Schleswig-Holstein 1969-79 und seit 1983

Augsburger Zentralklinikum**Vierhundert Stellen und die Fünftagewoche:
Das Streichungsprogramm ist brutal, die Gegenwehr lebhaft**

Augsburg. Für das Zentralklinikum Augsburg fordert der Bayerische Kommunale Prüfungsverband die Streichung von 400 Vollzeitstellen, was durch die grassierende Teilzeitarbeit insgesamt 5-600 Stellen ergeben würde. Diese Forderung, erhoben in einem umfangreichen und teuren Gutachten, ist die Antwort des Verbandes auf eine Auseinandersetzung zwischen dem Krankenhauszweckverband Augsburg (KZVA), der der Träger des Klinikums ist, und den Krankenkassen um die Höhe des Pflegesatzes. Der KZVA hatte einen Tagespflegesatz von zunächst 311, heute 330 DM als kostendeckend errechnet, die Kassen dagegen nur 266 DM. Die Regierung von Schwaben hat das Gutachten in Auftrag gegeben und auf seiner Grundlage nun einen Pflegesatz von 291,92 festgesetzt, knapp 20 DM unter dem kostendeckenden.

Das Zentralklinikum Augsburg war in den 60er Jahren geplant und bis 1982 errichtet worden. Es ist mit 1400 Betten das größte kommunale Krankenhaus der BRD; von den 4000 Beschäftigten sind 3000 Frauen. Bis zu seiner Fertigstellung war im gesamten Regierungsbezirk Schwaben, von Nördlingen bis Lindau, kein Krankenhaus der maximalen Versorgungsstufe (Versorgungsstufe III) vorhanden, in Augsburg außer in Haunstetten keine Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe in kommunaler Hand. Wie in Bayern jetzt immer noch teilweise der Fall, waren die medizinischen Spezialeinrichtungen auf die Universitätskliniken Würzburg, Erlangen und München sowie auf Nürnberg konzentriert. Es bestand und besteht ein Bedarf an mehr Kliniken höchster Versorgungsstufe, über das Land verteilt, ausgestattet mit Abteilungen z.T. auch für Neurochirurgie, Gefäßchirurgie und Herzchirurgie.

Bei der Planung des Hauses ging die Stadt Augsburg von der Erwartung aus, das Klinikum würde als Medizinische Akademie anerkannt und erhielte damit Anspruch auf Landesgelder. Außerdem bestand für die kommunalen und Kreiskrankenhäuser damals noch nicht die Verpflichtung zu einem kostendeckenden Pflegesatz, sondern es gab Ansprüche auf Landes- und Bundeszuschüsse. Seit Inbetriebnahme des Hauses entsteht nun ein Jahr für Jahr wachsendes Defizit, gegenwärtig 50 Millionen DM, das vor allem die Stadt Augsburg belastet, während die Patienten zu etwa einem Viertel aus dem näheren und weiteren Umland kommen, nämlich aus dem gesamten bayerischen Schwaben und teilweise aus Oberbayern. Die Anerkennung als

Klinische Akademie wurde trotz mehrerer Anläufe immer wieder von der Bayerischen Staatsregierung abgelehnt.

Interessenlage

Die Widerspruchslage ist also kompliziert: Die Krankenkassen haben ein Interesse an niedrigen Pflegesätzen. Die Gemeinden haben ein Interesse an kostendeckenden Pflegesätzen, solange es keine Landeszuschüsse gibt. Gute medizinische Versorgung ist teuer. Soll die medizinische Versorgung verschlechtert werden? So argumentiert

tigten am Krankenhaus billigere Arbeit und mehr Arbeit abgezwungen wird, wird abgelehnt.

Um dagegen ihre Position zu entwickeln, hat die ÖTV eine 34-seitige Stellungnahme erarbeitet, in der sie sich Punkt für Punkt mit dem Gutachten auseinandersetzt. Ansatzpunkt der Kritik ist vor allem, daß die hochdotierten Gutachter sich niemals auf die konkrete Analyse der Arbeitssituation am Krankenhaus eingelassen haben, sondern stets von errechneten oder vorgegebenen Durchschnittszah-



Die ständige Überbelegung des Klinikums – das Bild zeigt Patienten auf den Gängen – erfordert mehr Stellen statt Stellenabbau.

niemand. Die Gefahr besteht, daß die "Kompromißlinie" von Krankenkassen und Zweckverband so läuft, daß das medizinische Niveau gehalten, aber billiger erzeugt werden soll. Bereits heute müssen die Patienten für die ersten vierzehn Tage pro Tag 5 DM "Verpflegungskosten" bezahlen, und die Krankenkassen sind Arbeitgeberargumenten wie denen, viele Krankheiten seien selbstverschuldet, keineswegs unzugänglich, wenn das zur Schonung der Beitragsmittel führen kann.

Die ÖTV hat wie auch die anderen Gewerkschaften in den letzten Jahren eine Diskussion um die hohen Krankheitskosten geführt. Sind die Profite der Pharmakonzerne ein entscheidender Faktor? Die Honorare der Chefarzte? Die Apparatemedizin? Wäre nicht das Wichtigste die Prävention von Krankheiten? Die "Humanisierung der Arbeitswelt"? In Bezug auf die jetzige Lage am Krankenhaus besteht bei der ÖTV Klarheit und Einigkeit: die Linie des Gutachtens, die Pflegesätze zu senken, indem den Beschäfti-

len ausgegangen sind, was in der Konkurrenz zu Zynismus und Brutalität sowohl für Beschäftigte wie für Patienten geführt hat. Die ÖTV hat im Klinikum die wichtigsten Punkte durch die Broschüre der ÖTV-Vertrauensleute breit bekannt gemacht und gegen die geplanten Stellenstreichungen bisher über 2000 Unterschriften in der Belegschaft gesammelt. Der Personalrat unterstützt den Kampf.

Für ihre Argumentation hat die ÖTV publizistische Unterstützung bei der Lokalpresse erhalten, obwohl der ja gewerkschaftliche Gedankengänge, die sich auf die Verteidigung des Lohns und des Normalarbeitsstages richten, oft als unflexibel, almodisch und egozentrisch gelten. Diesmal ist das anders, wobei es eindeutig eine Rolle spielt, daß die Leiterin des Pflegedienstes, Annedore Berg, Teile der gewerkschaftlichen Argumentation mitträgt. Sie stellt etwa fest, daß viele Krankenschwestern wegen der beruflichen Belastung nach wenigen Jahren aufhören, und erklärt, "die im Prüfungsbericht vorgesehene Wieder-

einführung der Sechstagewoche im Pflegeberuf würde gerade die erfahrenen Doppelbelasteten aus dem Pflegeberuf vertreiben" (Augsbg. Allg., 10.6.85).

Fünftagewoche

Die Fünftagewoche im Pflegebereich, d.h. zwei Tage frei, wurde 1982 erreicht und durch Dienstvereinbarung abgesichert. Es soll nicht mehr als sieben Tage am Stück gearbeitet werden. Allerdings ist es dann doch oft so, daß nach sieben Tagen nur ein Tag freigegeben wird. Die Arbeitsintensität ist sehr hoch; der Bettennutzungsgrad liegt mit 95,83% und Spitzentwerten bis zu 137,21% weit über der "vollen Auslastung", die laut DKG bei 85% erreicht ist. Die kurzen Liegezeiten (durchschnittlich 9,97 Tage 1984) erhöhen ebenfalls die Arbeitsintensität, da jede Aufnahme und Entlassung von Patienten eine Reihe von Standardarbeiten mit sich bringt. Obwohl damit die Arbeitsbelastung hoch ist und entsprechend die Fluktuation der Beschäftigten erheblich, ist die Fünftagewoche doch als wichtiger gewerk-

schaftlicher Erfolg zu bewerten.

Besteht eine Übereinstimmung der Interessen zwischen Beschäftigten und Patienten hinsichtlich kürzerer Arbeitszeiten des Personals? Wohl nicht völlig, denn spontan entwickelt ein Patient oft den Standpunkt, daß während seiner Anwesenheit auch stets die gleiche Besetzung des Pflegedienstes bestehen soll, damit er "seine" Schwestern und Pfleger kennlernen kann und sie mit seinen Beschwerden und Bedürfnissen vertraut sind. Die Patienten, auf die eigene Gesundung konzentriert und nur kurze Zeit im Krankenhaus, können von sich aus kaum zu einer Kraft werden, die den gewerkschaftlichen Kampf am Krankenhaus unterstützt; das ist wohl eher eine Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Versicherten, also der Gewerkschaften. Obendrein gibt es nach wie vor an gar nicht so wenigen bayrischen Krankenhäusern tatsächlich Personal, das rund um die Uhr anwesend ist, nämlich die Klosterschwestern. Das übt einen ideologischen Druck auf das weltliche Pflegepersonal aus, der nur deshalb nicht

stärker ist, weil den Klöstern der Nachwuchs fehlt.

Aussichten

In der jetzigen Auseinandersetzung hat es die ÖTV mit dem Krankenhauszweckverband, der Stadt Augsburg, der Regierung von Schwaben sowie mit den Krankenkassen zu tun. Durch die starke Fluktuation wäre innerhalb von etwa zwei Jahren durch Nichtbesetzen freier Stellen der Vollzug des Gutachtens hinsichtlich der geforderten Stellenstreichungen möglich. An die Aufkündigung der Fünftagewoche scheint sich die sozialdemokratische Stadtverwaltung vorerst nicht heranzuwagen, aber durch die zahlreichen Überstunden (vgl. Kasten) besteht sie oft nur noch auf dem Papier.

Die ÖTV hat u.a. durch die Veranstaltung von "Gesundheitstagen" in den letzten Jahren und die Kampagne "Arbeitsschutz am Krankenhaus" die Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Diskussion über das Gesundheitswesen und die Arbeitsbedingungen der darin Tätigen verbessert.

— (elf, ael)

Aus der Stellungnahme der Augsburger ÖTV

"Die Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) werden im Gutachten häufig als Maßstab herangezogen. Verzerrungen einer adäquaten Personalbemessung ergeben sich nicht nur aus der Tatsache der Antiquiertheit der Anhaltszahlen (1969 aufgestellt — 1974 auf 40-Stunden-Wochenarbeitszeit hochgerechnet — mittlerweile über 14 Jahre alt), sondern auch aus der Tatsache, daß z.B. für den Intensivbereich lediglich für die Versorgungsstufen I und II, nicht jedoch für die Stufe III (Zentralklinikum Augsburg) Anhaltszahlen existieren. Dies führt im vorliegenden Gutachten zu erheblichen Verzerrungen."

"Für jährlich rund 1200 Konsilien (d.h. Beratung zwischen verschiedenen Fachärzten) im gefäßchirurgischen Bereich wird ein Bedarf von 0,2 Vollkräften angesetzt. Umgerechnet bedeutet das, daß der Prüfer ein gefäßchirurgisches Konsil nur dann für wirtschaftlich ansieht, wenn es nicht länger als 17 Minuten (einschl. Wegezeit etc.) dauert ... Das heißt, die Chirurgie auf ein mehr als drittklassiges Niveau zu holen."

"Unberücksichtigte Faktoren ... Die Pflegequalität wird im Zusammenhang mit den Berechnungen des Gutachtens überhaupt nicht als Maßstab in Betracht gezogen ... Unberücksichtigt läßt das Gutachten, daß a) das Alter der Patienten in den letzten 10 Jahren gestiegen ist, b) die Diagnose eine geradezu revo-

lutionäre Entwicklung nahm, c) Operationen, die heute durchgeführt werden, vor 10 Jahren in den seltensten Fällen an der Tagesordnung waren,

d) völlig neue Therapieformen entwickelt wurden (z.B. Zytostase-Therapie und Strahlentherapie)."

"Berechnung des Nachtdienstes Normalpflege ... Für 30 Stationen werden pauschal jeweils 1,25 Vollkräfte gerechnet. 1984 war der Arbeitsanfall auf vielen Stationen jedoch so hoch, daß Sitzwachen hinzugezogen werden mußten. Somit sind ca. 10 Stationen mit mindestens 2 Nachtwachen besetzt. Das Gutachten läßt dies völlig unberücksichtigt. Außerdem schlägt das Gutachten vor, für die Neugeborenen auf zwei verschiedenen Stationen nur eine Nachtschwester einzustellen — ein

absurder und gefährlicher Vorschlag."

"Zentralküche: In diesem Bereich werden 18,3 Vollkräfte nicht anerkannt, obwohl

- die Leistungssteigerung ohne wesentliche Personalmehrung (+5,5%) zwischen 1982 und 1984 +40% betrug,
- bereits eine Leistungssteigerung mittels Maximierung von Halbtagsstellen (Anteil von 41,6%) versucht wurde,
- z.B. in den Monaten Juli/August 1984 760 Mehrarbeitsstunden anfielen.

Würden die Gutachtervorschläge realisiert, wäre die Essensversorgung im ZKA ernsthaft gefährdet."

"Reinigung: ... Hinzu kommt, daß mit 133 m² pro Istarbeitsstunde im Gutachten weit über die sonst üblichen Vorgaben des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes, nämlich 100 m² für den Krankenhausbetrieb sowie 85 m² für den Stationsbereich, hinausgegangen wird."

"Wäscherei: Angesichts der Tatsache

- einer weit überdurchschnittlichen Leistung von 4,3 kg pro Pflegetag (Bundesdurchschnitt 1982 = 3,63 kg!),

- von 1155 Überstunden sowie 4436 Stunden für Aushilfen im Jahr 1983,
- von 2650,5 Überstunden sowie 3686,5 Stunden für Aushilfen allein von Januar bis August 1984

kann eine realistische Einschätzung nur lauten: Überstundenabbau und Personalmehrung (ca. 5 Vollkräfte, berechnet nach den Zahlen des Zeitraumes 1.1.-31.8.84)."



In der Küche: Fließbandarbeit bei Kunstlicht

Lohntarif für die Bekleidungsindustrie

Köln. Die Gewerkschaft Textil, Bekleidung hat für die Bekleidungsindustrie folgenden Tarif abgeschlossen: Ab 1. Juni werden die Löhne und Gehälter um 3,5% erhöht, für Mai erhalten alle Beschäftigten zusätzlich 30,00 DM. Die Jahressonderzahlung wird um 5% auf 50% eines Monatslohnes erhöht. Die Ausbildungsvergütungen steigen ab 1.5.84 um 25 DM im ersten und 20 DM im zweiten und dritten Lehrjahr. Der Tarifvertrag läuft zum 1.6.86 aus. Die Kapitalisten konnten die Streichung der Überstundenzuschläge nicht durchsetzen. — (uld)

Klage auf Tariflohn abgewiesen

Dortmund. Am 20.6.85 fand vor dem Dortmunder Arbeitsgericht der erste von acht Prozessen gegen die IHK-Ausbildungs-GmbH statt, die Ende 1983 aufgrund eines "einmaligen Sonderprogramms" der Bundesregierung "zur Schaffung von Ausbildungsstellen" von der IHK gegründet wurde. Kläger sind acht auszubildende Chemielaboranten, die bei der Bergbau AG Westfalen ausgebildet werden. Sie erhalten ca. 300 DM Lohn weniger als die berg-

Wetzlar. Am 15.6. demonstrierte die hessische DGB-Jugend (Bild) für die Übernahme aller Lehrlinge im ausgebildeten Beruf und Ausbildung für alle. In Hessen sind 40000 Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, erklärte auf der Kundgebung der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende. Der Vorsitzende des Landesjugendringes forderte auf, die Herbstaktionen des DGB gegen die Sozialpolitik der Regierung zu unterstützen und den "Regierenden einen heißen Herbst zu bereiten". — (gba)

baueigenen Azubis, außerdem fallen für sie alle weiteren Vergütungen weg. Nun wurde die erste Klage vor dem Arbeitsgericht abgewiesen mit der Begründung, daß das Arbeitsverhältnis nicht mit dem Bergbau und den Azubis, sondern mit der IHK-Ausbildungs-GmbH bestünde. Des weiteren sei eine Klage auf "Angemessenheit" wenig erfolgreich, da ein Gleichbehandlungsgrundsatz nur innerhalb eines Betriebes bestehe und die IHK nicht tarifgebunden sei. Selbst wenn die Chemielaboranten die nächsten sieben Prozesse verlieren, wollen sie in die nächste Instanz gehen. Dies kündigte die ÖTV an, die die Azubis unterstützt. — (wer)



Großhandel Ba-Wü: Änderungen im MTV

Freiburg. Die wesentlichen Neuerungen im MTV sind u.a. laut HBV: Im §2 wurde ein grundsätzlicher Anspruch auf ein Zeugnis, "das Auskunft über Art und Dauer der ausgeübten Tätigkeit zu geben ... hat" aufgenommen, und §8 wurde für Teilzeitbeschäftigte ergänzt. Diese erhalten "nun auch Zuschläge für Nachtarbeiten, soweit dies keine Mehrarbeit ist". Betreffend des Gesundheitsschutzes von Beschäftigten an Bildschirmen, Datensichtgeräten und/oder Datenkassen wurde ein Beschwerderecht "bei arbeitsplatzbedingter Beeinträchtigung" aufgenommen. — (kak)

DGB: Aktionen im Oktober

Stuttgart. Vom 16.10. bis 20.10. veanstaltet der DGB Baden-Württemberg eine Aktionwoche mit einer Großveranstaltung in Stuttgart als Höhepunkt am 19.10. Thema ist: "Widerstand gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Demontage von Arbeitnehmerrechten." Die Bezirksleitung der IG Metall hat dazu eine Broschüre "Widerstand gegen Sozialabbau" vorgelegt. Vor kurzem hat nun die Landesregierung unter Lothar Späth ein Aktionsprogramm angekündigt, das als Ziel die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit vorgibt, aber auf die umfassende Durchsetzung des Beschäftigungsförderungsgesetzes mit jobsharing, befristeten Arbeitsverträgen, Leiharbeit



Nach 29 Tagen beendeten die 5000 Piloten von United Airlines in den USA ihren Streik. Die Kapitalisten konnten durchsetzen, daß neue eingestellte Piloten 40% weniger Gehalt bekommen. Nicht erzwingen konnten sie eine Dauer der Gehaltskürzung von 20 Jahren. Nach fünf Jahren soll der Spruch einer Schlichtungsstelle über diesen gespaltenen Tarif angenommen werden. Über weitere Forderungen der Kapitalisten soll jetzt ein Gericht entscheiden: 270 Streikbrecher sollen bessere Aufstiegschancen bekommen und 570 neu ausgebildete Piloten, die den Streikbruch verweigerten, nicht eingestellt werden. Bild: Unterstützungs-demonstration am Flughafen Los Angeles — (gba)

und Kapovaz abzielt. Nachdem Steinkühler von der IG Metall zunächst das Aktionsprogramm lobend beurteilt hat, erkennt der DGB Baden-Württemberg in letzter Zeit zunehmend den Charakter der Späthschen Initiative und distanziert sich davon. — (ros)

Geheuert und gefeuert

Hannover. Bisher wurden bei der HIS GmbH (Berufsfeldforschung) befristete Verträge (Zeitverträge) nur für wissenschaftliches Personal (BAT IIa) bei zusätzlich eingeworbenen — projektgebundenen — Mitteln abgeschlossen. Künftig sollen befristete Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz, das voll ausgeschöpft werden soll, so die Geschäftsführung, abgeschlossen werden. Die Ausdehnung auf weitere BAT-Bereiche wird nicht ausgeschlossen. Nach Erreichung der Einsparungen wird die Umwandlung der einen oder anderen Befristung in einen befristeten Vertrag überprüft. — (bil)

Hertie Wolfsburg bestreikt

Am 8.6. streikten 94% der 450 Beschäftigten des Kaufhauses Hertie Wolfsburg zur Unterstützung des HBV-Tarifkampfes in Niedersachsen. In der Nacht 20./21.6. wurde neu abgeschlossen: 2,5% mehr Lohn, höhere Ausbildungsvergütungen, 38,5-Stunden-Woche, Laufzeit 14 Monate, Nachzahlung für sämtliche tariflosen Monate dieses Jahres. Die Abschlüsse anderer Bundesländer wurden erreicht. — (mwo)

Gegen Revanchismus und Kriegsvorbereitungen

Aktionen gegen das Schlesiertreffen in Hannover

Hannover. Etwa 1000 beteiligten sich an der Demonstration gegen das Schlesiertreffen, zu der die Friedensversammlung Hannover unter der Losung "Schlesien bleibt polnisch" zum 15.6. aufgerufen hatte. Diese gute Teilnahme trotz der seit Wochen stattfindenden massiven Unterstützung der "Anliegen der Vertriebenen" durch die örtliche bürgerliche Presse und des zeitgleichen "Deutschland-Treffens" der NPD in Stadthagen bei Hannover, gegen das der DGB-Landesbezirk Nds., die DKP, VVN, die GRÜNEN und autonome antifaschistische Kräfte Aktionen durchführten. Eine am selben Abend in Hannover durchgeführte Kulturveranstaltung besuchten ca. 300 Teilnehmer.

Für den 14.6. hatten die Friedensversammlung sowie autonome antifaschistische Kräfte zu einer Aktion gegen die unter Teilnahme von Ministerpräsident Albrecht stattfindende Eröffnungsveranstaltung aufgerufen und eine Podiumsdiskussion "gegen Revanchismus und Kriegsvorbereitungen" durchgeführt. Die Aktion gegen die Eröffnungsveranstaltung konnte gegen massiven Polizeieinsatz – ca. 180 Demonstranten wurden daran gehindert zur Stadthalle zu kommen, indem ca. 80 von ihnen für ca. eine Stunde



festgenommen werden – mit ca. 70 Teilnehmern stattfinden. An der anschließenden Podiumsdiskussion, die von ca. 350 besucht wurde, beteiligten sich die Landtagsabgeordneten Wernstedt (SPD) und Lippelt (GRÜNE) sowie G. Herde vom Bundesvorstand der VVN und ein Pfarrer als Vertreter der kirchlichen Friedensbewegung. Erfreulich die Position der GRÜNEN: Lippelt sprach sich gegen jeglichen Nationalismus, "auch den linken", aus und erklärte, für die GRÜNEN dürfe es keine Deutschlandpolitik geben, deshalb müsse der Alleinvertretungsanspruch, der sich auf die Präambel im Grundgesetz stütze, beseitigt werden. Dagegen "würdigte" Wernstedt von der SPD die unter der sozialliberalen Koalition geschlossenen "Ostverträge" und forderte deren "strikte Einhaltung". Der Vertreter der kirchlichen Friedensbewegung gar forderte wie von Weizsäcker "die Durchlässigkeit der Grenzen in Europa". Zu Recht griffen zahlreiche Teilnehmer die Positionen der SPD an und richteten ihre Kritik gegen jegliche "europäische Neuordnungen". Ein Mangel war die geringe Kritik an den Positionen des Vertreters der kirchlichen Friedensbewegung.

Erfreulich war, daß neben der DKP, VVN, SDAJ, GRÜNEN, GABL, BWK, Volksfront, DFU, DFG-VK, Jusos, Stadtschülerrat, Naturfreundejugend sowie einzelnen Sozialdemokraten, die den Aufruf unterstützten, weitere Organisationen der revolutionären Sozialisten sich an Aktionen gegen das Schlesiertreffen beteiligten. Der KB hat die



Aktionen unterstützt. Die MLPD hat in ihren örtlichen Publikationen den Aufruf unterstützt und sich mit dem Bezirk an der Demonstration beteiligt. Die MG verteilte an der Universität Flugblätter und warf diese in Stadtteilen in die Briefkästen und griff auf den Veranstaltungen ein, beteiligte sich aber nicht an den Aktionen. Die KPD nahm an der Demonstration teil. Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD verteilte ein Flugblatt "Schlesien bleibt polnisch".

Erfreulich war ebenfalls, daß die Kundgebung auf dem Messegelände mit Bundeskanzler Kohl, die von ca. 8000 "Schlesiern" besucht wurde, darunter stark vertreten der reaktionäre "Verband der schlesischen Jugend" sowie faschistische Organisationen von der NPD bis FAP, mit der Forderung "Schlesien bleibt polnisch" für wenige Minuten konfrontiert wurde. Den Flugblattverteilern der NPD sowie der "Schlesischen Jugend" wurde am Stand vor dem Hauptbahnhof zum Empfang der "Schlesier" Propagandamaterial aus der Hand geschlagen.

Zu erwähnen ist auch, daß es in Vorbereitung der Aktionen in zahlreichen Städten zu örtlichen Aktionseinheiten und Veranstaltungen unter der Losung "Schlesien bleibt polnisch" gekommen ist. In Osnabrück sowie Braunschweig und von der KNS gab es unterstützende Beschlüsse zum Aufruf, gewerkschaftliche Untergliederungen aus ÖTV, IG Metall und GEW sprachen sich gegen die Absichten, die hinter dem Motto "40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker" stecken, aus. Aktionsbündnisse aus Göttingen, Braunschweig und Lüneburg mobilisierten zur Demonstration nach Hannover. – (bee/gec)



Wohneigentum

(I) Zusammenhang von Einkommenshöhe und Wohneigentum Des einen Last – des anderen Freud

In den drei nun folgenden Projekten wollen wir untersuchen, inwieweit es der Kapitalistenklasse gelungen ist, nach der Spaltung im Betrieb die Lohnabhängigen auch im Hinblick auf das Wohnen als eine der wichtigsten Reproduktionsbedingungen weiter aufzuspalten und wie es ihnen gelingen konnte, die Wohneigentumquote in den letzten Jahren von 34% (Anfang der 70er Jahre) auf 42% (1983) hochzudrücken. Welche materiellen Gründen liegen der Wohneigentumsideologie zugrunde?

Als erstes Ergebnis der Untersuchungen muß festgestellt werden, daß durch den Besitz von Wohneigentum die sozialen Gegensätze nicht aufgehoben werden. Wie aus den Schaubil-

dern ablesbar, steigt die Qualität der Ausstattung und die Wohnfläche mit dem Einkommen – egal ob Mieter oder Eigentümer – sehr deutlich, während die Miet- bzw. Zinsbelastung relativ mit dem steigenden Einkommen fällt. Entsprechend ist auch der Einheitswert des Wohneigentums (d.h. der Wert, den das Finanzamt unterstellt) in den oberen Einkommensgruppen durchschnittlich um das Fünffache höher als in den unteren Einkommensgruppen.

Interessant ist, daß in den untersten Einkommen die Ausstattung mit Bad, Heizung und WC bei dem Wohneigentum noch schlechter ist als in Mietwohnungen. Im Durchschnitt allerdings sind die Eigentümerwohnungen

größer und besser ausgestattet als Mietwohnungen. Zusätzlich wird noch der Garten am Haus bei den meisten Eigentümern dazuzurechnen sein, dem bei den Mietern häufig nichts oder wenig an sog. Gemeinschaftsflächen gegenübersteht.

Hinter den Durchschnittswerten verbergen sich allerdings außerordentlich große Streuungen im Hinblick auf die Wohnqualität und die Wohnkosten. Während bei den Mietwohnungen Qualität und Miethöhe trotz großer Unterschiede voneinander abhängen, geht der Zusammenhang zwischen Wohnqualität und Kosten beim Wohneigentum völlig verloren:

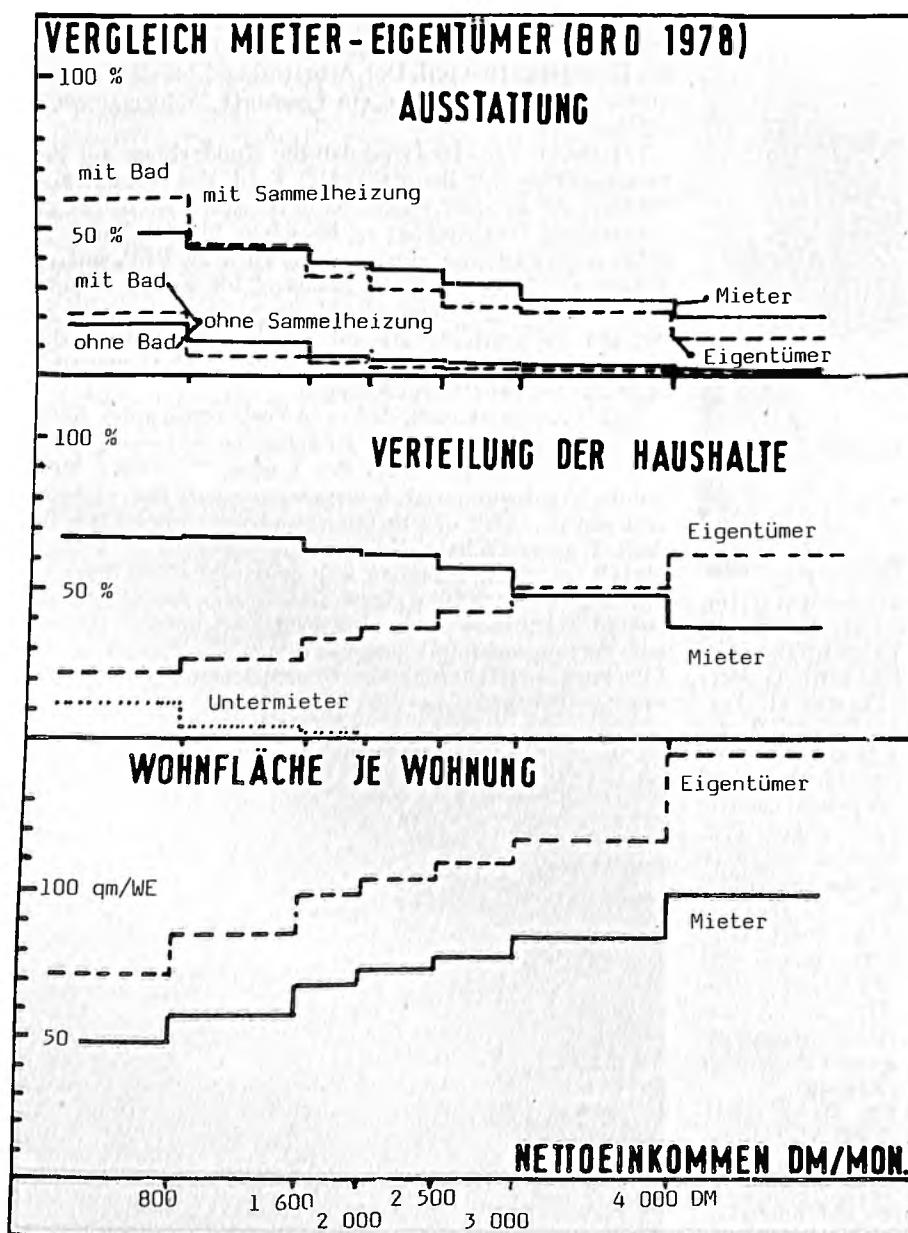
– Den belastungsfreien Eigentümern stehen Käufer oder Bauherren von Wohneigentum gegenüber, die kurz nach dem Erwerb durchschnittlich 30% ihres Nettoeinkommens zur Finanzierung ihrer Wohnung aufbringen (1).

– Dem lachenden Erben von schuldenfreiem Eigentum steht der Arbeiter gegenüber, der nach der Schichtarbeit die Hälfte der Baukosten durch "Eigenleistung" aufbringt und dennoch nur durch die Mitarbeit der Frau (durchschnittlich für 31% aller Erwerber notwendige Voraussetzung) sich ein bescheidenes Häuschen leisten kann.

– Der Rentnerin, die unter das Dach zieht, um die Räume im Erdgeschoß zu vermieten, steht der Miethausbesitzer gegenüber, der so hohe Mieteinnahmen hat, daß der Beruf zum Hobby wird.

All diese Gegensätze verbergen sich hinter den dargestellten Durchschnittswerten. Ein Untersuchung von 1978 über den Erwerb von Ein- und Zwei-Familienhäusern ergab, daß ein Viertel das Haus durch Erbschaft oder Schenkung erhalten hatte, 23% durch Kauf, 52% hatten neu gebaut. Damit kommt der Vererbung beim Haus- und Grundbesitz eine wesentlich größere Rolle zu als bei der Geldvermögensbildung (2).

Da die Belastung durch Zins- und Tilgungszahlungen mit der Zeit in der Regel fällt, wird das Haus als Lebensversicherung und Rentenanlage verwendet. Während 1978 von den 25- bis 35jährigen Hauseigentümern nur 20,6% keine Zinsen und Tilgungen zahlten, waren es bei den über 65jährigen 63,3%. Von den belasteten Haushalten hatten die 25- bis 35jährigen durchschnittlich 81000 DM Restschuld pro Haushalt, die über 65jährigen aber nur 27000 DM. Die durchschnittliche Gesamtbelastung aus Zinsen, Tilgung und Unterhaltungskosten betrugten bei den 25- bis 35jährigen



gen etwa 800 DM/Monat, bei den über 65jährigen 400 DM/Monat.

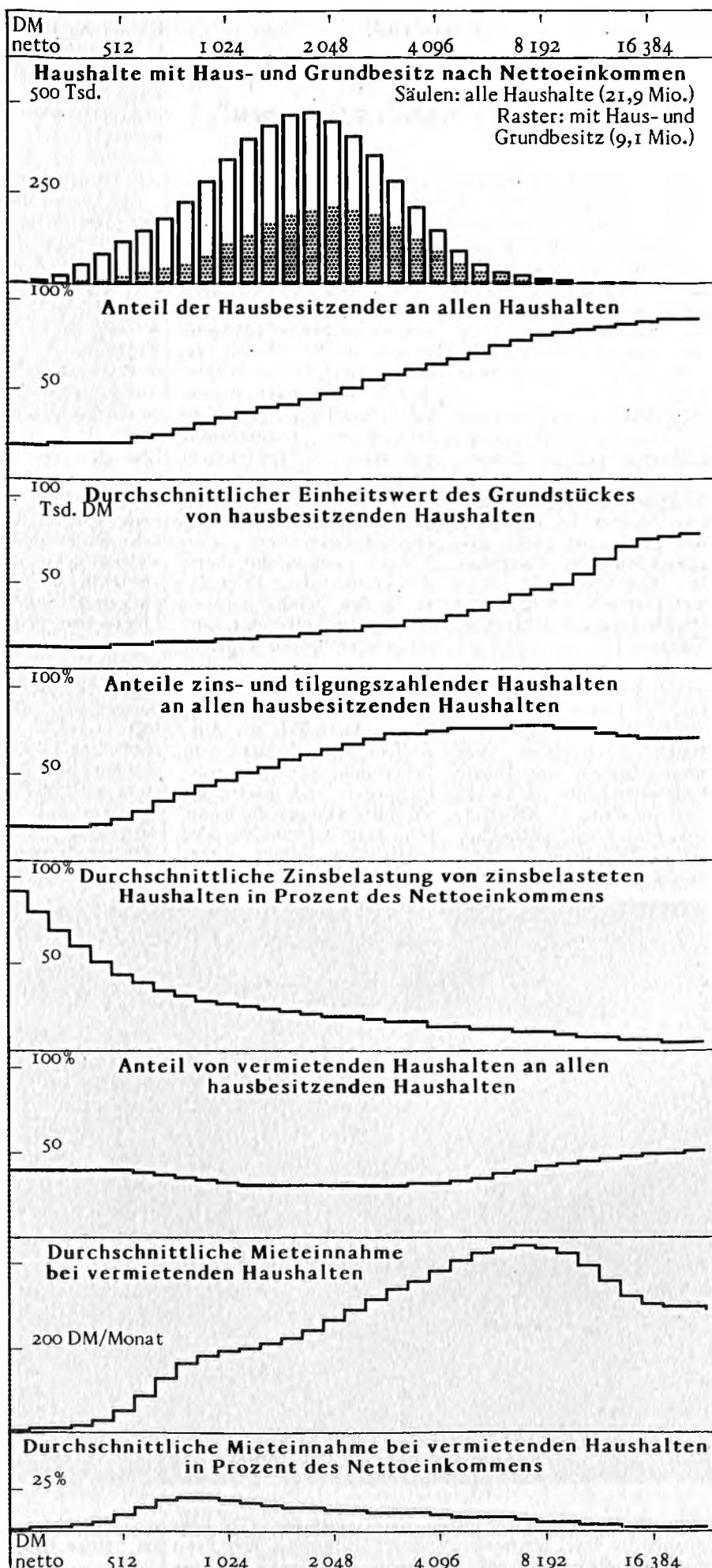
Nur aufgrund der Tatsache, daß mit der Zeit, d.h. mit steigendem Alter, die Belastung, aber auch das Familieneinkommen sinkt, ist es erklärlich, warum es überhaupt soviel Wohneigentum bis hinein in die untersten Einkommensgruppen gibt. Daher sinkt mit fallendem Einkommen auch der Anteil der zins- und tilgungszahlenden Haushalte.

Die den Schaubildern zugrundeliegende Stichprobe von 1978 erfaßte nur Haushalte mit weniger als 20000 DM Haushaltsnettoeinkommen im Monat, somit fehlen die größten Vermieter. 80- bis 90% der untersuchten Haushalte haben nur eine Wohnung vermietet. Bezogen auf das Nettoeinkommen spielt die Vermietung durchschnittlich nur eine geringe Rolle oder anders: Nur ein geringer Prozentsatz der Haushalte, die vermieten, bezieht das hauptsächliche Einkommen aus Vermietung, Mieteinnahmen sind meist Nebeneinkünfte. Für hausbesitzende Rentnerhaushalte mit niedrigem Einkommen allerdings wächst die Bedeutung der Vermietung, auch wenn die Mieteinnahmen niedrig sind.

Wenn die Eigentumsquote in den letzten Jahren stark gestiegen ist, obwohl der Anteil der Mietwohnungen an allen Neubauten wieder leicht angestiegen ist, so liegt das daran, daß verstärkt Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden. Die Gebrauchtkäufe sind daher von ca. 20% Anfang der 70er auf 40% aller Käufe gestiegen. Der Anstieg der Gebrauchtkäufe drückte aus, daß verstärkt durchschnittliche, teilweise sogar unterdurchschnittliche Einkommen Eigentum mit geringer Größe und niedrigem Standard erworben haben. (1)

Außerdem ist es wahrscheinlich, daß die Erbschaften sich erhöht haben. Da gleichzeitig die realen Hypothekenzinsen auf relativ hohem Niveau liegen, während die Einkommen real gesunken sind, kommt es zu einer Polarisierung. Einerseits steigt die Zahl der Zwangsversteigerungen als Folge der erhöhten Belastung der Käufer der letzten Jahre. Andererseits kann dennoch die Zahl der Eigentümer wachsen, die nur noch einer geringen Belastung unterliegen und die die Lohnsenkungen mit einer gewissen Gelassenheit beobachten können. Einerseits die "Versager", andererseits die "Tüchtigen" — die Reaktionäre finden einen guten Boden vor für ihre giftige Saat.

(1) Bundesbauminister, Die Eigentumsbildung im Wohnungsbau, Heft 07.014, 1983; (2) Wirtschaft und Statistik 6/81; weiterer Quellenhinweis: Der Wohnungsbau 1983-84, Bundesbaublatt 4/85; Das Wohnen in der BRD, Stat. Bundesamt, Aug. 1981; Wirtschaft und Statistik 5/1984 — (jeb, alk, maf)



Ausstellung "Junges Rheinland"

"Jeder war grundverschieden, aber sie hatten sich alle gern"

Ein richtiges Original aus dem Altstadt-Milljöh tut dem Altstadt-Tourismus gut, dieser der Altstadt-Gastronomie, diese wiederum den Brauereien ..., kurz, solch ein legendäres Original (wenn's sich machen läßt, noch ein bißchen verweflich, mindestens etwas lockerer in den Sitten) tut uns allen gut! So jedenfalls scheinen es die Vermarktbungsstrategen der Düsseldorfer Altstadt zu sehen. Ihr "Original" ist die Bäckersfrau "Mutter" Ey, die in ihrem Laden mit Kaffeeauschank nahe der Düsseldorfer Kunstabakademie nach dem ersten Weltkrieg einen Haufen junger, bettelarmer, unbekannter, aufmüpfiger Künstler "bemutterte". Und welch' Wunder: Sie, die einfache Frau aus dem Volke, die nichts von Kunst verstand, deren Herz aber sprach, hatte in ihrer Runde einige der heute bekanntesten deutschen Künstler: Dix, Max Ernst, Otto Pankok ... Es scheint das rheinische Gemüt zu sein, das

das Genialische erspürt, aber dennoch einfach und warmherzig bleibt.

Ausstellung und Katalog über die Künstlergruppe "Das junge Rheinland" räumen wohltuend sorgfältig mit der spießigen Legendenbildung um die "Mutter" Ey auf. Es werden die Widersprüche der jungen rheinischen Künstler zu einer "zu seelenlosem Formalismus erstarnten bürgerlichen Tradition" dokumentiert, deren verhaßter Ausdruck z.B. die Düsseldorfer Kunstabakademie war. Diese jungen Künstler, aufgewühlt durch ihre grauenhaften Erlebnisse in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs, eingenommen für die Republik und ein sozialistisches Deutschland, stritten erbittert gegen die provinzielle Cliquenwirtschaft bei Ausstellungen, Kunstkäufen, Lehrstuhlbesetzungen usw. Unzensiert und international sollte dagegen die Kunst sein, keinen formalen oder inhaltlichen Regeln unterworfen. "Auf die Wahrheit

kommt es an, und Malerei kommt dann ganz von selbst. Nach diesem blufflosen Ausdruck der Wahrheit muß gesucht werden, nach dieser Idee, sie ist Fundament und Baumaterial", schrieb Otto Pankok 1922.

Die Gruppe um Frau Ey gab gemeinsam die Zeitung "Das Ey" heraus. Der gegenseitige Einfluß steigerte die Produktivität etlicher Künstler, was etwa an den Werken von Otto Dix, Gert Wollheim und Otto Pankok deutlich feststellbar ist. Andererseits war die Arbeitsweise der Künstler jedoch sehr individualistisch. Über das von Otto Pankok oben zitierte Ziel hinaus gab es keine inhaltliche und formale Programmatik. Pankoks Witwe drückte dieses widersprüchliche Gruppenverhältnis in fast wie Witzklingender Einfachheit aus: "Jeder war grundverschieden, aber sie hatten sich alle gern." Das Scheitern des Gruppenkonzeptes war in diesem Widerspruch angelegt: Das "Junge Rheinland", im selben Jahr gegründet wie der "Aktivistenbund 1919" (Arntz: "Alles, was links war", kam darin zusammen) kämpften gemeinsam gegen das reaktionäre Kulturmonopol der

Stadt Düsseldorf, das die Ausstellung ihrer Werke ver- und behinderte. Die Schaufenster in Frau Eys Räumen waren für viele aus beiden Künstlergruppen die einzige Möglichkeit, ihre Werke öffentlich zu zeigen. Aber die gruppeninternen Unterschiede führten bereits 1923 zu einer Abspaltung der Gruppe "Rheinland" vom "Jungen Rheinland". Mit dem Weggang von Künstlerpersönlichkeiten wie Dix und Wollheim 1925 und Max Ernst wurde die überregionale Ausstrahlung der Gruppe weiter geschwächt. Mit öffentlichen Aufträgen an die bekanntgewordenen Künstler der Gruppe und Ausstellungsmöglichkeiten erübrigte sich die Schutzfunktion der "freien Künstlerassoziationen" gegenüber dem städtisch/staatlichen Kulturmonopol und den Galeristen. Außerdem änderte die Akademie ihre Berufungspolitik: Moderne Künstler wie Klee und Mataré wurden Professoren.

Das gewaltsame Ende des "Jungen Rheinland" schafften jedoch erst die Nazis durch Verhaftung, Folter, Isolation, Arbeits- und Ausstellungsverbot, Ermordung und Emigration.



Arthur Kaufmann, Zeitgenossen, 1925; vorn sitzend von links nach rechts: Gert Wollheim, Johanna Ey, Karl Schwesig, Adalbert Trillhaase; über Frau Ey: Arthur Kaufmann; über Schwesig: Otto Dix. Öl auf Leinwand



Conrad Felixmüller, Bedrücktsein im Atelier, 1917, Holzschnitt



Otto Pankok, Gert Wollheim, 1919, Holzschnitt



Otto Dix, aus dem Zyklus "Der Krieg", 1924, Tote vor der Stellung bei Tahure, Radierung



Adolf Uzarski, Deutsche Familie, 1932, Aquarell



Gert Wollheim, Im Schützengraben, 1918, Öl
Quellenhinweis: Katalog der Ausstellung "Am Anfang: Das Junge Rheinland", Städtische Kunsthalle Düsseldorf, 42 DM – (güv)

Waffen-SS

Keine "normale" Truppe, sondern faschistische Terrororganisation

Mit der Ehrung von Angehörigen der Waffen-SS, die auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg begraben sind, durch Bundeskanzler Kohl und den US-Präsidenten Reagan hat die westdeutsche und die internationale Reaktion die politische Rehabilitierung der Waffen-SS eingeleitet. Verbreitet wurden und werden Behauptungen, die die angebliche Harmlosigkeit der faschistischen Terrororganisation beweisen sollen. "Es waren ab 1943 meist nur zum Dienst Gepréßte", verbreitete z.B. das "Straubinger Tagblatt", die "Frankfurter Allgemeine" behandelte die Waffen-SS als "Truppen"teil, die "Neue Osnabrücker Zeitung" sprach von "Soldatengräbern" und schloß die Angehörigen der Waffen-SS ein. Seit 1950 ist vom Bundestag und Bundessozialgericht die Tätigkeit in der Waffen-SS als Kriegstruppe versorgungsrechtlich der Zugehörigkeit zur Wehrmacht gleichgestellt. Die Waffen-SS soll ein "vierter Truppen teil" der faschistischen Armee ohne besondere Aufgaben gewesen sein, ihre Angehörigen Soldaten wie Millionen andere auch. Dagegen sprechen sowohl die Organisation der Truppe als auch die festgestellten Verbrechen, für die sie verantwortlich und an denen sie beteiligt war.

Die Bezeichnung Waffen-SS für Teile der NSDAP-Gliederung SS wird seit November 1939 für die zu einer Streitmacht zusammengeschlossenen SS-Junkerschulen, SS-Totenkopfverbände und SS-Verfügungstruppen verwendet. Die Junkerschulen waren die Ausbildungsstätten für die SS-Offiziere. Die Totenkopfverbände waren seit 1933 mit der Leitung und Bewachung der Konzentrationslager beauftragt, sie umfaßten 1938 etwa 10000 Mann. Die Verfügungstruppe bestand zu Beginn der Aggression gegen Polen aus etwa 90000 Mann, sie war als faschistische Elite-Truppe zur Teilnahme an allen Eroberungszügen vorgesehen, um während und nach der Eroberung neuer Gebiete ihre "Germanisierung" sicherzustellen, also die vollständige Unterwerfung der Bevölkerung durch Terror und Vernichtung zu erreichen. Wer sich auf mindestens zwölf Jahre freiwillig in die Verfügungstruppe bzw. die Totenkopfverbände verpflichtete, war von der Wehrpflicht in der Armee befreit. Mit dem Oberkommando der Wehrmacht war vereinbart, daß die Waffen-SS im Staatsgebiet Deutschland nur Freiwillige aufnehmen durfte.

Aus den Protokollen der Nürnberger Prozesse geht hervor, daß die Waffen-SS bis zum Kriegsende ungefähr eine Million Angehörige, einschließlich der im Krieg gestorbenen, gehabt hat. Davon waren über die Hälfte Freiwillige, etwa 550000. 380000 sind zum Dienst in der Waffen-SS verpflichtet worden. Zwei Drittel der Verpflichteten waren sogenannte "Volksdeutsche" aus den ab 1938 von den Faschisten besetzten Gebieten, die nicht zur Wehrmacht eingezogen werden konnten. Etwa 100000 "Reichsdeutsche" sind in die Waffen-SS dienstverpflichtet worden, 80000, der größte Teil, im letzten Kriegsjahr, als die SS das Oberkommando über die Wehrersatzdienststellen übernommen hatte. Im Verlaufe des Krieges hatte die Waffen-SS vor allem ihr geeignet erscheinende Soldaten und Ärzte aus der Wehrmacht und Polizisten verpflichtet, die anders nicht von ihren Dienstherren freigegeben worden wären. Höchstens ein Zehntel der als deutsche Staatsangehörige in der Waffen-SS Tätigen kann also als nichtverantwortlich für den Terror der Waffen-SS angesehen werden. Der größte Teil der ausländischen Verpflichteten und Freiwilligen ist entweder schnell desertiert oder hat den menschenverachtenden Terror der Waffen-SS unterstützt.

Bei Kriegsende waren 35000 Waffen-SS-Mitglieder als Wachmannschaften in Konzentrationslagern tätig. Die Wachmannschaften sind mehrmals ausgetauscht worden, so daß nach Schätzungen des sowjetischen Anklägers im Nürnberger Prozess mindestens 100000 Waffen-SSler dort

gewirkt haben. Sie sind im Anschluß daran in SS-Truppen an der Front oder in besetzten Gebiete eingesetzt worden. Über die als sogenannte "normale" Truppe mordende Waffen-SS geht aus den Akten der Nürnberger Prozesse hervor: Nur gegen die SS-Divisionen "Handschar" und "Skanderberg", die aus kroatischen und albanischen Freiwilligen bestanden und bereits während der Ausbildung gemeutert hatten, lagen keine Anklagepunkte wegen Verbrechen gegen das Kriegsvölkerrecht vor. Gegen alle anderen 24 Divisionen der Waffen-SS bzw. einzelne Abteilungen der Divisionen ist von den überfallenen Staaten Anklage bei den Vereinten Nationen erhoben worden wegen: Geiselerschießungen, Massenmorden an der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten, Gefangenenerschießung, Beteiligung am Völkermord durch Ausrottung jüdischer und slawischer Bevölkerungsgruppen.

Quellenhinweis: Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. V, XX, XXI, Nachdruck 1984; VVN-BdA, Landesverband Bayern, Wie die Waffen-SS wirklich war, März 1985 – (uld)

Antisemitismus

Wer vom Faschismus verfolgt wurde, kann nicht "deutsch" sein

Gegen alle Mahnungen von jüdischen Organisationen setzte Bundeskanzler Kohl durch, daß die Ehrung der SS-Gräber in Bitburg Teil des Besuchsprogramms für Reagan wurde. Anlaß zu Befürchtungen für die Zukunft, daß "Versöhnung" auf Kosten der Opfer des deutschen Faschismus betrieben werden soll, geben darüber hinaus die rassistischen Anschauungen, die bei solchen Anlässen Eingang in die Reden von Vertretern der Regierung finden.

Die sprachliche und ideologische Verhaltensregel, die die Bundesregierung für ihre offiziellen Redner vor und am 8. Mai zur Beurteilung der Verbrechen an den Juden aufgestellt hat, ist, daß es welche gibt, die nicht verstehen und nicht vergeben können. Ergebnis ist der Standpunkt, daß mit der These von der Kollektivschuld einschließlich ihrer Entschärfung in der Form der Kollektivscham, geprägt durch den ersten Bundespräsidenten Heuss, Schluß sein muß. Direktes Ziel ist die Reinwaschung aller Beteiligten und Schuldigen an den Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre Aufnahme ins Walhalla der deutschen Geschichte.

Zunächst wird der Vorwurf, daß einige Juden nicht verstehen und nicht vergessen können, kaschiert durch den Aufruf, daß man nicht vergessen darf, scheinbar in Würdigung von Tugenden des jüdischen Volkes. Bundespräsident von Weizsäcker spricht in seiner Rede in der Feierstunde des Deutschen Bundestages am 8. Mai: "Das Vergessen wollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung. Diese oft zitierte jüdische Weisheit will wohl besagen, daß der Glaube an Gott ein Glaube an sein Wirken in der Geschichte ist." Weizsäcker benutzt diese Aussage, um festzustellen, daß die Geschichte der Deutschen durchgehalten werden muß. "Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg."

Den Sinn solcher Ausführungen erläutert Alois Mertes, inzwischen verstorbener Staatsminister im Auswärtigen Amt, in einem Interview mit der Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung: "Ich würde es für sehr gefährlich halten, wenn die ganze Wiedererinnerung an den Holocaust, so wie sie etwa Eli Wiesel betreibt, losgelöst würde von den 40 Jahren, die danach gekommen sind. Das war ein Triumph des Humanismus, das war ein Triumph der Demokratie. Und wenn man nur jetzt, eingekapselt, isoliert, den drei-, vierjährigen Holocaustvorgang oder die zwölf Jahre herauslöst von der Konsequenz, die wir gezogen haben, dann

müßte ich allerdings sagen, dann wäre das eine profunde Ungerechtigkeit ... Wenn aber das Verstehen gegenüber der deutschen Seite nicht da ist, dann treten auf dieser Seite wieder Verhärtungen ein. Und Verhärtungen führen nie zu etwas Gute."

Mit dieser Drohung der "deutschen Seite" gegenüber der jüdischen konstatiert Mertes, daß die Juden selber schuld sind, wenn sie erneute Verfolgung – "Verhärtung" – auf sich ziehen, wenn sie nicht der christlich verbrämtenden Auffassung der westdeutschen Reaktion folgen, daß alles Böse sein Gutes hat und daß das Gute organisch aus dem Verbrechen keimt.

Jüdische Organisationen haben anlässlich des 8. Mai dazu aufgerufen, nie zu vergessen. Sie haben sich aber nicht darauf beschränkt. Vielmehr haben sie Kritik geübt an der Politik der Bundesregierung und ihrer Vorgänger, soweit sie direkt die Kräfte fördert, die die nationalsozialistischen Verbrechen zu verantworten haben. Diese Kritik hat die Bundesregierung jedoch unterdrückt. In einer Pressemitteilung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin vom 31.5. 1985 heißt es: "Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat mit Schärfe den Vergleich der staatlich organisierten Judenvernichtung mit der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten zurückgewiesen ... Der Vorsitzende ... vertrat die Ansicht, daß die im "Schlesier" vertretene Position jener Aufrechnungsmentalität entspricht, die mit dem 21. Strafrechtsänderungsgesetz (Auschwitz-Lüge) juristisch abgestützt worden sei. Nicht allein aus Gründen der historischen Aufrichtigkeit müsse die Einmaligkeit des Holocaust stets betont werden." Auf einer Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft kritisierte Galinski die Gestaltung der Gedenkfeiern zum 8. Mai 1985, "bei denen Täter und Opfer in unzulässiger Weise vermengt würden". Auf seine Protestschreiben gegen das SS-Treffen in Nesselwang antwortete ihm Innenminister Zimmermann: "Für eine Einschränkung grundgesetzlich garantierter Rechte oder für Strafverfolgungsmaßnahmen, d.h. ein 'Einschreiten des Staates', wie Sie schreiben, ist es allerdings – im Unterschied zu den Verhältnissen unter der NS-Diktatur oder anderen totalitären Staaten – nach rechtsstaatlichen Grundsätzen unerlässlich, daß die vom Gesetz geforderten Voraussetzungen für derartige Maßnahmen vorliegen und gerichtsverwertbar vorliegen. Deshalb erstaunen mich Ihre Ausführungen in diesem Zusammenhang ..." Die infame Unterstellung, Galinski sei eigentlich derjenige, der nach der Anwendung von Methoden des NS-Staates verlange, ist begleitet von der Verhöhnung, er, Zimmermann, sei nicht zuständig für ein Verbot des Treffens, im übrigen sehe er aber keinen Anlaß, sich "von der bayerischen Entscheidung zu distanzieren".

Mit einer Erklärung vom 3. Mai teilte der Zentralrat der Juden in Deutschland mit, daß es trotz vielfacher Interventionen nicht gelungen sei, "den amerikanischen Präsidenten und den deutschen Bundeskanzler von dem Besuch der SS-Gräber in Bitburg abzuhalten ... Der Zentralrat der



Professor Elie Wiesel, Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, forderte Reagan im Fernsehen auf, Bitburg nicht zu besuchen.

Juden in Deutschland hat in seiner heutigen Sondersitzung beschlossen, den amerikanischen Präsidenten und den deutschen Bundeskanzler bei ihrem Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen nicht zu begleiten." Auch die Organisationen der Sinti und Roma blieben der Veranstaltung fern.

Kohls Rede in Bergen-Belsen am 5. Mai war ausschließlich an Reagan gerichtet. Er nutzte die wenigen Minuten, um zwei Punkte zur ideologischen Aufrüstung der Deutschen unterzubringen. "Bei der Gedenkstunde vor zwei Wochen... habe ich mich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu unserer Verantwortung als Deutsche vor der Geschichte bekannt." Wichtig war ihm dann noch die Hervorhebung des Kriegspaktes NATO: "Mit unseren Freunden stehen Amerikaner und Deutsche in der Wertegemeinschaft unserer Völker, in der gemeinsamen Allianz zur Verteidigung dieser Wertegemeinschaft." Wer diese Werte nicht teilt, gehört nicht zu den Freunden.

Die Erläuterung des Inhalts dieser Werte blieb wiederum Mertes vorbehalten, der sich am 2.5. in seiner Rede vor dem American Jewish Committee in New York darüber ausließ, daß "wir Deutschen" auch "all des Großen und Guten gedenken müssen, das unser Volk der Menschheit gegeben hat". Zu dem Großen und Guten gehört das Eintreten für den Sieg des faschistischen Deutschland im Weltkrieg. "Wir wollen die Ruchlosigkeit der nationalsozialistischen Diktatur nicht vergessen. Das gilt vor allem für den Genozid am jüdischen Volk, der sogar außerhalb der Siegesratio des Krieges stand, vielmehr ausschließlich verbrecherischer Vernichtungswille war." Mertes trennt die Vernichtung der Juden von der sonstigen Herrschaft des Nationalsozialismus als etwas nicht Notwendiges. Übrig bleibt der Wille, den imperialistischen Krieg mit allen Mitteln zu gewinnen. Diesem Ziel gedient zu haben, bleibt in den Augen von Mertes aller Ehren wert und gehört zur deutschen Geschichte. "Das sage ich als jemand, der damals in gutem Glauben seinem Land gedient hat und der jede kollektive Anklage gegen Deutschland zurückweist, weil sie weder mit den historischen Tatsachen noch mit der biblischen Ethik vereinbar ist." Die Deutschen, die den Holocaust verübt hätten, "mißbrauchten dabei den Namen des deutschen Volkes". Sogleich folgt die Liste der vorbildlichen Deutschen, gegen die niemand Vorwürfe erheben darf. "Wehrmachtsoffiziere wie Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß und Walter Scheel haben wie die überwältigende Mehrheit der deutschen Soldaten... guten Glaubens ihrem Land... gedient." In seinem Interview scheute Mertes sich nicht, diesen Gedanken weiterzuverfolgen, indem er erklärte, jeder Soldat, der im Krieg gefallen sei, sei "innerhalb der Siegesratio des Krieges gefallen oder umgekommen". Dazu zählt Mertes auch die toten SS-Leute. Aber Mertes bleibt dabei nicht stehen. Er leitet aus der Feststellung der guten Deutschen, die für die imperialistischen Kriegsziele eintraten, die Unterscheidung der Juden in ihren Auffassungen her. Aus der Tatsache, daß sie "brutal, regelrecht gemordet worden" sind, also nicht die Gelegenheit hatten, sich im Rahmen der "Siegesratio" zur Ehre des Landes zu betätigen, leitet er direkt antisemitische Schlüsse ab. Er findet neuartige Gründe für die Andersartigkeit der Juden, weil sie nicht auf der "normalen deutschen Seite" gestanden hätten. "Die Deutschen, auch diejenigen, die innerlich gegen das nationalsozialistische Deutschland waren, ob nun aus politischen oder religiösen Gründen, haben einen völlig anderen Erfahrungshintergrund. Es ist der, mit mehr oder weniger gutem Gewissen, daß man eben 1933 bis 1938/39 doch sehr stark wegen der innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers bejahend zu diesem Regime gestanden hat... Wer nicht in der Normalität des deutschen Lebens gestanden hat, ... kann nur sehr schwer verstehen, wie die Empfindungslage auf dieser, jetzt sage ich einmal vereinfacht: der normalen deutschen Seite gestanden hat." Hier rückt er mit der Sprache heraus, was der tiefere Grund sein soll, warum es den Juden auch heute an Verständnis mangeln muß. Da sie verfolgt waren, waren sie nicht "normal". Da



Ausstellung in Bonn über die Lage von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Faschismus unter dem Motto: "Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung"

ihre Erfahrungen mit dem Nazi-Regime von vornherein nicht "normal" waren, sind sie von den Empfindungen solcher Deutschen, die ihre Weltherrschaft, ersiegt mit Hilfe des Faschismus, für möglich hielten und dafür waren, durch einen "Graben" getrennt. Mag man nebenbei festhalten, daß Mertes großen Teilen der Leute, die sich nach der Niederschlagung des Faschismus auf ihre "innere Emigration" beriefen, ihren Platz als Unterstützer des Faschismus anweist, so ist die Hauptsache doch seine Leistung, die Begründung für neuen Antisemitismus aus der Verfolgung der Juden selbst herzuleiten.

Was die Vertreter der Regierung hier als Richtlinie für ihren Anhang ausgegeben haben, ist verstanden worden. Die Absicht ist von zügellos bürgerlichen Blättern ausgeführt worden. Die Illustrierte "Quick" veröffentlichte einen Artikel über den Besuch Reagans, den sie auf der Titelseite unter der Überschrift "Die Macht der Juden" ankündigte. Im Artikel ist enthalten Hetze gegen die Juden durch Aufbereiten von Vorurteilen, die bereits die Faschisten erfunden und benutzt hatten, um die Judenverfolgung vorzubereiten. Ohne Nennung von Quellen wird da ausgebreitet, "wie eine sagenhafte jüdische Supermacht den Kurs Washingtons und seines Präsidenten beeinflußt". "Noch nicht einmal drei Prozent Bevölkerungsanteil – und dennoch hielte sich auch (!) in den USA hartnäckig die Behauptung: Juden sind Krämerseeelen, Juden sind Händler. Juden beherrschen die Wall Street, das Kapital." Zwar stimme das mit dem Kapital nicht so ganz, weil die Kapitalisten in den USA schon selber dafür sorgten, daß die Juden in ihren Reihen nichts zu suchen hätten, jedoch hätten die Juden Tausende von Organisationen. "Dieser Druck wird noch unterstützt durch die Meinungsherrschaft der großen Medien – alle drei großen kommerziellen Fernsehgesellschaften ... werden von jüdischen Vorstandsmitgliedern dirigiert. Auch manche Zeitungen, wie die New York Post, stehen unter jüdischem Einfluß." Nach der Feststellung, daß also doch etwas dahinter steckt, folgt sogleich die Geschichtsfälschung, gedeckt zweifellos durch das Strafrechtsänderungsgesetz, das, wie von jüdischen Organisationen kritisiert wird, für die Verbreitung der "Auschwitz-Lüge" bloß den Straftatbestand der Beleidigung bereithält. Spekulierend auf die dem Leser gerade vorgemachte Behauptung, daß sich in den Medien Juden als Lobby betätigen kraft ihrer Macht, demnach verbreiten können, was ihnen paßt, liegt Quick: "40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben Deutsche noch immer keine klare Haltung zwischen Scham und zeitgeschichtlichem Entsetzen in Erinnerung an den Holocaust der Nazis gefunden. Vier Millionen ermordete Juden – jüdische Quellen sprechen von sechs – sowie echte und geheuchelte Schuldgefühle belasten jede Diskussion."

Quellenhinweis: Quick 18/85 vom 2.4. 1985; Allgemeine jüdische Wochenzeitung vom 10., 24., 31.5. 1985; Bulletin der Bundesregierung vom 30.4. bis 2.5. 1985 – (anl)

Aus unserer Diskussion**Bericht über die Tagung des DK-Arbeitskreises Nationalismus**

Anmerkung der Redaktion: Kaum eine Frage wird heute im BWK breit diskutiert, die nicht in einem Ausschuß oder einem Arbeitskreis vorbereitet worden wäre. Die Arbeitskreise sind im Prinzip Interessierten zugänglich, praktisch bestehen natürlich enge Grenzen. Wenn Diskussionsergebnisse in den Arbeitskreisen mit Ansichten kollidieren, die in unserer Organisation bestehen oder im Kreis der Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, ist es geboten, die Diskussion auch in einem frühen Stadium öffentlich zugänglich und für Interessierte nachvollziehbar zu machen. Im Fall der Beurteilung der Weizsäcker-Propaganda zum 8. Mai und auf dem evangelischen Kirchentag ist solch eine Situation gegeben. Der KB schreibt im "Arbeiterkampf" 259 vom 3. Juni 1985, S. 47, über die Diskussion im Rahmen eines Seminars aus Anlaß des 8. Mai: "Einen längeren Streit gab es in diesem Zusammenhang (der Bewertung des Revanchismus – Red.) auch um die Weizsäcker-Rede vom 8. Mai, die von KBLern als integrative Beschwichtigungsrede mit Blick auf die Bündnispartner gewertet wurde, während BWKler sie vor allem als gefährliches ideologisches Gift mit revanchistischer Absicht bewerteten, dessen Wirkung es besonders herauszustellen gelte." – Im DK-Arbeitskreis Nationalismus des BWK ist man zu folgender Beurteilung gekommen.

NPD-Deutschlandtag, Schlesiertreffen, ev. Kirchentag, Weizsäcker – man beschäftigt sich mit der "Rolle der Deutschen"

Im Zusammenhang mit der Bewertung der beiden Aktionen in Stadthagen und Hannover gegen den Deutschlandtag der NPD bzw. der Schlesier sowie ihrer Verknüpfung miteinander haben wir unter top Nr. 1 viel politische Übereinstimmung unter den antirevanchistischen/antifaschistischen Kräften festgestellt: Das gilt im Großen und Ganzen für die Einschätzung der kriegsmobilisierenden Funktion des Revanchismus sowie für die Bedeutung einer Kampagne zur Anerkennung der Grenzen sowie zur Streichung der Wiedervereinigungs-Passagen aus dem Grundgesetz. Darin bestand also große Übereinstimmung.

Was bislang jedoch nur von verhältnismäßig wenigen Kräften darüber hinaus geltend gemacht wird, das ist die Deutscheuropa-Zielsetzung der BRD-Politik – also, wie es pointiert in unserer Diskussion festgestellt wurde: Wer gegen den BRD-Patriotismus/Nationalismus Front machen will, der muß Front gegen die Deutscheuropa-Politik bzw. die (west-)europäische Einigung machen! Wenngleich wir dazu eigenständige Beiträge geliefert haben bzw. liefern, haben wir selbst dennoch beträchtliche Mängel in dieser Sache zu verzeichnen. Das betrifft die Ideologie-Kritik jenes Typs von Mobilisierung für den europäischen Eingungskrieg, wie er beispielhaft an den beiden Weizsäcker-Reden zum 8. Mai bzw. zum evangelischen Kirchentag behandelt werden kann. Eine ganze Reihe von Punkten in der Abschlußkundgebungsrede Wolfgang Bittners in Hannover spiegeln unseres Erachtens Auffassungen wider, an denen diese (über den Bundespräsidenten laufende) Kriegsmobilisierung konkret ansetzen kann. (Die übrigen Bewertungen zu W. Bittners Rede sollen hier unberücksichtigt bleiben.)

Wir haben zunächst darin übereingestimmt, daß die Schlußpassage der Weizsäcker-Rede auf dem evangelischen Kirchentag die wesentliche Aufgabenbestimmung jener Kriegsmobilisierung benennt – Deutschland ist dazu

da, die europäischen Völker zu versammeln (d.h. zu vereinigen). Wir haben diese Schlußpassage dann genauer diskutiert – sie hat folgenden Wortlaut:

"Der französische Dichter Paul Claudel schrieb nach dem Ende des zweiten Weltkrieges über uns Deutsche: 'Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern um sie zu versammeln. Seine Rolle ist es: Übereinstimmung schaffen – all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können.' Daß sie aufeinander angewiesen sind. Das ist ein großer, ein zuversichtlicher Auftrag für uns ... Der Weg in die Zukunft liegt nicht fest ... Es liegt an uns, auf seine Richtung einzuwirken. Der Mensch ist frei. Es ist unsere Sache, dem Begriff 'deutsch' einen Inhalt zu geben, mit dem wir selbst und mit dem die Welt gern und in Freiden leben können."

Also, mit anderen Worten, Deutsch-sein heißt Europäisch-sein; das drückt sich ganz konkret aus in dem Vorwärtstreiben der parlamentarischen Beratung und Verabschiedung des Entwurfs der europäischen Unions-Verfassung (Europa Archiv, Jg. 1984, Bd. II, Dokumente, S. 209ff.) Wir sind im Anschluß an die Vergewisserung dieser o.a. Aufgabenstellung übergegangen zu den Teilelementen der ideologischen Mobilisierung für diesen Zweck.

In den beiden Reden gibt es jeweils eine ganz markante Feststellung:

"Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige.

Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des zweiten Weltkrieges.

Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist." (8. Mai-Rede im Bundestag)

"Geteilt sind ... nicht nur Berlin und Deutschland. Geteilt ist die Gemeinschaft der Europäer ... Das Thema der Einheit, das sich uns heute stellt, ist primär ein gesamteuropäisches. Seine Substanz sind nicht wie früher nationale Grenz- und Gebietsfragen. Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern Grenzen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen.

Es geht um Menschenwürde, um Menschenrecht ...

Einheit der Europäer heißt ... ein gemeinsamer Weg bei einem menschenwürdigen Fortschritt der Geschichte. Die deutsche Frage ist in diesem Sinne eine europäische Aufgabe.

Für ein solches Ziel in Europa mit friedlichen Mitteln zu wirken, ist vor allem Sache der Deutschen." (Rede auf dem evangelischen Kirchentag)

Man kann sagen, daß die o.a. Feststellung vom 8. Mai einen Monat später, am 8. Juni auf dem evangelischen Kirchentag, nicht nur bekräftigt und mit einer sehr präzisen Aufgabenstellung verknüpft wird; sondern man kann darüber hinaus sagen – darüber hatten wir jedenfalls Einigkeit in unserer Diskussion –, daß der BRD-Protestantismus danach strebt, ein bestimgender innerer Faktor der großen Politik zu werden. Das war eine Einschätzung, der wir zugestimmt haben und die wir im Hinblick auf die hier zur Rede stehende Ideologie und ihre Subjekte – also evangelische Religion und protestantische Gläubige – konkreter diskutiert haben.

"Die Erde ist des Herrn" – von Interessen zu Werten, von Werten zum Kultus

In seiner Schrift "Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie" kritisiert Engels denselben Feuerbach unter anderem mit der (im zweiten Satz ironisch-po-

lemischen) folgenden Feststellung: "Religion kommt her von religare und heißt ursprünglich Verbindung. Also ist jede Verbindung zweier Menschen eine Religion ..." (Das Zitat findet sich ziemlich zu Beginn des dritten Abschnitts der o.a. Schrift. Am Ende dieses dritten Abschnitts findet sich darüber hinaus – was auch nützlich ist für unsere Überlegungen – die Benennung des Kerns der Feuerbachschen neuen Religion: "der Kultus des abstrakten Menschen"!)

In Bezug auf diesen Typus ideologischer Mobilisierung, welche der derzeitige Bundespräsident so außerordentlich erfolgreich betreibt, ist in unserer Diskussion das Ziel derselben als "Kriegsziel: Versöhnung" bezeichnet worden. Die Verankerung, genauer: die massenhafte Verankerung, dieses Ziels als tätige innere und äußere Bereitschaft kann offensichtlich an dem spezifischen Selbstverständnis der auf dem evangelischen Kirchentag versammelten Leute positiv anknüpfen. Es sind offenkundig Leute, die sich selbst wie auch andere in erster Linie als "Menschen" schlechthin begreifen.

Wir haben rekapituliert, was als die beiden Hauptmotive für das Hinkommen zum Kirchentag öffentlich hervorgehoben bzw. überdeutlich geworden ist: Die einen trieb die Liebe zum Frieden, die anderen die Liebe zur Natur/Umwelt, und die meisten trieb beides dorthin. Wir haben außerdem rekapituliert, daß beides in der neuen Mittelklasse seit geraumer Zeit in der Dimension der Apokalypse – das heißt der "Vernichtung von Leben" – als atomare bzw. ökologische Katastrophe am kochen ist und daß in diesem Zusammenhang bereits vor zwei Jahren die Bonner Tageszeitung "Die Welt" einen Teil der Linken (genauer: Brandt/Ammon und ihr Umfeld in der Westberliner AL) zum endgültig gelungenen "Übergang vom sozialen Denken zum Volksdenken" beglückwünschen konnte. Mit anderen Worten: Bei diesen Leuten war seit geraumer Zeit ein Nährboden für Volksgemeinschafts-Ideologie entstanden. Auf diesem Acker hat nun Weizsäcker angefangen, systematisch zu pflügen und zu säen. Warum kann man nun sagen, daß seinem Typus von Mobilisierung qualitativer Fortschritt beschieden ist? Und wie sieht dieser Fortschritt aus?

Bei diesen evangelischen Leute müssen gewisse ausreichende materielle Grundlagen vorhanden sein bzw. nach Abschluß der eigenen Berufsausbildung zumindest vom Statusverständnis her in Aussicht stehen. Jedenfalls ist die Vorstellung von mir selbst als einem abstrakten Menschen nicht voraussetzungslos, sondern wird nur zur Entfaltung kommen, wo das Leben von drängenden materiellen Sorgen befreit ist. Sodann hat unsere Diskussion außerdem ergeben, daß gewisse Streuung von Möglichkeiten zur Eigentumsbildung sowie gewisse Begünstigung bereits gebildeten Eigentums zum Patriotismus hingeneigt machen (Vaterland = Land bzw. Besitz, vom Vater geerbt und insofern Eigentum; das ist der handfeste Kern vom Patriotismus). Auf dem evangelischen Kirchentag sind nun diese Leute gekommen – nicht als Patrioten; sondern als Leute, die auf den zwei Feldern Frieden und Natur/Umwelt (v.a.) etwas machen bzw. machen wollen und die dies im Kontext der evangelischen Kirche als Menschen mit anderen Menschen machen bzw. machen wollen. Der Protestantismus ist also die Volkskirche tätiger oder zur Tätigkeit bereiten Menschen. Aber diese beiden Felder Frieden und Natur/Umwelt sind eher durch Bewahrung/Erhaltung und durch Abwehr bestimmt, als daß sie durch positive (Neu-)Gestaltung bestimmt seien. Es fehlt hier – was jeder offenkundig als Mangel spürt – der positive Zweck: der Übergang vom defensiv Bewahrenden zum offensiv Gestaltenden! Weizsäckers Typus der ideologischen Mobilisierung ist die Organisierung dieses Übergangs durch die Verbindung von Religion mit Politik – mit deutscher europäischer Neuord-

nungs- bzw. Einigungs-Politik: Kriegsziel Versöhnung. Dazu gibt es historische Vorbilder.

Weizsäcker hämmert ein – und mittlerweile verschiedene andere auch –, daß den Grenzen (in Europa) der trennende Charakter für die Menschen genommen werden muß: "Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent" (Europa), "der seinen Grenzen das Trennende nimmt"!

Engels sagt, "Religion heißt ursprünglich Verbindung". Die – in diesem Fall: protestantische – Kirche ist institutionalisierte Verbindung abstrakter Menschen "vor Gott", ihm "dient" dieser öffentliche Zusammenschluß privater Leute – "die Erde ist des Herrn"; d.h. die Erde ist nicht desjenigen, der sie bearbeitet, und von daher: Umsturz plus Bodenreform! Nein, dieser irdische Zweck ist in einem höheren Zweck aufgehoben: Der Herr bestimmt, was des Menschen ist – von dort kommt Gerechtigkeit. Das ist abwartender Idealismus, und für den europäischen Einigungskrieg braucht es tätigen Idealismus. Die in der Religion zum öffentlichen Ausdruck kommende Verbindung abstrakter Menschen muß mithin einen höheren öffentlichen Zweck verliehen bekommen, der zwischen der Verbindung abstrakter Menschen und Gott selbst tätige Vermittlung darstellt. Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre – das soll hier als Beispiel eines historischen Vorbildes für diesen Typus ideologischer Mobilisierung herangezogen werden – ist das Prinzip dieser Vermittlung folgendermaßen entwickelt worden:

Zu wenig bekannt: Vorläufer aus der Begründungszeit des deutschen Faschismus

(Aus: E. Günther Gründel, Die Sendung der jungen Generation – Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise, München 1932, S. 362 ff. Gründel zählt sich selbst zu den "Deutenden und Erneuernden im Schrifttum unserer jungen Generation" jener Zeit, neben Hitler, Rosenberg, Moeller, van den Bruck ...)

"Es ist die Sache des Abendlandes, es ist das Wohl und die Zukunft Europas, was in den nächsten Jahrzehnten im deutschen Raume geschieht! ... Die erste Vorarbeit aber, die geleistet werden muß, ehe wir an einen gesunden europäischen Neuaufbau überhaupt denken können, ist eine umfassende Bereinigung der Atmosphäre ... Frankreichs große Revolution brachte uns die Menschenrechte und – ein unterjochtes Europa. Die kommende große Umwälzung und Neugeburt des Deutschtums wird uns die Menschenpflichten bringen und die politische Sachlichkeit und neue Verantwortlichkeit ... Der Deutsche ist also der prädestinierte (vorher bestimte – der Berichterstatter) Europäer. Er ist der sachliche Mensch ... Der Deutsche ... hätte niemals die 'Menschenrechte' allein in die Welt gesetzt, ohne sie durch Menschenpflichten zu ergänzen ... Wir fassen zusammen: Die Universalität der großen Zeitprobleme und das gemeinsame Interesse der europäischen Nationen an ihrer Lösung macht ein engeres, aber freies und gleichberechtigtes Zusammengehen dieser Mächte im 20. Jahrhundert unumgänglich. Nicht minder stark wirkt die europäische Selbsterhaltung gegenüber den durch den Weltkrieg heraufbeschworenen Außenmächten in Richtung auf einen europäischen Zusammenschluß. Möglich ist diese Einigung ... nur ... unter deutscher selbstlos-sachlicher Führung ...

Ein Hauptwesenszug der universalen Seite des neuen Deutschtums ist die sachliche Beschränkung ... Wir wollen in unserer kommenden politischen, in unserer Reichs-Gestaltung nur die deutsche Nation. Diese aber wollen wir ganz.

(Der neue Begriff der Nation) – Wir unter-

scheiden zwei Seiten des Begriffs 'Nation': die äußere und die innere. Die 'Nation' in ihrem Verhältnis zu den äußeren politischen Mächten, den anderen Nationen, erfährt heute, in der Auffassung der neuen Generation, eine läuternde Wandlung im Sinne deutscher Sachlichkeit. Unser neuer Begriff der Nation ist frei von allem üblen Chauvinismus, der ... die 'patriotische' Geisteshaltung jener heillosen alten Politik war ... Dieser neue, gerechte Nationalismus hatte seine Wurzeln bereits im neuen Volkstumsbegriff der deutschen Jugendbewegung, der allem Chauvinismus wortlos war. Denn 'aus Achtung und Pflege des Volkstums wird niemals Völkerhaß geboren, sondern ein freies, offenes Nebeneinanderleben, auch wohl Herüber- und Hinüberleben der Völker' (W. Stapel, Hervorhebung durch den Berichterstatter). Erst dieser neue Begriff der Nation ermöglicht uns die reibungslose Eingliederung der ersten: der nationalen Aufgabe unserer Revolution in ihre zweite, europäisch-universale Mission.

Der zweite und eigentliche: der innere Begriff der Nation ist untrennbar verbunden mit dem ebenfalls aus den jungenbewegten Anfängen unserer Generation herstammenden, aber erst in unserem Kriegs- und Nachkriegserleben ganz ausgereiften Gedanken der sozialen Volksgemeinschaft ...

Unser neuer Nationalismus will eine organische Volksgemeinschaft. Er will dies aber nicht im Sinne einer alles Bestehende heiligenden, spießbürgerlich-arroganten, 'Ruhe und Ordnung' als 'erste Bürgerpflicht' heischenden reaktionären Staatsgewalt. Er will sie im Sinne einer bewußten, sichtbaren und kontrollierbaren Ausrichtung des gesamten öffentlichen und öffentlich sich auswirkenden Lebens und Handelns auf die Nation. Es ist der alle Volksgenossen umfassende Dienst an jener höheren Gemeinschaft, die im lebendigen Anschluß an die gesunden Quellen des Volkstums und die Tradition der Jahrhunderte eben als 'Nation' eine alle völkischen Kräfte zusammenfassende, in die Zukunftweisende Kollektivkraft zu geschichtlicher Gestaltung (Hervorhebung durch den Berichterstatter) fruchtbar macht.

Solches Leben in der und für die Nation im neuen Sinn ist Tempeldienst des politischen Menschen an einer höheren Idee..."

(Man beachte die starke Parallelität von Weizsäckers Kirchentag-Rede mit den nun folgenden Ausführungen Gründels – d. Berichterstatter)

"Der materialistisch-individualistische Mensch hatte sich auf die Horizontale seiner sinnlos-selbstischen Zwecke verirrt. Der neue Mensch tastet sich zurück nach der allein seinem Menschendasein Sinn gebenden Vertikalen, die ihn wieder seiner höheren Entwicklung und göttlichen Bestimmung zuführt. Dieser im 20. Jahrhundert sich vollziehende Umschlag von dem aus allen Bindungen 'befreiten' luzeferischen (= teuflischen) 'Individuum' zum wieder göttlich gerichteten neuen Menschen bahnt sich heute an im Umschwung vom Ich zum Wir. Die erste Stufe ist die, jene Neuausrichtung erleichternde, Zwischenschaltung einer höheren Gemeinschaft zwischen Einzelmensch und Gott.

Solch höhere Gemeinschaft, in deren läuternden Dienst sich der neue Mensch aus der Freiheit seines ethischen Willens heraus einfügt, ist uns heute die Nation. Dies aber bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine religiöse Sinngebung des neuen Nationalismus. Es ist die Eingliederung des politischen Menschen in jene dynamische Vertikale: die fruchtbare Versöhnung zwischen Politik und Religion.

Und diese Versöhnung war notwendig geworden. Denn ei-

ne anspruchsvolle Politik (= an materiellen sozialen, wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Politik – d. Berichterstatter) hat uns vergessen lassen, daß höchstes Ziel und letzter Zweck unseres Erdendaseins weder das größte Glück der größten Zahl, d.h. die größtmögliche materielle Glückseligkeit des losgelösten Einzelmenschen, ist, noch etwa nur eine Reinhaltung und Vollendung der Rasse oder eine wie auch immer geartete persönliche oder kollektive politische Machtentfaltung. Wir hatten vergessen, daß unser letzter Daseinszweck etwas Höheres, Übermaterielles, Übermenschliches ist; ja, daß 'der Mensch, der nicht über das Menschliche hinaus sein Trachten hat, es nicht einmal zum Menschen bringt' (Josef Bernhart). Auch nicht dies ist das Neue und der letzte Sinn unseres Erdendaseins: 'die Geschichte in Nationen ausdrücken'; sofern damit die Nation als abschließender Endzweck des Menschendaseins aufgefaßt werden soll. Denn auch das wäre nur wieder eine neue Sackgasse.

Sondern dies ist das Neue: die 'Nation' als veredelnden, höheren irdischen Daseinszweck des Einzelmenschen bewußt zwischenzuschalten und organisch einzugliedern in jene göttlich gerichtete Vertikale.

(Die Zwischenschaltung) – Wir pflegen auch heute noch gerne zu reden vom Christentum als der Grundlage unserer abendländischen Kultur. Das christliche Gebot aber, daß wir unseren Nächsten lieben sollen wie uns selbst, daß wir aufgehen oder doch unserem Einzelleben erst Sinn geben sollen im Dienst am Nächsten: dieses Kardinalgebot unseres so viel im Munde geführten Christentums haben wir bisher – um es klar herauszusagen – praktisch nicht ernst genommen. Denn es widersprach ja oft so handgreiflich den nüchternen Forderungen einer 'rauen Wirklichkeit'. Erst im neuen Begriff der Nation wird das christliche Grundgebot allen erfüllbar:

Erst die 'Nation', wie wir sie nun auffassen, zeigt dem Durchschnittsmenschen die auch für ihn mögliche Form der mittelbaren Erfüllung und damit den für jeden Menschen gangbaren Weg, auch an seinem gleichgültigsten Nächsten gute Werke zu tun. Denn sein 'Dienst am Nächsten', das ist nun jener Tempeldienst an der Nation als der höheren Gemeinschaft aller 'Nächsten' in Gegenwart und Zukunft ..."

Kriegsziel Versöhnung (bzw. Integration)

Gründel stellt fest, daß der innere Begriff der Nation Zusammenfassung über alle sozialen etc. Interessengegensätze hinweg bedeutet – in die Zukunft weisende Kollektivkraft zu geschichtlicher Gestaltung". Dieser innere Begriff der Nation schließt ein die Ablehnung von Chauvinismus; in dieser Seite des inneren Begriffs der Nation kommt zugleich sein äußerer Begriff zum Vorschein: "Denn aus Achtung und Pflege des Volkstums wird niemals Völkerhaß geboren, sondern ein freies, offenes Nebeneinanderleben, auch wohl Herüber- und Hinüberleben der Völker". D.h. der neue Nationalismus ist nach innen durch Rückgewinnung der Identität der Deutschen bestimmt und nach außen durch das Gegenteil von Völkerhaß – also Versöhnung. In diesem Sinne gilt es gestaltend tätig zu werden!

Weizsäcker hat nun im Rückgriff auf den französischen Dichter Paul Claudel die eingangs widergegebene Auftragsbestimmung für die Deutschen formuliert: Deutschland ist dazu da, die europäischen Völker zu versammeln – d.h. sie zu vereinigen zu einer europäischen Union freier Völker – "all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können (Hervorhebung durch den Berichterstatter).

ter). Daß sie aufeinander angewiesen sind. Das ist ein großer, ein zuversichtlicher Auftrag!"

Man muß jetzt zweierlei in diesem Zusammenhang festhalten: erstens, die konservativ-nationalliberale Reaktion hat es aus dem Munde des soeben verstorbenen Dr. Alois Mertes wieder und wieder und wieder klarstellen lassen, nämlich, daß zwischen dem gegenwärtigen Zustand der Abwesenheit von Krieg und einem dauerhaften Frieden ein qualitativer Unterschied erster Ordnung besteht und daß es absolut unerlässlich ist, von der gegenwärtigen Friedens-Bewahrung (= nicht hinnehmbarer Status quo in Deutschland bzw. Europa) zur zukünftigen Friedens-Gestaltung (= Aufhebung des Status quo ...) hinzugelangen! Dies ist im übrigen im Harmelbericht der NATO von 1968 als positive zukünftige Aufgabe der Allianz längst militärpolitisch festgeschrieben und daher nichts Neues.

Neu ist die Gewinnung von innerem Anhang für diesen äußeren Zweck durch die "Versöhnung von Religion und Politik", die es zum massenhaften ganz persönlichen ideellen Anliegen macht, den "Grenzen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen – denn: nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade das mahnt uns das Ende des 2. Weltkriegs!"

Das Letztgesagte führt zu zweitens: Wir wissen, daß die reichsdeutsche Monopolbourgeoisie nicht den 2. Weltkrieg schlechthin – in dieser Abstraktheit – verloren hat, sondern den von ihr angezettelten europäischen Einigungskrieg. In diesem Einigungskrieg – genauer: in seiner Vorbereitung und späteren Durchführung – hat der Begriff des "Lebensraums" eine zentrale Bedeutung für die ideologische Mobilisierung gehabt. Es ist nun im Nachhinein falsch, diesen Begriff einzig und allein mit der nationalsozialistischen Ostpolitik der Annexion von Territorium frei von den darauf ansässigen Leuten gleichzusetzen. Sondern dieser Begriff ist auch auf die übrige Deutscheuropa-Politik zu beziehen, und zwar nicht einfach nur vom einseitigen Standpunkt "des deutschen Volkes" her betrachtet. Die Nazis haben wieder und wieder klargestellt, daß Lebensraum heißt: Ergänzungsraum. Und zwar Ergänzungsraum zur freien Entwicklung und Erhaltung – nicht einfach nur der Existenz (= "Lebens") des deutschen Volkes, sondern des abendländischen Europas, bestehend aus seiner Vielheit an europäischen Völkern. Dem widerspricht nicht die Ausrottungsabsicht gegen verschiedene Völker oder Minderheiten; die diesbezügliche Politik bzw. Praxis diente vielmehr der Sicherstellung der großdeutschen Hegemonie innerhalb dieses Lebensraums = Ergänzungsraums, und damit mittelbar ebenfalls der o.a. Zwecksetzung.

Die Deutschen sollen – so Weizsäcker – die sie umgebenden Nationen spüren lassen, daß sie ohne einander nicht leben können, daß sie aufeinander angewiesen sind. Das ist ganz existentiell formuliert – entweder Europäische Union oder nationaler Tod! Jede europäische Nation für sich genommen – so ist doch seine Aussage – geht kaputt; im Getrenntsein liegt der Tod, und in der Vereinigung liegt das Leben! Das Interesse des Warschauer Paktes an der Aufrechterhaltung des Status quo bedroht uns mithin existentiell – mit der gegenwärtigen Sorte Frieden kann man nicht leben:

"Einheit der Europäer heißt ... ein gemeinsamer Weg zu einem menschenwürdigen Fortschritt der Geschichte. Die deutsche Frage ist in diesem Sinn eine europäische Aufgabe."

Für ein solches Ziel in Europa ... zu wirken, ist vor allem Sache der Deutschen. Wären wir einander gleichgültig in den beiden deutschen Staaten, so wäre dies viel schwieri-

ger.

Es ist gerade das Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Trennung über Systemgrenzen hinweg, das uns stärker motiviert und besser befähigt.

Jeder denke dabei zuerst an das, was er selbst beitragen kann ... Aber wir sind, wenn auch in zwei Staaten, hüben und drüben, Deutsche. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und Haftung für die Geschichte, denn auch die wesentlichen Ziele haben wir gemeinsam.

Dies fängt beim Einfachsten an: Wir atmen dieselbe Luft. Sie macht vor Grenzen nicht halt. Sie reinzuhalten, ist unser gemeinsames Interesse. (Beifall) Der Frieden, um den wir uns sorgen und bemühen, ist nicht teilbar zwischen Ost und West. Wenn wir Menschen um ihn ringen, sollten wir uns auch selbst nicht aufteilen in Träumer und Realisten. (Beifall)

Frieden zwischen Menschen und Völkern fällt uns nichtträumend in den Schoß. Er erfordert von uns mehr als das Überspielen von Gegensatz und Konflikt durch Sehnsucht und Gefühl. Er verlangt gute christliche Tugenden, nämlich Nüchternheit und Aufrichtigkeit. Der Realist aber muß die Kraft haben zu erkennen, daß es für die Sicherung des Friedens eben nicht genügt, wenn alles einfach so bleibt, wie es in Europa seit 40 Jahren ist. (Beifall)

... Erst ..., wenn wir zu Gerechtigkeit überall beitragen, dann helfen wir wirklich, den Weg zum Frieden zu ebnen. (Beifall) Es geht um einen menschengerechten Frieden. (Beifall) ... Es ist unsere Sache, dem Begriff Deutsch einen Inhalt zu geben, mit dem wir selbst und mit dem die Welt gern und in Frieden leben (Hervorhebung durch den Berichterstatter) können". (Beifall, der ganze Saal steht auf, minutenlanger Beifall).

Soweit Weizsäcker auf dem evangelischen Kirchentag am 8.6.85 in Düsseldorf.

Wir hatten in unserer Diskussion Einigkeit darüber, daß beides – Gründels "Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise" wie auch Weizsäckers zwei Reden – an die Adresse der akademischen Mittelklasse gerichtet ist. Ihr gilt die ideologische Kriegsmobilisierung.

Es sollen hier jetzt nicht wiedergegeben werden jene beiden Teil-Erörterungen zu Berlin bzw. zur Frage der Rekrutierung elitärer Formationen für die handfeste Durchsetzung des Kriegsziels Versöhnung (also dieses sich ausschließlich aus Akademikern rekrutierende Haudegentum, jene faschistischen Heroen, die sich so zahlreich als promovierte Bestien bzw. Sadisten im Offizierskorps des NS-Sicherheitsdienstes und seiner Schlachterkommandos-Einsatzgruppen sowie bei der SS/Waffen-SS nachweisen lassen). Was hier nur abschließend noch erwähnt werden soll aus unserer Debatte, ist folgendes:

Wenn gleich die (Monopol)bourgeoisie in allen Klassen und Schichten ihre spezifische Verkehrsform – die Vernichtungskonkurrenz – zu verankern sucht, so beweist dennoch die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, daß kollektive solidarische Interessenwahrnehmung möglich ist bzw. tatsächlich der Fall ist. Dem entspricht auf der einen Seite, in allen Klassen und Schichten, wo Vernichtungskonkurrenz vorherrscht, die stete Neigung bzw. tätige Bereitschaft zu hemmungsloser Brutalität und Menschenverachtung/Menschenvernichtung. Auf der anderen Seite, wo sich die der Arbeiterklasse eigentümliche Verkehrsform durchgesetzt hat, entspricht dem die stete Neigung zur Achtung der Menschenwürde bzw. zur tätigen Humanität. Und zwar erstens gegenüber konkreten, durch soziale etc. Interessen bestimmten, werktätigen Menschen; und zweitens in der historischen Zielsetzung der Aufhebung des religiösen "Kultus des abstrakten Menschen"! (Berichterstattung: huh)

Stroessner-Besuch

BRD an Förderung reaktionärer Regimes in Südamerika interessiert

Im Juli dieses Jahres sollte der Militärdiktator Stroessner, 1954 durch Putsch an die Macht gekommener Staatspräsident aus Paraguay, von der Bundesregierung empfangen werden. Aufgrund der Proteste vieler Organisationen ist der Besuch jetzt verschoben. Mag sich die öffentliche Meinung erst beruhigen – z.B. darüber, daß der frühere KZ-Arzt und Massenmörder Mengele definitiv als tot gilt –, so könnte Stroessner dann ein neues Investitionshilfeabkommen mit nach Hause nehmen und Genscher könnte ihn selbst empfangen.

Die BRD legt großen Wert auf den Ausbau ihrer Handelsbeziehungen nach Südamerika. Wie in Paraguay hat sie den Waren- und Kapitalexport mit Vorliebe in solche Länder intensiviert, in denen Militärdiktaturen für die Sicherheit der Profite garantieren.

Bereits nach dem ersten Weltkrieg hatten deutsche Konzerne wie Bayer, Merck, Schering, AEG, Siemens-Schuckert und Klöckner Handelsniederlassungen in Lateinamerika. Innerhalb von zwei Jahren verdoppelten die Faschisten die Exporte in südamerikanische Länder, und 1939 rief Hitler of-

fen zum Handelskrieg mit den USA auf. Durch den zweiten Weltkrieg kam der Boom im Lateinamerika-Geschäft allerdings fast zum Erliegen. Aber schon 1959 konnte die BRD ihren Export nach Südamerika mit 1,677 Mrd. DM über das Vorkriegsniveau erhöhen, gestützt auf die zahlreichen einflußreichen Deutschen in Südamerika.

Mit Paraguay schloß die BRD 1955 ein Handelsabkommen sowie ein Abkommen über gewerbliche Schutzrechte für deutsche Handelsniederlassungen und Investoren ab. Die BRD exportiert vor allem chemische Produkte, Fahrzeuge, Maschinen und Elektroerzeugnisse nach Paraguay, bis 1980 war die Handelsbilanz für die BRD positiv. Obwohl die Exporte von 114,8 Mio. DM 1980 auf 43,7 Mio. DM 1984 zurückgingen, sind die westdeutschen Imperialisten immer noch viergrößter Handelpartner in Paraguay, jeweils vor den USA.

Die Stroessner-Diktatur öffnete das Land dem ausländischen Kapital mit besonderen Vergünstigungen wie zollfreie Einfuhr von Produktionsmitteln, Erlaß der Steuern und Gebühren für Firmengründungen, Abzüge auf die Einkommensteuer bis zu 50 Prozent,

Garantie von Dividenden- und Gewinntransfer sowie ab dem dritten Jahr für Kapital-Rücktransfer. Das ausländische Privateigentum ist garantiert, und die Diktatur sorgt innenpolitisch für Ruhe und für paradiesische Ausbeutungsbedingungen der Landarbeiter und Arbeiter. 12000 politische Gegner wurden zwischen 1958 und 1976 ermordet.

Ein großer Teil des ausländischen Kapitals strömte in die Landwirtschaft und den Großgrundbesitz, eine eigene Industrie ist in Paraguay kaum entwickelt. Rund 1,3 Mio. Paraguayer, etwa 40 Prozent der Bevölkerung leben ständig im Exil, weil sie keine Arbeit finden oder politisch verfolgt werden. Die Indianer und die das Land bearbeitenden Kleinbauern werden systematisch durch die Großgrundbesitzer und ausländischen Kapitale und Kolonisten vertrieben, da sie keine Besitzurkunden für von ihnen bearbeitetes Land vorweisen können. So verfügen 2,6 % aller Landbesitzer über Dreiviertel des Bodens. Anfang der 80er Jahre verfügten sieben Firmen im Osten Paraguays über rund 40 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen (9 Mio. ha), andere Großgrundbesitzer

Aus der Geschichte Paraguays

1537: Paraguay wird spanische Kolonie. Die Eroberer rauben das Land der indianischen Guarani und teilen es unter sich auf.

1811: Die kreolischen Siedler erklären ihre Unabhängigkeit von Spanien, 1813 auch die Unabhängigkeit von Argentinien. Die Kirchenländereien werden verstaatlicht, ausländischer Kapitalbesitz ist verboten.

1864: Mit Unterstützung britischer Banken fallen Argentinien, Brasilien und Uruguay über Paraguay her. In dem bis 1870 dauernden Krieg werden vier Fünftel der Bevölkerung Paraguays umgebracht, Argentinien und Brasilien übernehmen große Gebiete Paraguays, ausländische Konzerne erhalten ungehinderten Zutritt.

1932: Der US-Ölkonzern Standard Oil of New Jersey treibt Bolivien in einen Krieg gegen Paraguay, um die Chaco-Region der niederländisch-britischen Shell abzujagen und sich die dort vermuteten Erdölvorräte anzueignen. Paraguay "verteidigt" den Chaco, Bolivien erhält ein Drittel der Region.

1947: Nach sechsmonatigem Bürgerkrieg schlagen paraguayische Soldaten mit Hilfe Argentiniens und der USA den von der Kommunistischen Partei und der nationaldemokratischen Febrerista-Partei geführten Volksaufstand nieder.

1954: General Stroessner führt einen erfolgreichen Militärschlag an und läßt sich zum Präsidenten wählen. Seine Regierung verhängt den bis 1978 dauernden Ausnahmezustand, der der Regierung faschistische Mittel zur Unterdrückung des Volkes in die Hand gibt.

1958: Die Einheitsfront der nationalen Befreiung, beteiligt sind u.a. die Kommunistische Partei und die Febrerista-

sta-Partei, nimmt den bewaffneten Kampf auf. Das Stroessner-Regime schlägt den Befreiungskampf mit blutigem Terror nieder, die Gewerkschaften und die Landarbeiterverbände werden aufgelöst, die Kommunistische Partei verboten, nur noch staatlich kontrollierte Organisationen sind erlaubt.

1967: Mit einer neuen Verfassung legalisiert die Colorado-Partei Stroessners ununterbrochene Regierung und den ungebremsten Terror gegen jegliche Opposition. Seitdem boykottieren fast alle Oppositionsparteien die Wahlen.



Paraguay: Von den 3,4 Mio. Einwohnern sind ca. 80 % arme Bauern und Landarbeiter, 500000 sind Wanderarbeiter.

und brasilianische Kolonien über 1,5 Mio. ha, die restlichen 2 Mio. ha stellen die (unverbriefte) Ernährungsbasis für fast 60% der Bevölkerung. Im Westen besitzen 14 ausländische Grundbesitzer mehr als 7 Mio. ha, der Rest verteilt sich auf Ölfirmen, paraguayische Besitzer, auf Militärs und die Mennoniten (s. unten). Die Industrie ist überwiegend in der Hand ausländischen Kapitals, das sich auf den Abbau von Rohstoffen konzentriert oder auf die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion. 70% der Industrie konzentriert sich auf die Hauptstadtregion, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrug 1982 nur 17 Prozent. Von den 21 Banken sind 19 in der Hand ausländischen Kapitals. Obwohl Paraguay seit 1971 bis zur Rezession 1982 einen ständig steigenden Bruttosozialproduktzuwachs vorzuweisen hatte, ist das Pro-Kopf-Einkommen heute wieder auf dem Stand von 1976. Die verstärkte Abhängigkeit von Argentinien und Brasilien, den USA, der EG und Japan hat zu einer beschleunigten Inflation, zunehmend ungleicher Einkommensverteilung und verstärkter Auslandsverschuldung geführt. 1984 stieg die Arbeitslosenquote Paraguays auf 20 Prozent. Die Auslandsverschuldung stieg von 202,9 Mio US-Dollar 1980 auf ca. 1,9 Mrd. 1985, u.a. verursacht durch die Baukosten für das größte Wasserkraftwerk der Welt, Itaipu, zu je 50% von Paraguay und Brasilien finanziert, und durch Überschwemmungen, die 1983 schwere Verluste bei den Baumwoll- und Sojaernten zur Folge hatten. Die Auslandsverschuldung beläuft sich auf 37,9% des gesamten Bruttoinlandsprodukts, die Rück- und Zinszahlungen betragen 22,9% des gesamten Exportvolumens. Die Deutsche Bank ist an den Krediten in größerem Umfang beteiligt, außerdem leistet die BRD dem Stroessner-Regime umfangreiche "Entwicklungshilfe".

Neben den Kapitalinteressen, die die BRD in Paraguay verfolgt, interessiert sie vor allem der strikte Antikommunismus, die Korruption, mit der fast alles käuflich ist und der Schutz und Reichtum, den das Regime reaktionären Deutschen gewährt. Aus einem Interview der brasilianischen Zeitung VEJA mit dem Diktator Stroessner ging Ende der 70er Jahre hervor, daß deutsche Farmer aus Namibia (ehemals "Deutsch-Südwest") nach dem gescheiterten Versuch, 130000 davon nach Bolivien umzusiedeln, in Paraguay unterkommen konnten. Offenkundig wurde, daß BRD-Behörden an der "inneren Kolonialisierung" Paraguays beteiligt waren. Die Forderung, daß Stroessner ausgeladen werden soll, richtet sich gegen die Absicht der BRD, reaktionäre Regimes in Südamerika zu fördern und ihre Position im Kampf um die imperialistische Vorherrschaft über die südamerikanischen Länder auszubauen.

"Deutsche" in Paraguay

"Freiheit statt Sozialismus – auch im Chaco"

"Der Deutsche ist dem Paraguayer durch die Vielzahl der Einwanderer vertraut... In den deutschen Siedlungen erhielt sich das Deutschtum bis hin zum gesprochenen Dialekt und den heimatlichen Gepflogenheiten. Für Anleger, die an eine Einwanderung... denken, sind dies wichtige und günstige Voraussetzungen." (Aus den Geschäftsunterlagen der Firma SAFE)

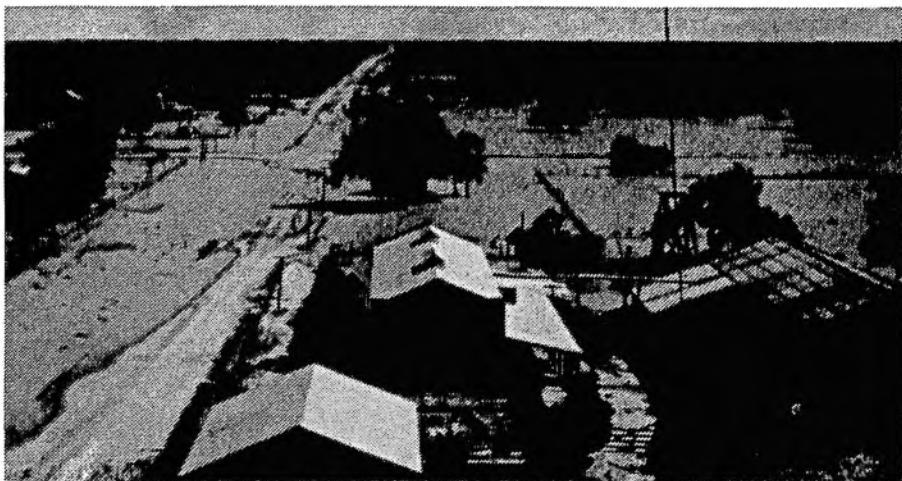
Mit solchen Anzeigen werden seit Mitte der 70er Jahre 1500 bis 2000 Anleger jährlich für Landkäufe in Paraguay geworben. Die angepriesene "deutsche Infrastruktur" hat sich in den vergangenen einhundert Jahren entwickelt:

Von 1881 bis 1933 wurden 24 noch heute existierende deutsche Siedlungen in Paraguay gegründet. Die Mennoniten, eine Glaubensgemeinschaft, gründeten von 1926 bis 1947 weitere sieben deutschsprachige Siedlungen. 1930 bzw. 1932 übersiedelten Mennoniten aus der Sowjetunion mit finanzieller Unterstützung des deutschen Reiches nach Paraguay. Die Gründung von Filadelfia geht auf diese Einwanderung zurück. Als Hitler die Macht übernahm, sandten die Mennoniten ein Glückwunschtelegramm. Ausschlag-

deutschen Schulen werden am Lehrerseminar in Filadelfia ausgebildet.

Bereits 1929 entstanden in Paraguay erste nationalsozialistische Zirkel. Später verfügten die deutschen Hitleranhänger über eine der SA nachgebildete Truppe. Ein wichtiges Instrument ihrer Arbeit war auch der 1916 gegründete "Deutsche Volksbund für Paraguay". Ab 1945 nahmen viele der deutschen Siedlungen die aus Deutschland flüchtenden Gestapo-Offiziere auf. Nazi-Verbrecher wie Josef Mengele erhielten die paraguayische Staatsbürgerschaft. Diktator Stroessner öffnete deutschen Nazis Tür und Tor.

Damals wie heute findet diese "deutsche Kolonialisierung" Paraguays auf Kosten der einheimischen, besonders der indianischen Bevölkerung statt. Durch systematischen Landraub werden die Indianer vertrieben, ihnen die Lebensgrundlage entzogen. Es findet ein schleichender Völkermord statt. Mit Hilfe der eingesessenen Einwanderer, der Bundesregierung und rechten Gruppierungen in Deutschland will die Regierung in Asuncion aus ihrem noch indianisch geprägten Land ein weißes Land machen.



"Deutsche" Mennonitensiedlung im Chaco

gebend für diese Parteinahme waren die Geld- und Sachspenden, die zur Unterstützung des Auslandsdeutschstums aus dem Dritten Reich kamen und die Hoffnung der Mennoniten, daß Hitler die SU besiegen und ihnen die Rückkehr nach Rußland ermöglichen würde. In den Schulen wurde nationalsozialistisches Lehrmaterial eingesetzt: Schulleiter und Dorfobmann waren Vertreter des pro-nationalsozialistischen Flügels.

In Paraguay gibt es über 100 deutsche Schulen. Sämtliche Lehrer der

Quellenhinweise: Gaby Weber, "Krauts erobern die Welt, Der deutsche Imperialismus in Südamerika"; Paraguay, Hrsg. Paraguay-Arbeitsgruppe, 1979; Paraguay-Rundbriefe, Hrsg. Paraguay-Arbeitsgemeinschaft; Die Deutschen in Lateinamerika, Hrsg. H. Fröschle, Tüb. u. Basel 1979; Marktinformationen der bfai (Bundestelle f. Außenhandelsinformationen 1983 u. Wirtschaftsdatenblatt 3/1985. FR 20.5.85; KAZ 11.3.85; W. Schade, Völkerflut und Völkermord, Neckargemünd 1974

Aigner-Institut: Wer wirkt da wofür?

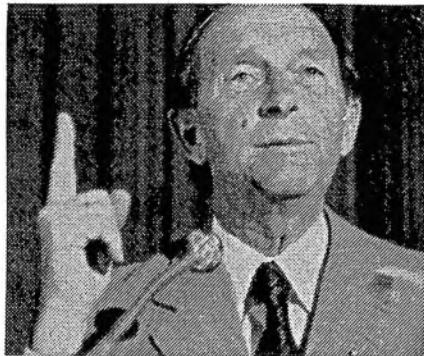
Schon seit einigen Jahren betreibt Heinz Aigner, Geschäftsführer des "Instituts für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung GmbH" das Zustandekommen des Besuchs von General Stroessner in der BRD. Dieser Herr Aigner ist Mitglied der CSU, war 1976 Wahlkampfreferent von Kohl, danach persönlicher Referent des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger und steht in enger persönlicher Verbindung mit dem bekanntermaßen weltoffenen jetzigen Ministerpräsidenten Lothar Späth.

Die "taz" bezeichnet Aigner als informellen Botschafter Stroessners in der BRD. Engere Kontakte Stroessner-Aigner wurden offenbar 1981 hergestellt, als Aigner mit seinem Chef Filbinger auf einem Antikommunismus-Seminar der "World Anticommunist League" auf Einladung Stroessners in Asuncion weilte.

Zur Tätigkeit seines Instituts sagt Aigner selbst: "Wir beraten mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg, damit die in Paraguay investieren und dort Arbeitsplätze schaffen. Wir übernehmen die Verwaltung und Betreuung von landwirtschaftlichen Anwesen, denn die meisten Investoren haben ja keine Zeit, in Paraguay nach ihrem Vieh zu schauen... Für industrielle Investitionen arbeiten wir mit verschiedenen Schweizer Kreditinstitutionen zusammen. Wir sind da, um den Menschen in Paraguay zu helfen."

Nach Aussage von Aigner hat Paraguay 300000 "deutschstämmige" Bewohner, das wären fast zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Nach

den brasilianischen Siedlern, die inzwischen eine Kolonie von 500000 bilden, stellen die deutschen den größten Anteil ausländischer Siedler, die Stroessner ins Land geholt hat, und wofür er andererseits Hunderttausende Paraguayer vertrieben hat. Um diese deutschen Siedler kümmert sich speziell auch die baden-württembergische Landesregierung. Sie unterstützt finanziell eine Landwirtschaftsschule in Paraguay, die ausschließlich zur Ausbildung der Siedler und Großgrundbesitzer dient. In diese



Filibinger

Schule werden nur Landbesitzer aufgenommen. Da die paraguayischen Indianer nach Auslegung von Stroessner kein Land besitzen, können sie also auch diese Schule nicht besuchen.

Amnesty International veranstaltete am 21.6. in Stuttgart eine Podiumsdiskussion zum Thema "Menschenrechtsverletzungen in Paraguay". Die Vertreterin der Grünen griff auf dieser Veranstaltung den anwesenden Aigner scharf an, bezichtigte ihn der Kumpel mit Leuten, deren

Machbereich Zufluchtsort für Nazi-Verbrecher ist, und warf ihm vor, Land zum Verkauf anzubieten, das eigentlich den Indianern gehört, die von dort vertrieben werden. Das Land werde zum Aufbau einer Agro-Industrie genutzt, zum Anbau von Exportgütern.

In seinen Beiträgen schwang sich Aigner zum engagierten Propagandisten der paraguayischen Verhältnisse auf. Es gebe in Paraguay kein besitzloses Proletariat und keine Rassenvorurteile, den Indianern gehe es gut. Es gebe keinen Hunger, kein Elend; kurz, es gebe überhaupt keine Grundlage für eine Revolution dort.

Auf Mengele angesprochen, sagte er, der sei gewissermaßen inmitten eines unübersehbaren Flüchtlingsstromes aus Argentinien nach Paraguay gekommen. Den seit 1954 bestehenden Ausnahmezustand bewerte er positiv in Bezug auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Paraguay sei keine Militärdiktatur, sondern eine autoritäre Demokratie.

Die glänzenden Augen von westdeutschen Agrar- und Industriekapitalisten, die Investitionen in Paraguay erwägen, kann man sich bei diesen Ausführungen Aigners so richtig vorstellen. Als Geschäftsführer eines privaten Instituts und als Intimus von Späth und auch Strauß, der den Stroessner-Besuch in der BRD ja maßgeblich betrieben hat, bereitete Aigner offensichtlich den Boden für größere Investitionen des BRD-Kapitals in Paraguay. Der "taz" sagte er, einer der Gründe für die Verschiebung des Besuches sei gewesen, daß "die Vorbereitung einiger Investitionshilfeabkommen noch nicht weit genug gewesen" sei. Quellenhinweis: "taz" v. 15.6.85; Flugblatt Chile-Komitee, Stuttgart

Brutaler Terror gegen den Kampf der Arbeiter und Landarbeiter

General Stroessner und seine Regierung haben von ihrem Amtsantritt an den Kampf gegen den Kommunismus und die Vernichtung und Unterdrückung jeder antiimperialistischen und revolutionären Bewegung in Paraguay zu einer ihrer Hauptaufgaben erklärt. Die Mehrheitspartei im Parlament, die Colorado-Partei, der Stroessner, alle höheren staatlichen Bediensteten und alle Berufssoldaten angehören, üben ihren Terror mit weitgehender Billigung der liberalen Parlaments- Opposition aus. Die Organisationen der politischen Opposition, auch bürgerliche und christliche, und nicht-staatliche Gewerkschaften müssen

halblegal oder illegal arbeiten.

Legaler Terror gegen die politische Opposition

Im Jahr 1955 trat das Gesetz 294 zur "Verteidigung der Demokratie" in Kraft. Danach ist jede politische Tätigkeit verboten, die von der "Idee des Klassenkampfes" ausgeht. Es bot dem Stroessner-Regime die legale Grundlage zur Zerschlagung aller fortschrittlichen Organisationen und zur Verfolgung von Gewerkschaftsmitgliedern, Angehörigen der Landarbeitervereinigungen, der Kommunisten und Sozialisten. Tausende wurden verhaftet, gefoltert, auf Jahre ins Gefängnis gesteckt oder umgebracht.

Im August 1967 trat eine neue Verfassung in Kraft, ohne daß das oben genannte Gesetz aufgehoben wurde. Die Verfassung entspricht dem Muster kapitalistischer Demokratien. Folgende Rechte sind in ihr garantiert: der Schutz des Privateigentums; die Religionsfreiheit; der Schutz der Privatsphäre vor staatlichen Eingriffen, sofern die öffentliche Ordnung nicht gefährdet ist. Nicht in der Verfassung enthalten sind das Recht, ohne staatliche Genehmigung Vereinigungen und Parteien zu bilden, und das Streikrecht. Verhaftungen dürfen nur auf Grundlage schriftlicher Anordnungen der Justiz erfolgen, ohne Prozeß dürfen keine Strafen verhängt werden.

Obwohl die Verfassung die legalen Kampfmöglichkeiten der Arbeiter und Landarbeiter äußerst beschränkt, hat die Regierung sie durch Anwendung des Ausnahmezustandes faktisch außer Kraft gesetzt. Bis 1978 hat

Stroessner alle drei Monate den Ausnahmezustand vom Parlament verlängern lassen, seitdem wird er regelmäßig wieder über die Hauptstadt verhängt. Danach kann jeder Bürger aufgrund des Verdachts der Beteiligung an einer "subversiven" Organisation verhaftet und unbeschränkt in Haft gehalten werden, Folter ist erlaubt, Polizei und Militär können Sondergerichte stellen und dürfen die Todesstrafe verhängen.

1970 erweiterte die Regierung die gesetzliche Unterdrückung jeder fortschrittlichen Regung durch das Gesetz zur "Verteidigung des öffentlichen Friedens und der Freiheit der Person". Mit Haftstrafen von ein bis sechs Jahren können alle bestraft werden, "die mit irgendwelchen Mitteln Haß unter Paraguayern oder die Zerstörung sozialer Klassen predigen", "die Mitglied einer illegalen Vereinigung sind, die sich aus drei oder mehr Personen zusammensetzt und die Absicht verfolgt, eine Straftat zubegehen" oder die "einer kommunistischen Partei oder Organisation angehören oder nahestehen, deren Absicht die gewaltsame Zerstörung des republikanisch-demokratischen Systems des Landes ist".

Fortschritte der Opposition

Bereits 1980 bildete sich die "Nationale Übereinstimmung", ein Zusammenschluß sozialdemokratischer,

christlicher und bürgerlicher Oppositionsparteien. Sie fordern die Einhaltung der Verfassung, sofortige Beendigung der Unterdrückung, Abschaffung aller faschistischen Gesetze und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

1983 schlossen sich etwa 20 Gewerkschaften aus Industrie, Banken und dem Agrarbereich zur Unabhängigen Unterstützungsbewegung (Moinisol) zusammen, nachdem einige größere Streiks stattgefunden hatten. 1981 streikten die Arbeiter der größten Textilfabrik für mehr Lohn und gegen Entlassungen, sie besetzten die Fabrik und konnten ihre Forderungen teilweise durchsetzen. 1983 streikten

die Arbeiter der Coca-Cola-Fabrik erfolgreich, auch die entlassenen Streikführer mußten wieder eingestellt werden. Im Mai 1983 verhaftete die Regierung 50 Gewerkschaftsführer von Moinisol, weil sie Landarbeiter unterstützt hatten. Die Landarbeiter kämpften gegen den Raub ihrer Privatparzellen durch den Agrarkonzern, bei dem sie arbeiteten. Die Gewerkschaften fordern gemeinsam die freie gewerkschaftliche Betätigung, keine staatliche Kontrolle der Gewerkschaften und eine Besitzurkunde über das Privatland für jeden Landarbeiter. Trotz zahlreicher Verhaftungen ihrer Funktionäre besteht Moinisol nach wie vor.



Am 14. Mai demonstrierten 8000 in Asuncion gegen das Unterdrückungsregime. Die Armee (Bild) wurde gegen sie eingesetzt.

Mengele: Ein Mitglied der "Wissenschaft"

Über die Grausamkeit des "KZ-Arztes" wird fast vollkommen vergessen gemacht, aus welcher wissenschaftlichen Schule Dr. J. Mengele stammt, deren Ergebnisse sich nach wie vor der Anerkennung der Fachwelt erfreuen. Der wissenschaftliche Mentor des Dr. Mengele war ein gewisser Prof. Otmar v. Verschuer, in der BRD Lehrstuhlinhaber für Genetik an der Universität Münster.

Jener Verschuer war ein führender Vertreter faschistischer Rassentheorie, die dann zur Rechtfertigung für die "Nürnberger Rassengesetze" und Massenvernichtungen diente. Ab 1935 leitete er in Frankfurt ein "Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene", zu dessen Mitarbeitern ab 1938 auch J. Mengele gehörte.

Nachdem Mengele als "Lagerarzt" zum KZ-Auschwitz versetzt worden war, vermittelte Verschuer ihm zwei "Forschungsaufträge" der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Mengeles "Forschungen" galten "spezifischen Eiweißkörpern" und "Augenfarben", wofür er KZ-Häftlinge "im Dienste der Wissenschaft" umbrachte. Die Brutalität des Dr. Mengele war wohl-

geordneter Bestandteil imperialistischen Wissenschaftsbetriebs.

Ein Kollege des J. Mengele und Oberarzt an dem "Institut für Erbbiologie" war ein gewisser Heinrich Schade. Dieser Mann hatte sich u.a. bei der Zwangssterilisation hervorgetan und 1939 deren inkonsequente Durchführung bedauert: "Nur wenig Schwachsinnige oder Alkoholiker konnten bisher der Unfruchtbarmachung zugeführt werden." 1952 holte Verschuer den Mann an die Universität Münster, 1966 wurde Schade Prof. für Genetik in Düsseldorf. In jüngster Zeit

Presseerklärung der Gruppen, die gegen Stroessner demonstrieren wollten – Auszüge

Auch nach Absage des Stroessner-Besuches ... werden die Gruppen, die sich zusammengeschlossen haben, um gegen Stroessner zu demonstrieren, weiterarbeiten. Dies beschloß ein zweites bundesweites Vorbereitungstreffen am Sonntag, 9.6. in Bonn, an dem Jusos, Paraguay-Arbeitsgemeinschaft, Amnesty International, Komitee für die Menschenrechte in Paraguay, der BUKO, BUF und Dritte-Welt-Gruppen teilnahmen ... Die genannten Gruppen werden ohne Rücksicht darauf, ob Stroessner seinen Besuch nachholen wird oder nicht, die Diskussion über Paraguay wachhalten. Im Vordergrund werden dabei die Information über die Hintergründe der Beziehung Bundesrepublik – Paraguay und die Verletzung der Menschenrechte stehen. Das Treffen fordert die bedingungslose Ausladung von Stroessner.

Autoren: Mitglieder der Volksfront: chf, düb, ti, uld und Volksfront Stuttgart

ist er insbesondere als einer der Erstunterzeichner des "Heidelberger Manifests" aufgetreten, in dem die Ausweisung aller Ausländer unter der Parole "Deutschland den Deutschen" gefordert wird. 1974 schrieb Schade in einem Pamphlet: "Nur ein Volk, das ethnisch, geschichtlich und kulturell eine Wesensgemeinschaft bildet, kann den begründeten Anspruch erheben, als biologische Gruppe fortbestehen zu wollen." "Ein Volk, eine Gruppe mit gemeinsamer geschichtlicher, kultureller, sprachlicher und biologischer Zusammenghörigkeit muß das Recht und das Bestreben haben, sich zu erhalten." Dieses Recht "ist nicht zuletzt im Grundgesetz enthalten".



EG-Gipfel

Am 28.6. beginnt in Mailand der nächste EG-Gipfel. Zur Beratung steht erstens eine Befestigung der "politischen Einigung", sprich: neue Regeln, um schwächere Mitglieder nicht nur wirtschaftlich zu erpressen, sondern auch in allen EG-Organen überstimmen zu können. Dies wird von der BRD nach dem vertraglich vereinbarten

Beitritt Spaniens und Portugals für unverzichtbar gehalten. Sodann soll die "Verwirklichung eines großen Binnenmarktes bis zum Jahre 1992" gesichert werden, ein entsprechender Vorschlag der EG-Kommission liegt vor. Kohl und die westdeutschen Kapitalisten sind entschlossen, ihre Vormacht weiter zu festigen und die seit langem von ihnen propagierte "Neuordnung" in der EG zu vollziehen.

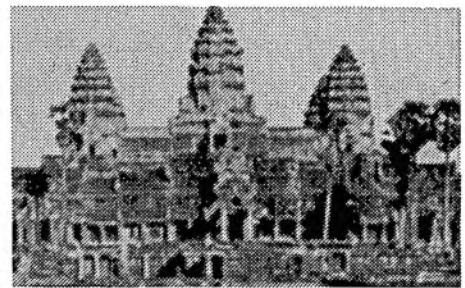
Kampucheanische Revolution: Soziale Befreiung oder Terror?

Zehn Jahre nach dem Sieg über den US-Imperialismus und der Errichtung des Demokratischen Kampuchea, sechs Jahre nach der vietnamesischen Invasion, ist die Politik der KP Kampuchea auch unter den Revolutionären noch höchst umstritten: Entsprach der Weg, den die KP Kampuchea einschlug, den objektiven Bedingungen im Lande und förderte er die soziale Befreiung der Volksmassen? Oder war die kampucheanische Revolution bestenfalls eine Bauernevolte, deren blindes Wüten zu einem riesigen Massaker und damit zur Zerstörung der Bedingungen für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft führte? War es blinder Nationalismus, der zum Konflikt mit Vietnam führte?



Faschistische Schülerpresse

Seit mehreren Jahren geben in Göttingen Faschisten eine Schülerzeitung heraus. Obwohl sie ständig bekämpft wurden, konnten sie sich bis heute behaupten. Dies liegt an der stillschweigenden Duldung bis offenen Unterstützung, die die Faschisten seitens Geschäftsleuten, konservativen Politikern, Polizei und Justiz genießen.



Gegen ihre Widersacher, so z.B. eine fortschrittliche Schülergruppe, greifen die Faschisten zur Terrorisierung: Es hagelt anonyme Drohbriefe, Haustüren werden angemalt, Gärten zerstört oder Fensterscheiben zerschossen. Die Polizei kann die Täter nicht ausfindig machen, obwohl der Kreis doch bekannt ist. Berichtet wird über die antifaschistische Gegenwehr und die auftretenden Schwierigkeiten.

Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundsätze der FDP

"Freie Bahn dem Tüchtigen", Förderung der "Elite", gegen "Gleichmacherei" und "Nivellierung" – Grundsätze, die die FDP verbreitet, seit sie das Verlassen der sozialliberalen Koalition vorbereitet hat. FDP-Professor Dahrendorf erklärte kürzlich, das "Wolfsgesetz" in der Wirtschaft sei unumgänglich und bezeichnete Arbeitslose als "Unterklasse". FDP-Politiker wie Bangemann, Genscher oder Graf Lambsdorff propagieren Auffassungen, die Liberale im Januar 1933 bewegten, dem Ermächtigungsgesetz für Hitler zuzustimmen und die liberale "Deutsche Staatspartei" in die NSDAP zu überführen oder schon vorher der NSDAP beizutreten.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuss der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.